

POLITISCHE STUDIEN 482

Orientierung durch Information und Dialog

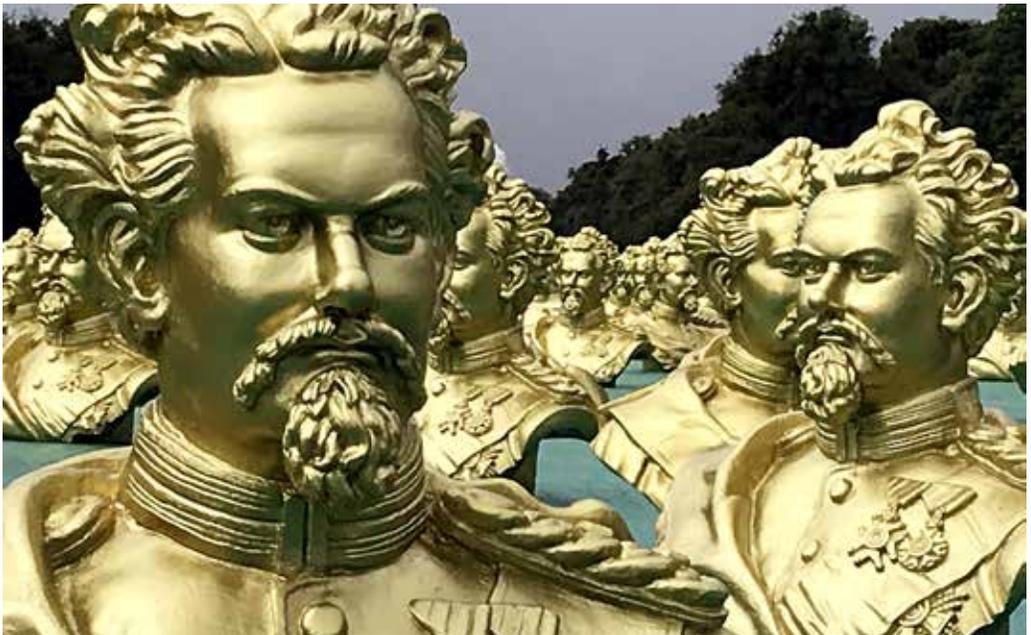
 Hanns
Seidel
Stiftung

69. Jahrgang | November-Dezember 2018 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

MIT KULTUR POLITIK MACHEN

Mit Beiträgen von
Johannes Ebert | Marion Kiechle | Ludwig Spaenle



/// CARLO MASALA im Zeitgespräch: Die Welt in Unordnung

/// MARTIN PABST Syrien: Sieben Jahre Krieg – eine Bilanz

/// SIEGFRIED BALLEIS Künstliche Intelligenz

www.hss.de



„Über Kunst lässt sich bekanntlich **NICHT** streiten.“

ETWAS NEUES WAGEN

Als wir die Idee zu diesem Schwerpunkt hatten, war der Redaktion nicht ganz klar, wie viel zusätzliche Arbeit das machen würde. Bei einer Redaktionssitzung im Sommer stand nämlich der Entschluss fest, die aktuelle Ausgabe auch zum Schwerpunkt passend zu illustrieren. Inspiriert durch deren Jahresausstellung trat die Redaktion an die Akademie der Bildenden Künste München zum Zwecke einer Kooperation heran. Die Bitte lautete, bei den ausstellenden Studierenden nachzufragen, ob grundsätzlich Interesse an einer Bebilderung dieses Heftes bestehe. Nachdem einer der Hanns-Seidel-Stiftungszwecke auch die Förderung der Kultur ist, wollen wir den jungen Künstlerinnen und Künstlern, die sich zur Mitwirkung bereit erklärt haben, ein weiteres Forum bieten, sich mit ihren Werken auseinanderzusetzen. Großer Dank gebührt Ani Avakyan, Jack Lam und Justina Seiler für ihre Bereitschaft, an diesem Experiment mitzuwirken.

Zwischen den einzelnen Artikeln finden sich in dieser Ausgabe daher abgebildete Kunstwerke, die thematisch jedoch nicht im Kontext zu den Textinhalten stehen, sondern bewusst in zivilisierter Trennung von Bild und Schrift sowie in künstlerischer Freiheit alleine wirken sollen. Außerdem haben wir die Künstlerinnen und den Künstler gebeten, sich vorzustellen und ihr Werk zu beschreiben.

Über Kunst lässt sich bekanntlich nicht streiten. Ob und wie ein Werk wahrgenommen wird, liegt immer im Auge des jeweiligen Betrachters. Die Bitte der Politischen-Studien-Redaktion: Lassen Sie sich, geneigte Leserin, geneigter Leser, auf dieses Experiment ein und werten Sie diese Ausgabe als das, was sie ist: Der Versuch, etwas Neues zu wagen. Die Redaktion freut sich auf Ihre Reaktionen unter polstud@hss.de

Thomas Reiner
ist Leiter Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
der Hanns-Seidel-Stiftung, München.



INHALT



IM FOKUS

- 10 MIT KULTUR POLITIK MACHEN**
Einführung
VERENA HAUSNER

- 18 WIE KULTURPOLITIK BAYERN BEWEGT**
Als Kunstministerin kulturpolitisch gewirkt
MARION KIECHLE

- 32 AUS DER VERGANGENHEIT LERNEN**
Zukunft braucht Herkunft
LUDWIG SPAENLE

- 48 AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK**
Unser bester Mann weltweit: Johann Wolfgang von Goethe
JOHANNES EBERT



POLITISCHE-STUDIEN- ZEITGESPRÄCH

- 62 DIE WELT IN UNORDNUNG**
Die Spielregeln müssen neu gemacht werden
CARLO MASALA

ANALYSEN

- 70 SIEBEN JAHRE KRIEG: BILANZ UND KONTUREN EINER NACHKRIEGSORDNUNG**
Steuert der Krieg in Syrien seinem Ende zu?
MARTIN PABST

- 86 KÜNSTLICHE INTELLIGENZ**
Fluch oder Segen für die Menschheit?
SIEGFRIED BALLEIS

AKTUELLES BUCH

- 100 DER REFORMER GORBATSCHOW UND SEIN VERHÄLTNISS ZU RUSSLAND**
Der Prophet im eigenen Land ...
JAN DRESEL

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL**
- 108 REZENSIONEN**
- 118 JAHRESÜBERSICHT**
- 122 ANKÜNDIGUNGEN**
- 124 IMPRESSUM**





Quelle: Jack Lam

/// JACK LAM

Jack Lam ist 22 Jahre alt, in Reutlingen geboren und in Stuttgart aufgewachsen. 2015 wurde er für das Bachelor Studium der Innenarchitektur an der Akademie der Bildenden Künste (ADBK) in München angenommen. Das Studium beinhaltet drei Hauptlehrstühle: Produktgestaltung, Raumgestaltung und Freiraumgestaltung. 2018 absolvierte er den Bachelor of Arts Innenarchitektur erfolgreich und wurde für seine Bachelorarbeit vom Bund deutscher Innenarchitekten (BDIA) anerkannt. Darauf folgend wurde Jack für das Master Studium „Innenarchitektur“ erneut an der AdBK angenommen und befindet sich aktuell im ersten Semester.

jacklam@hotmail.de

„FIN CHAIR“

„Fin Chair“ – dieser Stuhl wurde im fünften Semester des Bachelor Studiums Innenarchitektur, für den Lehrstuhl Produktgestaltung, gebaut. Die Aufgabenstellung dieses Projekts war es, mit Flugzeugsperrholz – ein sehr außergewöhnliches Material für Stuhlverarbeitungen – einen stabilen Stuhl mit Beinen und Rückenlehne frei zu gestalten. Flugzeugsperrholz wird durch seine Biegsamkeit und Unempfindlichkeit gegenüber Feuchtigkeit und Temperatureinflüssen in der Raum- und Luftfahrt genutzt. Das Holz ist sehr dünn, aber dennoch sehr strapazierfähig und flexibel.

„Fin Chair“, ist ein Stuhl, der mit Hilfe von Steckverbindungen und Pappröhren gebaut wurde. Die Röhre dient als Verbindungsteil aller Elemente des Stuhls sowie der Rückenlehne, des Sitzes und der drei Beine. Sie bietet Stabilität und eine gleichmäßige Gewichtsverteilung. Die Rückenlehne allerdings hat eine besondere Funktion. Beim Sitzen biegt und verformt sie sich, um sich der Form des Rückens anzupassen. Diese Funktion wird durch den Fin Ray-Effekt, eine Technik der Bionik, die in der Industrie als adaptive Greifer benutzt wird, ermöglicht.

/// Einführung

MIT KULTUR POLITIK MACHEN

VERENA HAUSNER /// Kultur und Politik – hat das miteinander zu tun, etwas Gemeinsames, Verbindendes? Und wenn ja, in welcher Form, mit welchen Zielen und Auswirkungen? Mit diesen Fragen beschäftigt sich der Schwerpunkt dieser Ausgabe. Er gibt Antworten darauf und zeigt, Kultur kann als Mittel der Politik auf vielfältige Weise nachhaltig und wirksam fungieren.

Kulturpolitik umfasst sowohl den Bereich Kunst als auch Formen gesellschaftlicher Beziehungen. Als Träger treten in erster Linie staatliche Institutionen, aber auch private Unternehmen wie Stiftungen, Vereine und Sponsoren auf sowie Mittlerorganisationen, die vorwiegend international tätig sind. Kulturpolitik unterliegt überwiegend der Länderebene. Soweit die theoretische Definition. Aber was bedeutet Kulturpolitik

KULTURPOLITIK umfasst sowohl Kunst als auch gesellschaftliche Bereiche.

denn nun konkret? Was soll man sich darunter vorstellen? Wer macht das? Wie läuft das ab und was will man damit bezwecken? Macht das Sinn oder kostet das nur Geld ... unser Geld?

Viele fragen jetzt sicher auch: Ist Kunst und Kultur nicht einfach jedermanns Privatsache? Kann man damit überhaupt Einfluss nehmen, nachhaltig etwas bewirken oder gar politisch arbeiten? Ja, man kann durchaus. Kunst und Kultur als Arbeitsmittel können die Entwicklung und Gestaltung einer Gesellschaft beeinflussen und entscheidend mit voranbringen. Hier gibt es sehr viel Potenzial und viele Möglichkeiten.

Was hat man sich unter Kulturpolitik denn nun vorzustellen, fragt die damalige bayerische Kunstministerin Marion Kiechle eingangs in ihrem Bei-

trag (S.18) und verdeutlicht anhand vieler konkreter Beispiele Ziele und Ausformungen dieser hoheitlichen Aufgabenstellung. Das Hauptaugenmerk liegt dabei traditionell auf der Kulturförderung und -erhaltung. Staatliche Kulturpolitik schafft die geeigneten Rahmenbedingungen, die es der Kultur ermöglichen sollen, sich zu entwickeln, zu entfalten und zu wirken. Das bayerische Kulturkonzept setzt dabei erfolgreich auf Selbstbestimmung in Form von Dezentralisierung. Das zeigen nicht zuletzt die reiche Museumslandschaft sowie die lebendige Kunst- und Kulturszene bayernweit.

Das Angebot wird gut angenommen, auch über Bayerns Grenzen hinaus. Aber Kunst und Kultur haben über den ästhetischen und unterhaltenden Aspekt hinaus auch einen gesellschaftspolitischen Wert. Sie provozieren, konfrontieren, prägen und dienen somit auch der Meinungs- und Bewusstseinsbildung. Kultur kann aber auch integrieren, was sich gerade bei der aktuellen Herausforderung Migration zeigt. Die Vermittlung von kulturellem Wissen und Werten sowie der interkulturelle Austausch dienen dem Schaffen von Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit.

Kultur dient auch der INTEGRATION.

Erinnerungsarbeit ist die Basis und somit auch die Kernaufgabe für die Schaffung eines nachhaltigen politischen Bewusstseins, meint der Histori-

ker und Staatsbeauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungskultur und geschichtliches Erbe, Ludwig Spaenle, in seinem Beitrag (S. 32). Die Vergangenheit muss bewusst gehalten werden, um aus der Geschichte zu lernen und um dem „Nie Wieder“ als

ERINNERUNGSARBEIT ist eine Kernaufgabe zur Schaffung politischen Bewusstseins.

verfassungsgemäßen Grundauftrag nachzukommen. Nachhaltige Erinnerungsarbeit muss konkret und erlebbar sein. Der Besuch authentischer Orte und die Begegnung mit Zeitzeugen erweisen sich dabei als besonders wirksame Formen. Erinnerungsarbeit kann und soll aber auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auslösen und zulassen, meint Spaenle. Er weist zudem noch auf den ganz wichtigen Aspekt der Versöhnungsarbeit hin. Wie erfolgreich Erinnerungsarbeit der Versöhnung dienen kann, verdeutlicht er anhand verschiedener Beispiele eindrucksvoll. Erinnern und Erinnerungskultur stellen auch das Fundament einer lebendigen und starken Demokratie dar. Zur Stärkung der Geschichte der Demokratie in Bayern und Deutschland startet Ludwig Spaenle daher die Initiative „Demokratisches Bayern“.

Globalen Herausforderungen wie Migration kann man auch mit Bildungs- und Kulturarbeit vor Ort begeg-

nen. Und hier kommt Mittlerorganisationen wie z. B. dem Goethe-Institut eine tragende Rolle zu. Der Generalsekretär des Goethe-Instituts, Johannes Ebert, erläutert in seinem Beitrag (S. 48) beispielhaft die Wirkweise dieser weltweit tätigen Kultureinrichtung. „Das Goethe-Institut ist ein lebendiger Organismus, der Menschen, Institutionen und kulturelle sowie zivilgesellschaftliche Akteure aus der ganzen Welt zusammenbringt, gemeinsame Projekte unterstützt und neue Netzwerke begründet“, schreibt Ebert. Den globalen Herausforderungen stellt sich seine Institution unter dem Motto „Mit Kultur gegen die Krise“ und setzt dabei auf Kooperation, Dialog und gegenseitiges Verstehen. Auswärtige Kulturpolitik bedeutet somit nicht nur Sprachvermittlung, sondern auch die Stärkung und den Schutz einer aktiven pluralistischen Zivilgesellschaft gegen antidemokratische und autokratische Entwicklungen. Mittlerorganisationen wie das Goethe-Institut treten mit ihrer Form des Kulturaustausches und ihrer Arbeit nachhaltig für freiheitliche Werte ein.

Kunst und Kultur können also vielfältige Möglichkeiten eröffnen, sich mit der Welt und der Gesellschaft auseinanderzusetzen, sie zu verstehen, aber auch mitzugestalten und damit konstruktiv Einfluss auf gesellschaftspolitische Entwicklungen zu nehmen. Musik ist z. B. eine Sprache, die jeder versteht, sie kann Botschaften vermitteln. Sport kann Türen öffnen und Menschen integrieren, Wirtschaft mit Bildungsprogrammen vor Ort fördern. Es gibt viele Bereiche, die Gelegenheit zum Austausch und zur Kommunikation bieten.

Fazit: Kultur und Politik beeinflussen sich gegenseitig und man kann, darf und soll mit Kultur auch Politik

Der Bereich Kultur bietet vielfältigste Möglichkeiten, POLITISCH zu wirken.

machen dürfen, sofern das im demokratischen Sinne und zum Gemeinwohl erfolgt. Aber nicht jeder Kunstgenuss muss nun gleich zwangsläufig mit einer politischen Botschaft und Erkenntnis einhergehen. Man sollte entgegen der Brecht'schen Aufforderung im Theater durchaus auch mal „romantisch glotzen“ und Kunst und Kultur in ihrer jeweiligen Ausformung einfach nur genießen und dabei entspannen dürfen. ///



/// VERENA HAUSNER

ist Stv. Redaktionsleiterin der Politischen Studien und Publikationen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.



Eine Verbindung von Tradition und Moderne spiegelt die Kunstakademie München nicht nur architektonisch wider.



/// JACK LAM – „SERENITY“

„Serenity“ – eine Flughafenlounge für einen zukünftigen Luxus-Flughafen „Spaceport“. Dieser Flughafen soll es in der Zukunft ermöglichen, internationale Flüge wie etwa von Deutschland nach Australien, in nur 90 Minuten zu schaffen.

Diese Lounge wurde im vierten Semester des Bachelor Studiengangs Innenarchitektur, im Lehrstuhl Produktgestaltung, konzeptioniert. Ziel war es, eine Verweilzone zu gestalten, um den Passagieren eine entspannte und ruhige Umgebung zu bieten, bevor sie sich auf eine Reise mit Hyperschallgeschwindigkeit begeben.

„Serenity“ ist eine Lounge, die über zwei Etagen hochragt. Ein Hohlraum aus speziell angeordneten Holzlamellen öffnet die Decke und bietet den Passagieren einen freien Blick in den Himmel. Im Hohlraum wachsen Pflanzen, um die Natur in den Flughafen zu bringen. Der Sitzbereich ist eine Sitzlandschaft, die in Form einer Kaskade in das Zentrum führt. Die Sitzlandschaft hat ein leichtes Gefälle in das Zentrum, um die Passagiere in die Mitte unter den Hohlraum zu führen. Die Sitzlandschaft wird aus gegossenem Beton erstellt. Die Sitze werden in die Betonform eingebaut und der Boden wird mit einem weichen Leder verlegt, um einen weichen Kontrast zum futuristischen Flughafen zu erzielen. Die Passagiere sollen sich in der „Serenity“-Lounge entspannen und beruhigen können, um sich auf ihren anstehenden Flug vorzubereiten.

/// Als Kunstministerin kulturpolitisch gewirkt

WIE KULTURPOLITIK BAYERN BEWEGT*

MARION KIECHLE /// Die bayerische Kultur zu pflegen und zu bewahren, ist stets die oberste Aufgabe des bayerischen Wissenschafts- und Kunstministers. Die sich daraus ergebende Kulturpolitik hat zahlreiche Facetten und ist so vielfältig wie die Kunst und die Kultur im Freistaat selbst mit ihren unterschiedlichen Stilen, Strömungen, regionalen Ausprägungen und Besonderheiten. Nachhaltige Kulturpolitik zu betreiben, heißt, zeitgenössische Kunst zu fördern, gleichzeitig aber auch Verantwortung für das überlieferte Kulturgut zu übernehmen. Die Bewahrung des materiellen und immateriellen Kulturerbes umfasst Kunstschatze und Baudenkmäler ebenso wie bayerische Traditionen, Brauchtümer und Feste.

Kultur und Kulturpolitik – zwei Begriffe, viele Bedeutungen

Wer in schönen Dingen einen schönen Sinn entdeckt – der hat Kultur.

OSCAR WILDE

Lassen Sie mich mit einem Gedankenexperiment beginnen. Ich arbeite in München am Odeonsplatz, einem der geschichts- und kulturträchtigsten Orte im Zentrum der bayerischen Landeshauptstadt, gleich um die Ecke vom Rathaus. Stellen wir uns vor, dass ich morgen in meiner Mittagspause nichts vorhabe,

mich draußen auf die Straße stelle und eine kleine Umfrage mache. Meine Frage an die Passanten lautet: „Was stellen Sie sich unter Kultur und Kulturpolitik vor?“ Bevor Sie weiterlesen, halten Sie einen Moment inne, und fragen Sie sich selbst: Was stellen Sie sich persönlich unter Kultur vor, was unter Kulturpolitik?

Wahrscheinlich würde meine kleine Umfrage das Ergebnis liefern, dass Kultur im Alltagsverständnis ein nicht leicht zu umreißender Begriff ist. Er wird oft synonym zum Begriff Kunst verwendet und kann sich dann auf die klassischen künstlerischen Stilrichtungen wie bildende und darstellende Kunst, auf Musik und auf Literatur beziehen. Daneben umfasst der Kulturbegriff aber auch regi-

onale Traditionen, Gepflogenheiten, Bräuche und Sitten wie traditionelle Feste, Esskulturen, Kleidungsstile, Wohnformen und vieles Anderes mehr. Noch weiter gefasst drücken sich in der Bezeichnung Kultur sogar Selbstverständnis und Zeitgeist einer Epoche aus. Dazu gehören insbesondere auch wissenschaftliche, religiöse, ethische und philosophische Anschauungen. Außerdem ist der Kulturbegriff bekanntermaßen gerade in Deutschland wissenschaftlich und historisch gesehen ein heiß diskutierter und nicht unumstrittener Begriff.

Einigen wir uns an dieser Stelle auf eine möglichst breite Vorstellung von Kultur, die im weitesten Sinne alles umfasst, was der Mensch selbst an Lebensformen gestaltend hervorbringt. Meine berufliche Aufgabe als Kunststaatsministerin war es, dieses vom Menschen gestaltend Hervorgebrachte in all seinen Ausformungen zu fördern und zu erhalten. Gemäß diesem Selbstverständnis umfasst Kulturpolitik aus meiner Sicht alles staatliche Handeln im Bereich von Kunst und Kultur. Sie soll fördern und bewahren und reicht von allen Sparten der Gegenwartskunst und -kultur über Kunst- und Kulturdenkmäler bis hin zu immateriellen Kulturgütern wie Traditionen, Brauchtümern und Festen.

Kulturpolitik als hoheitliche Aufgabe

Die Kultur soll den Menschen in Freiheit setzen und ihm dazu behilflich sein, seinen ganzen Begriff zu erfüllen. Sie soll ihn fähig machen, seinen Willen zu behaupten, denn der Mensch ist das Wesen, welches will.

FRIEDRICH VON SCHILLER¹

Kulturpolitik ist keine moderne Erfindung. Kunst- und Kulturförderung wurden in Bayern zum ersten Mal durch König Ludwig I. zur hoheitlichen Aufgabe erhoben. Die Ära des Wittelsbacher-Königs gilt nicht umsonst als Geburtsstunde der bayerischen Kulturpolitik und als Glanzzeit für die Kunst und Kultur in Bayern. Im Februar 2018 jährte sich der Todestag Ludwigs I. zum hundertfünfzigsten Mal. Wenn wir über bayerische Kulturpolitik reden, lohnt es sich also speziell in diesem Jahr, noch einmal kurz inne zu halten und sich jener Zeit und ihres größten Kunstmäzens zu erinnern.

„Ich will aus München eine Stadt machen, die Teutschland so zu Ehren gereicht, dass niemand sagen kann, er kenne Teutschland, wenn er München nicht gesehen hat!“, war der Anspruch des Monarchen. Getreu diesem hochgesteckten Ziel legte Ludwig I. mit einer zu seiner Zeit europaweit einmaligen Kunst- und Wissenschaftspolitik ein wesentliches Fundament für unser heutiges Bayern. Auch Münchens Aufstieg von der ländlichen Residenzstadt zur leuchtenden Kunstmetropole ist fest mit der ludovizianischen Kulturpolitik verbunden. Dank dem Thronfolger Maximilians I. ist München noch heute eine der wichtigsten Kunst- und Kulturmetropolen in Deutschland, Bayern heute als Marke legendär, der Freistaat ein Erfolgsmodell und seine Kulturlandschaft weltweit hochgeschätzt. Exemplarische Belege für das umfangreiche Wirken des Wittelsbachers sind etwa das Museumsquartier rund um den Königsplatz, das Ensemble vom Königsbau der Residenz über den Odeonsplatz hin zur Ludwigsstraße und die Ruhmeshalle mit der Bavaria an der Theresienwiese. Gleichzeitig

wurde zu jener Zeit auch das Ordensleben in Bayern restauriert, das im Zuge der Säkularisation Anfang des 19. Jahrhunderts (1802 und 1803) schwer gelitten hatte. Insgesamt wurden unter Ludwig I. mehr als 132 Klöster wieder- oder neubegründet.

Kulturpolitik heute: Im Auftrag des Volkes

Was haben Kultur und Politik
miteinander gemeinsam?
Das Gemeinwohl.

AUGUST EVERDING²

150 Jahre nach der Regierungszeit Ludwigs I. haben sich die Grundpfeiler der Kulturpolitik in Bayern im Wesentlichen nicht verändert, und die Kunst- und Kulturpolitik des großen Kulturförderers strahlt nachhaltig bis ins moderne Bayern hinein. Nur, dass der Auftraggeber inzwischen das bayerische Volk selbst ist, vertreten durch Landtag und Staatsregierung. Kultur ist bekanntlich in der Bundesrepublik Ländersache, und die bayerische Politik ist über Artikel 3 der Bayerischen Verfassung, die dem Volk gegeben ist, dem Kulturstaatsprinzip und damit auch dem Gemeinwohl verpflichtet. Als moderne Bayerische Staatsregierung arbeiten wir heute intensiv daran, unseren Kulturstandort weiterzuentwickeln und setzen damit die Arbeit König Ludwigs I. und der Wittelsbacher fort. Kunst und Kultur haben in Bayern mehr denn je einen hohen Stellenwert, und zwar sowohl in den Zentren, die sich in Konkurrenz mit anderen deutschen und europäischen Städten befinden, als auch in der Fläche des Landes

mit seinem großen Reichtum an kulturellen Angeboten.

Welche Ziele verfolgen wir mit der bayerischen Kulturpolitik?

Kultur schaffen kann nur, wer
aus eigenem Quellgrund lebt.

GERTRUD PRELLWITZ³

Die oberste Aufgabe des bayerischen Wissenschafts- und Kunstministers ist es, die Vielfalt der zeitgenössischen Kunst und Kultur zu fördern, zu entwickeln und zu erhalten. Gleichzeitig soll das materielle und immaterielle Kulturerbe bewahrt und für die Menschen der heutigen Zeit erlebbar gemacht werden. Die bayerische Kulturpolitik, die ich vertrete, konzentriert sich auf beides. Wir fördern Kunst und Kultur in allen Landesteilen und in allen Sparten. So war es mir selbst persönlich ein großes Anliegen, dass in Augsburg das neue Staatstheater zur aktuellen Spielzeit eröffnet werden konnte, und dass das ganze Land über ein dichtes Netz an staatlichen und nicht-staatlichen Museen verfügt, die uns viele wertvolle Einblicke in die Gesellschafts-, Wirtschafts- und Industriegeschichte Bayerns gewähren. Unser jüngstes Vorhaben ist das Museum der Bayerischen Geschichte. Mit ihm setzen wir in Regensburg einen starken Akzent, indem wir einen neuen Leuchtturm der bayerischen Demokratiegeschichte eröffnen, der die Brücke vom Königreich Bayern bis zur Gegenwart schlägt.

Mein Leitmotiv war immer die kulturelle Selbstbestimmung der Bevölkerung. Denn wir wollen nicht vergessen: Staatliche Kulturpolitik garantiert auch

die Kunstfreiheit. Das tut sie, indem sie inhaltliche Einflussnahmen des Staates ausschließt und gleichzeitig zwei zentrale Schwerpunkte setzt: Sie schafft geeignete Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Kultur, zum Beispiel indem sie finanzielle Unterstützung gewährt und als verlässlischer Partner bei der Förderung nichtstaatlicher Kulturträger und Projekte auftritt. Darüber hinaus trifft sie wichtige Personalentscheidungen und sorgt für die Errichtung und bauliche Instandhaltung der eigenen Kultureinrichtungen, die wiederum auf vielfältige Weise kulturell unterstützend tätig sind. Beispielsweise steht aktuell eine Nachfolgebesetzung für die künstlerische Leitung im Haus der Kunst an. Jüngst haben wir auch Nachfolgeregelungen für die Bayerische Staatsoper, das Münchner Residenztheater, das Museum Fünf Kontinente und das Bayerische Nationalmuseum getroffen.

Letzteres ist übrigens ein Beispiel dafür, dass wir politisch nicht nur auf neue Prestigeprojekte setzen, sondern uns auch um unseren Bestand kümmern. Erst Ende Juni 2018 wurde mit der vollständigen Wiedereröffnung des Westflügels der erste Bauabschnitt der Sanierung des Bayerischen Nationalmuseums abgeschlossen. Der nächste Bauabschnitt ist in Vorbereitung. Weitere Sanierungsprojekte sind beispielsweise die Alte und die Neue Pinakothek, die Archäologische Staatssammlung, die Glyptothek und das Deutsche Museum in München.

Staatliche Kulturpolitik soll aber auch neue Akzente setzen und innovative Projekte fördern. Neben der Eröffnung des bereits erwähnten neuen Staatstheaters in Augsburg und des Museums der Bayerischen Geschichte in Regensburg wird voraussichtlich bis 2023

auch das Museum Mensch und Natur am Schloss Nymphenburg in München zum Naturkundemuseum Bayern mit dem neuen Namen BIOTOPIA ausgebaut. Nicht vergessen wollen wir an dieser Stelle auch das neue Münchner Konzerthaus, das mit seinen Angeboten auf ganz Bayern ausstrahlen und im Sinne einer umfassenden Musikvermittlung möglichst breite Bevölkerungsschichten für die klassische Musik gewinnen soll. An diese Kulturstätte wollen wir die besten Musiker der Welt einladen, die Sprache der Musik zu sprechen, und wir wollen explizit keinen Elfenbeinturm der Klassik-Elite fördern. „Herausragende Musik – für alle erlebbar“ soll das Motto dieses neuen Hauses sein. Die Angebote verstehen sich besonders auch als Einladung an ein neues und junges Publikum, sich von dieser Sprache berühren und begeistern zu lassen. Die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen war mir ein wichtiges Anliegen. Besonders freut mich, dass auch in Nürnberg ein neuer Konzertsaal entsteht, der vielfältige Möglichkeiten bieten wird, Musik mit hohem Anspruch auf zeitgemäße Weise zu präsentieren und zu vermitteln.

Ein weiterer wichtiger Baustein in einer Kulturpolitik, die auf kulturelle Selbstbestimmung setzt, ist aus meiner Sicht die Dezentralisierung, das heißt die Stärkung der Kultur in der ganzen Fläche des Freistaats. Diesem Zweck dient das bereits im Doppelhaushalt 2013/2014 auf den Weg gebrachte Bayerische Kulturkonzept, das wir nach wie vor weiter entwickeln. Auf Grundlage dieses Konzeptes haben wir mittlerweile in jedem Regierungsbezirk ein Landesmuseum in staatlicher Trägerschaft. Auch 2018 stehen für das Kulturkonzept 65,5 Millionen Euro im Haushalt zur Verfügung.

Kulturpolitik in Bayern: Wer fördern wir und wie?

Die ganze Kultur ist eine große,
endlose Zusammenarbeit.

AUGUST STRINDBERG

Insgesamt investieren wir 2018 über 733,9 Millionen Euro für Kultur, 2015 waren es noch 620,3 Millionen Euro. Wir fördern einerseits die kulturellen Spitzenangebote in den Metropolen – vom Sammlungsauftrag der großen, international bedeutenden Museen über die großen Leuchttürme der darstellenden Kunst bis hin zu den Musik- und Kunsthochschulen und der Hochschule für Fernsehen und Film in München – als Orte der Ausbildung des kreativen Nachwuchses. Andererseits verfolgen wir nachhaltig die Förderung der lebendigen Vielfalt der kulturellen Angebote in den Regionen. Darüber hinaus gibt es diverse Kunst- und Kulturförderprogramme, -preise und -zuschüsse, Stipendien und Auszeichnungen quer durch alle künstlerischen Stilrichtungen.

Alle zuvor genannten Beispiele betreffen vor allem die klassische Kunstförderung. Gleichzeitig ist es, wie schon erwähnt, auch ein erklärtes Ziel der bayerischen Kulturpolitik, die tradierte bayerische Kultur, das materielle und immaterielle Kulturerbe zu bewahren. Zu diesem Zweck unterstützen wir unsere Gemeinden, Landkreise und Bezirke bei der Heimatpflege, die das überlieferte Brauchtum weiterentwickeln und gemäß ihrer Zeit mit neuem Sinn erfüllen soll. Der Freistaat zeichnet Aktivitäten in diesem Bereich aus und fördert Vereine, die sich der Heimat- und

Brauchtumpflege widmen, auch finanziell. Neben dem Bayerischen Trachtenverband, dem Bund der Bayerischen Gebirgsschützenkompanien, dem Frankenbund und dem Oberpfälzer Kulturbund ist dies vor allem der Bayerische Landesverein für Heimatpflege. Auch die Laien- und Volksmusik wird von unserem Haus gefördert.

Das Bild Bayerns wird nicht zuletzt besonders durch seine Denkmäler geprägt. In der bayerischen Denkmalliste sind rund 120.000 Baudenkmäler, 900 Ensembles und 55.000 Bodendenkmäler aufgeführt. Im Bereich der Denkmalpflege bezuschussen wir den Erhalt von Baudenkmalern in ganz Bayern – von kleinen Kapellen über historische Rathäuser bis hin zu Burgen und Schlössern – mit Mitteln aus verschiedenen Fonds. Zu nennen sind hier insbesondere der Entschädigungsfonds, der vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst verwaltet und vom Freistaat und den Kommunen getragen wird, der Kulturfonds und der Fonds der Bayerischen Landesstiftung. Seit Gründung der Landesstiftung im Jahr 1972 wurden im kulturellen und sozialen Bereich für weit über 7.000 Projekte Zuschüsse mit einem Gesamtvolumen von über 500 Millionen Euro bewilligt. Mit einem Stiftungsvermögen von rund 800 Millionen Euro gehört die Bayerische Landesstiftung zu den größten Stiftungen Bayerns und auch des gesamten Bundesgebietes.

Nicht vergessen zu erwähnen möchte ich außerdem den Teil der Kulturförderung, den wir aus den Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) in die Errichtung und in den Ausbau nichtstaatlicher Museen, vorwiegend in Heimat- und Freilandmuseen, investieren. Auch speziell im

Grenzgebiet zu Tschechien und Österreich findet Förderung über EU-Gelder statt. Dort fördern wir schwerpunktmäßig grenzübergreifende kulturelle Projekte über die europäischen INTERREG-Programme.

Letztere sind ein hervorragendes Beispiel dafür, dass Kulturpolitik immer von Synergien lebt. Das gilt für die regionale Ebene genauso wie für grenzüberschreitende Projekte. Ohne das Zusammenspiel einer Vielzahl von Protagonisten ist Kulturpolitik ein zahnloser Tiger. Wir kooperieren daher sowohl in Bayern als auch grenzübergreifend mit vielen Gebietskörperschaften, also mit Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken, für die Kulturpolitik in weiten Teilen zu den sogenannten freiwilligen Aufgaben gehört. Gleichzeitig kommen unsere Partner aber auch aus dem Privatsektor, denn die Kunst- und Kulturförderung profitiert nach wie vor wie zu Ludwigs Zeiten vom Mäzenatentum. Hier denke ich etwa an das großartige Engagement vieler Bürger, Stiftungen, Vereine und Unternehmen, die Ausstellungen unterstützen, Künstler fördern und sich am Erhalt von Kunst- und Kulturgütern beteiligen.

Wirkt die bayerische Kulturpolitik?

Der schafft Kultur, der mehr als
sie erstrebt.

RICHARD WAGNER

Dass die bayerische Kulturpolitik viele Erfolge zu verzeichnen hat, zeigt sich an der Lebendigkeit unserer Kunst- und Kulturszene. Der Erfolg gibt uns Recht: Der Freistaat hat zum Beispiel mit rund 1.350 Museen eine der reichsten Muse-

umlandschaften Europas und hält mit mehr als 20 Millionen Museumsbesuchern bundesweit die Spitzenposition. Außer den bestehenden staatlichen Museen und Sammlungen in München, Nürnberg, Ingolstadt und Augsburg haben wir über die Mittel aus dem Kulturkonzept weitere staatliche Museen in Selb / Hohenberg a. d. Eger, in Frauenau und in Würzburg aufgebaut. Zusätzlich verfügt Bayern aktuell über 37 Zweigmuseen und Zweiggalerien der staatlichen Mutterhäuser.

Betrachten wir auch den Bereich Musik. Das musikalische Leben in Bayern umfasst dank umfangreicher Kulturförderungsmaßnahmen nach wie vor eine bunte Vielfalt an Stilrichtungen – von der Volks- und Laienmusik bis hin zu unseren weltberühmten Symphonieorchestern. Es gibt in Bayern ein flächendeckendes Konzertangebot. Auch die bayerische Volksmusik ist ein weiterer Bestandteil lebendiger bayerischer Kultur. Mehr als 300.000 Bürger Bayerns sind in den 23 bayerischen Laienmusikverbänden als aktive Musiker und Sänger organisiert. Wir alle kennen international bekannte bayerische Traditionsveranstaltungen wie die Landshuter Hochzeit und die Passionsspiele in Oberammergau. In Bayern sind aber nach wie vor auch uralte regional bekannte Brauchtümer wie etwa die Limmersdorfer Lindenkirchweih lebendig – ein urfränkisches Kirchweihfest, in dessen Mittelpunkt die Tanzlinde steht, in deren Krone jedes Jahr zur Kirchweih getanzt wird.

Egal, ob international oder nur regional bekannt, allen drei genannten Beispielen ist gemeinsam, dass sie zusammen mit über dreißig anderen Kulturschätzen im Bayerischen Landesverzeichnis des immateriellen Kulturerbes eingetragen sind. Dieses Verzeichnis

gibt es auch auf Bundesebene. Es trägt dem Ziel der UNESCO Rechnung, überall auf der Welt überliefertes Wissen und Können sowie Alltagskulturen zu erhalten und zu fördern. Im Zentrum stehen lebendige Traditionen und Riten, die einer Gemeinschaft ein Gefühl der Identität und der Kontinuität vermitteln wie beispielsweise Musik, Tanz, Bräuche, Feste und herkömmliche Handwerkstechniken. Im bundesweiten Verzeichnis stammt übrigens rund ein Viertel der Einträge aus Bayern.

Ähnlich erfolgreich sind wir auch im Bereich der darstellenden Künste. Pro Saison besuchen etwa 4,7 Millionen Besucher rund 15.000 Theaterveranstaltungen an den bayerischen Bühnen. In den letzten Jahren konnte die Bayerische Staatsoper ihren Rang unter den führenden Musiktheatern der Welt weiter festigen und ausbauen.

Natürlich sind alle Wirkungen und Erfolge, die ich hier aufgezeigt habe, keine, die sich allein die staatliche Kulturpolitik auf ihre Fahnen schreiben kann. Es sind Erfolge, die wir im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützt haben, die aber immer auf das Engagement zahlreicher lokaler Akteure, egal ob staatlicher, kommunaler oder privater Natur, zurückzuführen sind.

Zu guter Letzt wird Kultur von uns sogar weit über die Grenzen Bayerns, ja sogar Deutschlands, hinaus gezielt gefördert, denn auch Kulturexport ist Teil der Kulturpolitik. Im Ergebnis, und darauf dürfen wir alle stolz sein, ist die bayerische Kultur in der ganzen Welt ein Aushängeschild für Deutschland. Üblicherweise denken wir an dieser Stelle an unsere Schlösser und Burgen, allen voran unsere Königsschlösser, die von Amerika über Asien bis hin nach Australien bekannt sind. Explizit möchte ich an dieser

Stelle aber auf unser ‚bavarikon‘ hinweisen, die digitale Schatzkammer des Freistaats Bayern. Sie trägt über das Internet unsere Kunst-, Kultur- und Wissensschätze in die ganze Welt hinaus, indem sie einen weltweiten und kostenlosen Zugang zu einem breiten Spektrum von Kulturgütern wie Urkunden und Archivalien, Handschriften, archäologischen Funden und vielem mehr bietet. Ausgewählte Exponate werden sogar als 3D-Objekte angeboten. Auch unsere bayerischen Bibliotheken erfassen derzeit ihre Bestände digital, die dann online in der ganzen Welt eingesehen werden können. Mit derzeit rund 2,3 Millionen digitalisierter Werke verfügt die Bayerische Staatsbibliothek über den größten digitalen Datenbestand aller deutschen Bibliotheken und, was das Datenvolumen angeht, auch über den größten Bestand aller deutschen Kultureinrichtungen.

Natürlich beschäftigen wir uns insgesamt sehr intensiv mit der Digitalisierung im Kunst- und Kulturbereich, denn sie ist essenziell für die Weiterentwicklung unseres Kulturstaates. Wie wir bereits am Beispiel des ‚bavarikon‘ und der Bibliotheken gesehen haben, bieten uns die digitalen Medien zunächst einmal viele Möglichkeiten, unser Kulturgut zu konservieren, zu erschließen und zu präsentieren. Mit ihrer Hilfe können wir einen nicht unwesentlichen Teil des kulturellen Erbes des Freistaates Bayern zeitgemäß und für künftige Generationen sichern, für ein breites regionales wie internationales Publikum virtuell zugänglich machen und für die Forschung erschließen.

Gleichzeitig entstehen im Kulturbetrieb ständig neue Konzepte und Formate, die Produktion und Rezeption von Kunst und Kultur ändern sich. Es entstehen neue Ansprüche und Erwartungen

von Besuchern und Zuschauern, gerade der jungen Generation. Darauf müssen wir reagieren. Wir können langfristig die traditionellen Besucher- und Zuschauergruppen nur halten und gleichzeitig neue erschließen, wenn wir uns auf deren jeweilige Erwartungen einstellen. Die Kulturpolitik muss hier ihre Kernziele verteidigen und sich gleichzeitig dem Tempo der neuen Generation anpassen, wenn sie weiter ihre Herausforderungen erfolgreich meistern will. Deshalb bündeln wir künftig die Anforderungen der digitalen Zukunft in einer übergreifenden Digitalisierungsstrategie, die wir „Bayern.Kultur.Digital“ genannt haben. Diese Strategie soll erstmals in die Haushaltsverhandlungen zum Doppelhaushalt 2019/20 eingebracht werden und wird verschiedene Schwerpunkte enthalten. Unter vielen anderen Maßnahmen bauen wir zum Beispiel das Studienangebot an der Hochschule für Fernsehen und Film München im Bereich „Digitale Bildgestaltung“ in Richtung VFX- und Animation aus. Ein entsprechendes Studienangebot ist entscheidend für den Medienstandort Bayern, der dringend auf gut ausgebildete Fachkräfte in diesem Zukunftsfeld angewiesen ist. Das neue Konzerthaus in München planen wir von vornherein mit einem starken digitalen Schwerpunkt. Hier wollen wir bundesweit eine Vorreiterrolle einnehmen.

Kann man mit Kunst und Kultur Politik machen?

Mit Politik kann man keine Kultur machen, aber vielleicht mit Kultur Politik.

THEODOR HEUSS⁴

Ob man mit der Kunst die Politik beeinflussen und dies an konkreten Beispielen aufzeigen kann, ist eine sehr komplexe Frage. Grundsätzlich gilt, dass Kunst und Kultur weit mehr als reine Unterhaltung sind. Sie sollen die Menschen berühren, sie aufrütteln, sollen sie mit Inhalten, mit Meinungen, mit Positionen, mit Neuem, mit Unbequemem konfrontieren und zum Nachdenken animieren. Insofern tragen sie zur Meinungsbildung bei und sind natürlich grundsätzlich in der Lage, das Bewusstsein der Menschen zu prägen und zu verändern. Es muss immer auch Kunst geben, die unangepasst ist, die stört, die unangenehme Fragen aufwirft, die auf Missstände in allen Bereichen der Gesellschaft hinweist, also Kunst, die provoziert, die aufregt, die zu Widerspruch führt, die Positionen bezieht. Auch das ist Aufgabe von Kunst und Kultur. Aufgabe der Kunst- und Kulturpolitik ist es in diesem Zusammenhang vor allem, Freiräume zu schaffen und zu garantieren, in denen provozierende Kunst und Kultur möglich sind.

Herausforderungen in der Kulturpolitik

Kultur, verstanden als Lebensweise, ist vielleicht die glaubwürdigste Politik.

RICHARD VON WEIZSÄCKER⁵

Trotz aller Erfolge ist es natürlich eine Illusion, zu glauben, wir könnten mit staatlicher Politik aller Herausforderungen im Kunst- und Kulturbereich einfach so meistern. Insbesondere sehen wir uns heute vielen Entwicklungen gegenüber, denen sich die Kulturszene

ebenso stellen muss wie die Wissenschaft, die Wirtschaft und die Gesellschaft.

Nehmen wir zum Beispiel die Integration neuer Mitbürger. Gerade in diesem Bereich sind auch Kunst und Kultur hochgradig gefordert, denn sie vermitteln kulturelles Wissen und die kulturellen Werte unserer Gesellschaft. Insbesondere bieten sie zahlreiche Anlässe für Begegnungen und Möglichkeiten zum interkulturellen Austausch. Viele Kultureinrichtungen bemühen sich schon seit längerer Zeit um eine Öffnung für Menschen nichtdeutscher Herkunft und mit anderen Bildungshintergründen. Auch bayerische Theater haben Projekte initiiert, die Menschen mit Migrationshintergrund in ihre künstlerischen Prozesse mit einbeziehen. So hat die Bayerische Staatsoper wiederholt einen Workshop speziell für Schüler mit Migrationshintergrund durchgeführt, der den Jugendlichen die Kunstform Oper lebensnah vermitteln soll. Es geht mir aber in der Kulturpolitik um alle Menschen in Bayern, nicht nur um Menschen mit Migrationshintergrund, sondern beispielsweise auch um Menschen aus bildungsferneren und sozial schwächeren Schichten. Ich will, dass unsere kulturellen Angebote in Bayern für Menschen aus allen Bevölkerungsteilen erreichbar sind.

Eine weitere zentrale Herausforderung für die Kulturpolitik, die immer mehr zum Tragen kommt, wird auch die Bewältigung des demokratischen Wandels sein. Die Bevölkerung wird in Zukunft zum einen durchschnittlich älter sein als bisher, zum anderen auch immer heterogener. Die Kunst muss sich in der Folge immer mehr auf ein sich stetig veränderndes Publikum einstellen.

Wichtige Zukunftsthemen sind daher insbesondere die kulturelle Bildung und das Kulturangebot in der Fläche sowie die Erreichbarkeit von Kultureinrichtungen in allen Landesteilen. Hier wird es neuer Konzepte bedürfen, denn es ist ein ganz wichtiger Auftrag für die Kulturpolitik, die Menschen in allen Landesteilen des Freistaates mit kulturellen Angeboten zu versorgen. Diese sind nach meinem Dafürhalten ein zentraler Bestandteil für die Lebensqualität in unserem Land. Dort, wo es Musikschulen und Büchereien gibt, wo kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stehen, lässt es sich – zumindest im kulturellen Sinne gesprochen – für alle gut leben.

Ausblick

Kultur beginnt im Herzen jedes einzelnen.

JOHANN NEPOMUK NESTROY

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal den Bogen zu unserem großen Kunstmäzen und Gründer der bayerischen Kulturpolitik, Ludwig I., spannen. Sein Wirken für Wissenschaft und Kunst ist nicht nur symbol- und beispielhaft, sondern auch für unsere Gegenwart von Vorbildcharakter. Dass er den Blick aufs Große und Ganze gerichtet hielt, kann und muss für uns eine Motivation im positiven Sinne sein. Ein aus heutiger Sicht hoch moderner Ansatz des Wittelsbacher-Königs war sein Bestreben, mit Kunst und Kultur ein Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl zu schaffen, ein „Wir-Gefühl“ im zu seiner Zeit noch relativ frisch geeinten bayerischen Königreich.

Denken wir an dieser Stelle an die aktuelle EU-Kulturpolitik, die heute eben dieses Ziel im gesamteuropäischen Maßstab verfolgt: Über Kunst und Kultur eine europäische Identität zu stiften und sich dabei stets des kulturellen Reichtums und der Besonderheiten der verschiedenen Kulturräume bewusst zu sein und gleichzeitig die Gemeinsamkeiten hervor zu heben. Die Wechselwirkungen zwischen Bayern und seinen europäischen Nachbarn stehen aktuell im Mittelpunkt des Europäischen Kulturerbejahres, das wir 2018 feiern dürfen. Alle Europäer sind dazu aufgerufen, das Gemeinschaftliche und Verbindende der europäischen Kultur zu entdecken und dabei eben auch die Unterschiede wertzuschätzen.

In diesem Sinne ist es mein Ziel, immer den Blick über den Tellerrand zu richten, mich auf das Wesentliche zu fokussieren, aber auch das vermeintlich Geringe wertzuschätzen, damit ich meinen Nachfolgern durch meine Kulturpolitik ein reiches und vielfältiges kulturelles Erbe in Bayern hinterlassen kann. ///



© STWIK

/// PROF. DR. MED. MARION KIECHLE
war Bayerische Staatsministerin für
Wissenschaft und Kunst, München.

Anmerkungen

* Der Artikel entstand vor der Neubesetzung des Kabinetts aufgrund der Landtagswahlen vom 14.10.2018.

¹ Schiller, Friedrich: Theoretische Schriften. Vom Erhabenen, 1973.

² Festrede zur Eröffnung des Berliner Abgeordnetenhauses im April 1993.

³ Gertrud Prellwitz, deutsche Lehrerin und Dichterin.

⁴ Aus der Rede „Kräfte und Grenzen der Kulturpolitik“, gehalten 1951 als Bundespräsident.

⁵ Zitiert nach Pflüger, Friedbert: Richard von Weizsäcker: Mit der Macht der Moral, München 2010.





/// ANI AVAKYAN

Ich heiße Ani Avakyan, bin 25 Jahre alt und in der Ukraine geboren und aufgewachsen. Nach dem Möbeldesignstudium an der Akademie für Design und Kunst in meiner Heimatstadt Charkiw mit dem Bachelorabschluss hat mich mein Entwicklungsweg nach Deutschland und nun nach München zum Innenarchitektur-Studium an der Akademie der Bildenden Künste (ADBK) gebracht. Für meine Werke schöpfe ich Inspiration in der Natur und Welt um mich herum. Ich suche immer nach einer ästhetischen und gleichzeitig praktischen und funktionalen Lösung.

ani.avakyann@gmail.com
www.behance.net/anisoani

SERIE „VOLKS SEELE“

Diese Bildreihe ist beim Hören einer modernen Interpretation ukrainischer Volksmusik in einem Atemzug entstanden. Ethnische Motive erzählen vom Leben des Volkes und zeigen seine Sitten und Gebräuche. Diese graphischen Bilder zeigen die Mystik, die Gedanken und Vorstellungen, die sich die Menschen um sich machen – die „Volks Seele“ also. Die nachempfundenen Emotionen habe ich mit schwarzer Tusche auf Papier gebracht.

/// Zukunft braucht Herkunft*

AUS DER VERGANGENHEIT LERNEN

LUDWIG SPAENLE /// **Erinnern, erklären, gestalten – diese drei Elemente begründen die geschichtspolitische Grundeinstellung von Ludwig Spaenle. Für ihn soll Geschichte den Menschen auch ihre Schattenseiten erklären, um somit die Zukunft besser gestalten zu können. Und Erinnerungsarbeit ist nie abgeschlossen, sondern muss nachhaltig fortgesetzt werden. Der Antisemitismus z. B. kommt mittlerweile wieder in höchst unterschiedlichen Gewändern daher und findet rechts bis links, bei Bürgern wie auch bei Migrant*innen arabischer Herkunft einen besonderen Nährboden. Und er paart sich mit einem hohen Maß an Israelfeindlichkeit.**

Wenn wir über das Gestern, über unsere Geschichte nachdenken, fangen wir an, intensiver zu leben, Entscheidungen bewusster zu fällen und so unsere Zukunft zielgerichteter zu gestalten. Vielleicht macht dieser Satz deutlich, was ich meine: Erinnern und Geschichte bieten Weg und Chance, unsere Identität zu suchen und sich unserer selbst zu vergewissern. Erinnerungsarbeit ist intensive Beschäftigung mit den Licht- und Schattenseiten der regionalen, der bayerischen, der deutschen, der europäischen und der Weltgeschichte.

Erinnerungsarbeit schafft die Voraussetzung für nachhaltiges politisches Bewusstsein. Das klingt abstrakt, ist aber ein hoher Anspruch. Denn Erinnerungsarbeit darf nicht wahllos stattfinden, darf nicht herausgreifen, was einem Menschen, einer Gesellschaft gerade gefällt, oder auslassen, was einem Menschen oder einer Gesellschaft gerade missfällt.

ERINNERUNGSARBEIT ist Kernaufgabe und Basis für politisches Bewusstsein.

„Nie Wieder“ als Teil der Staatsräson

Bei der Erinnerungsarbeit finden sich aus historischen Gründen und zugleich aus aktuellem Anlass klare Prioritäten. Es gibt ein Feld der Erinnerungsarbeit, das zu den staatspolitischen Kernaufgaben in Deutschland und Bayern gehört, und dem wir uns nachhaltig widmen müssen, auch und gerade im Jahr 2018. Die Mütter und Väter der Bayerischen Verfassung haben das „Nie Wieder“ als Grundauftrag für den Aufbau und die

Entwicklung von Gesellschaft und Staat festgeschrieben, das „Nie Wieder“ eines totalitären sowie Gott und Menschen verachtenden Staatswesens. Die Präambel der Bayerischen Verfassung drückt dies aus: „Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkriegs geführt hat. In dem festen Entschluss, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechts dauernd zu sichern, gibt sich das Bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung.“ Auch die Gründungsmütter und -väter der Bundesrepublik Deutschland sind dieser Zielsetzung gefolgt.

Gerade als Landeshistoriker fühle ich mich dieser Aufgabe in besonderer Weise verpflichtet und ich habe dies in meiner bisherigen politischen Arbeit als zentralen Auftrag verstanden. Meine bisherigen Funktionen als Staatsminister für Unterricht und Kultus sowie als Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst haben mir dazu vielfältige konkrete Handlungsoptionen gegeben, dieses Anliegen intensiv zu verfolgen, so etwa über Inhalte im Lehrplan für die bayerischen Schulen, die Gestaltung der Stundentafeln für den Unterricht an den Schulen oder über Ressourcen für Einrichtungen der Forschung und Lehre in Geschichts- und Politikwissenschaften sowie damit eng verwobenen Fachgebieten. Und auch die Ernennung zum Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe in diesem Frühjahr

Das „Nie Wieder“ ist ein verfassungsmäßiger GRUNDAUFTRAG der Erinnerungsarbeit.

eröffnet mir in neuer Weise die Möglichkeit, Erinnerungsarbeit nachhaltig zu fördern.

Dabei orientiere ich mich an der Feststellung von Max Mannheimer: „Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah. Aber dass es nicht wieder geschieht, dafür schon.“ Und dies gilt überhaupt für die Ausprägung eines totalitären Macht beanspruchenden Systems. Das umfasst z. B. auch das SED-Regime, unter dem bis 1989 die Menschen in den „neuen Ländern“ leiden mussten. Knapp 30 Jahre nach dem Mauerfall bekommt diese Dimension der Erinnerungsarbeit eine neue Aktualität. Erinnerungsarbeit zu leisten, ist eine große Aufgabe. Erinnerungsarbeit und Geschichtspolitik tun not.

Erinnerungsarbeit und Geschichtspolitik in der Praxis Die NS-Zeit

Bei meinem ersten Besuch als Kultusminister in der KZ-Gedenkstätte Dachau im Februar 2009 ging es mir darum, ein unmissverständliches Zeichen zu setzen. Deshalb habe ich meinem Wunsch Ausdruck verliehen, dass möglichst viele Schüler weiterführender Schulen eine KZ-Gedenkstätte oder ein NS-Dokumentationszentrum als authentischen Ort dieser schlimmsten Jahre der deutschen Geschichte als außerschulischen Lernort aufsuchen. Der Grund ist nach-

vollziehbar. Gerade an Orten wie Dachau und Flossenbürg können junge Leute die Menschen verachtende Grausamkeit des braunen Unrechtsregimes in besonders eindrücklicher Weise nachempfinden: In Dachau, wo über 43.000 Menschen im Zeichen des Hakenkreuzes ermordet worden sind, und in Flossenbürg, wo zwischen 1938 und 1945 über 30.000 Menschen getötet wurden oder aufgrund der erlittenen Strapazen gestorben sind. Mit einem erfolgreichen Modellversuch für die bayerischen Mittelschulen und Projekten für Jugendliche mit Migrations- oder Fluchthintergrund werden hier neue Schritte gegangen.

Das Gespräch mit Zeitzeugen fördert die intensive inhaltliche Begegnung gerade junger Leute mit der dunkelsten Seite der deutschen Geschichte. Ich darf eigens an die Zeitzeugengespräche mit Max Mannheimer und Uri Chanoch erinnern, die unter dem Dritten Reich unbeschreibliches Leid erfahren haben und dennoch nach 1945 trotz dieser existenziellen Erfahrungen ganz bewusst ihr Leben im Nachkriegsdeutschland fortgesetzt und sich hier in der Zivilgesellschaft engagiert haben.

Bei der Auseinandersetzung z. B. mit den Vorgängen während des Dritten Reichs wächst nach meiner Überzeugung bei den jungen Leuten, aber auch bei Erwachsenen die Bereitschaft, sich

Der Besuch authentischer Orte und das Gespräch mit Zeitzeugen sind NACHHALTIG erlebte Erinnerungsarbeit.

gegen ein Neuaufleben dieser menschenfeindlichen Ideologie zu engagieren. Erinnerungsarbeit – noch dazu am authentischen Ort und im Dialog mit Zeitzeugen – ist gelebte Demokratieerziehung auf der Grundlage lebendig gemachter Geschichte. Auch Erwachsenenbildung ist ein Feld, das weitere Möglichkeiten eröffnet.

Wenn Schüler authentische Orte wie die KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg oder NS-Dokumentationszentren wie Nürnberg oder München besuchen oder mit Zeitzeugen sprechen wollen, bedarf es einer ausgiebigen pädagogischen Vor- und Nachbereitung im Unterricht. Nur so kann Wissen nachhaltig vermittelt werden, können auf der Basis des Wissens und der Erfahrungen vor Ort Haltungen geprägt werden. Besonders nachhaltig ist die Wirkung, wenn die Schüler und auch interessierte Erwachsene sowohl authentische Orte besuchen wie auch Zeitzeugen begegnen und durch Gespräche an ihren weiterhin dramatischen Erlebnissen teilhaben können.

Das SED-Regime

Was für die NS-Diktatur zutrifft, lässt sich auch für das SED-Regime feststellen. Viele junge Menschen, die kurz vor oder nach 1989 geboren wurden, kennen das geteilte Deutschland und die unterschiedlichen Lebensverhältnisse diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs nicht mehr. Die „Verklärung“ in einer Art „Ostalgie“ der DDR ist eine Folge. Und auch für viele Ältere sind die deutsche Teilung, der Todesstreifen und der Alltag diesseits und jenseits der innerdeutschen Grenze im Bewusstsein nicht mehr so präsent.

Mödlareuth, ein kleines Dorf in der Nähe von Hof, das gern als „Little Ber-

lin“ bezeichnet wurde, war wie ganz Deutschland aufgrund der Beschlüsse der vier Mächte nach dem Kriegsende 1945 geteilt worden. Mitten durch den Ort mit dem Tannbach an der Linie zwischen der amerikanischen und sowjetischen Besatzungszone sowie später zwischen der Bundesrepublik und der DDR zog sich zunächst ein Bretter- und Drahtzaun und später eine Betonmauer mit entsprechenden Wachtürmen. Diese trennten Familien, machten ein Miteinander unmöglich und führten fast zur Isolation der Einwohner auf der DDR-Seite, weil Besuche der Bewohner der 5-Kilometerzone hinter dem Eisernen Vorhang nur eingeschränkt erlaubt wurden. Erst im Dezember 1989, also einen Monat nach dem Fall der Mauer in Berlin, wurde auch hier in Mödlareuth die Mauer durch Bagger beseitigt. In bewegenden Szenen lagen sich die Menschen in den

Die Vergangenheit muss BEWUSST GEHALTEN werden.

Das Deutsch-Deutsche Museum in Mödlareuth auf bayerischem und thüringischem Boden bietet die einmalige authentische Situation zur Erinnerung an die Teilung Deutschlands und das Alltagsleben der Menschen auf beiden Seiten der „Zonengrenze“ – hier unter dem Bundesadler, dort unter Hammer und Zirkel. In Mödlareuth bietet sich die Chance, eine Stätte für intensive Er-

innerungsarbeit und für die Geschichtsvermittlung von nationaler Dimension zu schaffen. Ich begleite diesen Erinnerungsort seit Mitte der 1990er-Jahre in verschiedenen Funktionen. Im Juli 2018 hat die Bundeskulturstaatsministerin Monika Grütters die Finanzierungszusage um rund ein Viertel auf nun 5,6 Millionen Euro angehoben. Bayern ist nun gefordert, hier die bisherige Zusage ebenfalls aufzustocken.

Das Attentat von 1972

Zu den Ereignissen von historischer Bedeutung gehört in besonderer Weise das Attentat palästinensischer Terroristen auf jüdische Sportler bei den Olympischen Sommerspielen 1972 in München. Am 5. September 1972 waren acht Mitglieder der palästinensischen Terrororganisation „Schwarzer September“ in das Olympische Dorf eingedrungen. Sie hatten im Haus Connollystraße 31 elf israelische Sportler als Geiseln genommen. Zwei Sportler, die sich gegen die Terroristen zur Wehr zu setzen versuchten, wurden noch in der Connollystraße ermordet. Die deutschen Sicherheitsbehörden brachten Terroristen und Geiseln unter dem Hinweis, sie von dort nach Kairo ausfliegen zu lassen, nach Fürstenfeldbruck. Weitere neun israelische Geiseln und ein bayerischer Polizist kamen beim Befreiungsversuch auf dem Flughafen von Fürstenfeldbruck ums Leben.

Dieser terroristische Anschlag 1972 in München war ein bis heute schmerzlicher „Einschnitt“ in das Leben der Sportler und ihrer Angehörigen, in die bis dahin heiteren Olympischen Spiele in München und ein „Einschnitt“ in die münchener, bayerische und deutsche Geschichte. Und es ist ein Anfangsort des internationalen Terrors. Hier fehlte,

trotz des Monuments von Fritz Koenig und der Erinnerungstafel in der Connollystraße ein angemessener Gedenkort. Anlässlich des 40-jährigen Gedenkens an das Attentat beschloss die Bayerische Staatsregierung, einen solchen zu schaffen. Hier soll an die getöteten israelischen Sportler und den bayerischen Polizisten erinnert, der terroristische Anschlag dargestellt und dieser in die Zeit eingeordnet werden. Dieses Projekt ist ein Kernstück meiner geschichtspolitischen Arbeit.

GEDENKORTE wie der des Olympia-attentats 1972 in München schaffen Geschichtsbewusstsein.

Wir wollten damit den Opfern im öffentlichen Bewusstsein ihre Persönlichkeit wiedergeben. Dabei war ein Kernanliegen der Konzeptentwicklung, den Gegensatz zwischen dem weltoffenen, sportlichen Wettbewerb nach der olympischen Idee und dem dramatischen Einschnitt des vernichtenden Terrors darzustellen. Das Architekturbüro Brückner & Brückner hat dieses Anliegen mit dem Symbol des „Einschnitts“ im Gelände nahe dem Olympischen Dorf entwickelt. Am westlichen Lindenhügel im Olympiapark wurde der Entwurf realisiert. Es wurde der Erinnerungsort in einen Hügel am Kolehmainenweg hineingeschnitten und mit den Biographien der zwölf Opfer und einer medialen Präsentation des Attentats zur historischen Einbettung in die heiteren

Spiele und den palästinensischen Terror ausgestaltet.

Die gemeinsame Finanzierung des Erinnerungsorts durch den Freistaat Bayern, die Bundesrepublik Deutschland, die Landeshauptstadt München, das Internationale Olympische Komitee, den Deutschen Olympischen Sportbund und die Foundation for Global Sports Development macht die Bedeutung des Erinnerungsorts für Bayern, Deutschland sowie international ebenso deutlich wie die Eröffnungsfeier am 6. September 2017. An dieser Eröffnung durch Bayerns Ministerpräsidenten Horst Seehofer nahmen u. a. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Israels Staatspräsident Reuven Rivlin und Landtagspräsidentin Barbara Stamm teil; ferner der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland Josef Schuster, die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde in München und Oberbayern Charlotte Knobloch, Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter, IOC-Präsident Thomas Bach, der DOSB Vorstandsvorsitzende Michael Vesper sowie Steven Ungerleider von der Foundation for Global Sports Development.

Voraussetzungen Erinnerungsarbeit muss konkret sein

Erinnerungsarbeit darf nicht abstrakt sein, sondern muss persönliche Begegnung und wo dies möglich ist auch Auseinandersetzung zulassen. Es war uns gerade bei der Eröffnung des Erinnerungsorts an das Attentat von 1972 ein wichtiges Anliegen, jenseits der offiziellen Feier in einer persönlichen Gedenkstunde mit den Angehörigen der Opfer noch einmal der schrecklichen Ereignisse zu gedenken. Im ersten Jahr nach der

Eröffnung wurde der Erinnerungsort „Einschnitt“ von mehreren Tausend Menschen besucht, von vielen ganz bewusst, von anderen beim Spaziergang durch das Olympiagelände. Staatsgäste nutzen internationale Begegnungen und Konferenzen auch, um den Erinnerungsort aufzusuchen. Den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu durfte ich z. B. im Umfeld der Sicherheitskonferenz in München Mitte Februar 2018 zu dem Gedenkraum im Olympiagelände begleiten. Die Resonanz in Israel war hoch. Das Olympische Komitee Israels hat im März 2018 in Gegenwart des deutschen Botschafters und mir einen Empfang zur Würdigung der Gedenkstätte gegeben.

Vorbilder lehren Geschichte

Neben historischen Orten kommt Personen der Zeitgeschichte als Vorbilder eine besondere Rolle in der Geschichts- und Erinnerungsarbeit zu. Dies sind z. B. mit Blick auf die NS-Diktatur die Mitglieder der Weißen Rose, also die Geschwister Hans und Sophie Scholl, Christoph Probst, Willi Graf und Universitätsprofessor Kurt Huber, oder auch Einzelgänger wie Georg Elser, der im November 1939 im Münchner Bürgerbräukeller ein Attentat auf Hitler verübte. Hier müssen wir die richtigen Formen der Beschäftigung mit diesen Vorbildern finden. Auf meine Initiative hin hat z. B. im Oktober 2009, also 70 Jahre

Personen der Zeitgeschichte können als VORBILDER fungieren.

nach dem Attentat auf Hitler, die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in München ein Symposium zum Thema „Georg Elser und der deutsche Widerstand – ein Erbe deutscher Demokratie“ organisiert. Sein Leben wurde auch verfilmt.

Auch Objekte als Gegenstände der Sachkultur haben hohe Aussagekraft und können, entsprechend in den Zusammenhang gestellt, wichtige Impulse für die Erinnerungsarbeit und die Demokratieerziehung leisten. Die öffentliche Debatte um eine mögliche Präsentation der Guillotine, mit der sehr wahrscheinlich die Mitglieder der Weißen Rose 1943 in Stadelheim von den Schergen des Dritten Reichs hingerichtet wurden, sei hier exemplarisch genannt. Diese Tötungsmaschine, die sich im Bestand des Bayerischen Nationalmuseums in München befindet, und ein möglicher Hype um diese macht bewusst, dass wir sensibel mit den Relikten, gerade der jüngsten Vergangenheit, umgehen müssen. Diese Gegenstände können einerseits die Aufarbeitung der Herrschaftsmechanismen des Dritten Reichs ermöglichen, aber auch wie im Fall einer Guillotine zum beliebten Zielort für Voyeure werden. Das sollten wir vermeiden. Anders zu bewerten ist möglicherweise die Ausstellung von einer Selbstschussanlage an der ehemaligen Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Diese Einrichtungen gehörten zu den schrecklichen Instrumenten des DDR-Regimes, um Menschen an der vermeintlichen „Republikflucht“ zu hindern.

Schulen legen wichtige Grundlagen

Unsere Lehrkräfte leisten in den Schulen bei der Geschichtsarbeit und in der Demokratieerziehung intensive Arbeit.

Dies wurde auch in einem Ost-West-Vergleich zum Wissen über die ehemalige DDR deutlich, wo bayerische Schüler am besten abschnitten. Dies wurde aber auch am Engagement von Schülern des Hans-Leinberger-Gymnasiums in Landshut gegen eine geplante Veranstaltung einer rechtsextremen Vereinigung in der Mensa dieser Schule Ende 2011 deutlich. Das Vorgehen der Landshuter Schüler erzielte am Ende Erfolg, weil Schule und Kommune an einem Strang zogen. Ich konnte mich selbst von der Handlungsfähigkeit und Tatkraft der Schüler überzeugen, als ich im Dezember 2011 an einer öffentlichen Kundgebung der Schulen der Stadt gegen die geplante Versammlung rechtsextremer Kräfte in Landshut teilnahm.

Und wir können stolz darauf sein, dass wir mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit eine Einrichtung haben, die vor allem den jungen Menschen das Funktionie-

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit vermittelt PRAXISNAH Demokratieverständnis.

ren unserer parlamentarischen Demokratie zu erklären hilft und zugleich den Blick auf die Schattenseiten unserer Geschichte mit allen Auswirkungen auf das Heute sichtbar öffnet. Die Bayerische Landeszentrale handelt hier in enger Vernetzung mit den KZ-Gedenkstätten in Flossenbürg und Dachau, den NS-Dokumentationszentren Nürnberg

und München sowie dem Deutsch-Deutschen Museum in Mödlareuth. Schulklassen die diese Orte besuchen, erhalten einen finanziellen Zuschuss und besonders qualifizierte Lehrkräfte werden eigens abgeordnet, um diese Klassen zu begleiten. Die Weiterentwicklung der Lehrpläne und die Fortbildung der Lehrkräfte im Themenfeld Antisemitismus sind dabei weiterhin wichtige Aufgaben.

Kritische Aufarbeitung

Erinnerungsarbeit heißt auch Aufarbeiten der Namensgebung von Schulen, Straßen und öffentlichen Gebäuden. Auf meine Ersuchen hin haben sich mehrere bayerische Schulen mit dem eigenen Schulnamen intensiv beschäftigt. Nötig war dies immer dann, wenn es sich bei den Namensgebern um Personen handelte, die in das nationalsozialistische Diktatorsystem verstrickt waren. In diesem Fall haben wir den Schulen und Schulträgern empfohlen, den Namen abzulegen. Wer im Dritten Reich Teil des Herrschaftssystems war oder die ideologische Grundlage aktiv mitgestaltet oder mit vertreten hat, kann nicht als Vorbild für Menschen in einer demokratischen Gesellschaft dienen. Dabei sollte man sich wohl auch bewusst sein, dass Menschen in einer totalitären Herrschaft nicht jeden Schritt eigenverantwortlich gestalten können, sondern bei Handlungen der Distanzierung oder gar des Widerstands auch mit schlimmsten Konsequenzen für das eigene Leben sowie für Freunde und Angehörige rechnen müssen. Wir sollten uns deshalb im Urteil zurückhalten – neben Licht fällt auf jede einzelne Person auch Schatten.

Bei der Reflexion der Namensgeber von Schulen ergab sich beispielsweise eine Debatte um Wernher von Braun,

der einerseits als anerkannter Raketenforscher galt, andererseits aber für den Raketenbau im Konzentrationslager Mittelbau-Dora und damit für das Leid vieler tausender Zwangsarbeiter verantwortlich war. Schulen diskutierten außerdem den Namen des Regensburger Bürgermeisters Hans Herrmann und des Sonderschulpädagogen Erwin Lesch und haben diese im Einvernehmen mit ihren Sachaufwandsträgern abgelegt.

Erinnerungsarbeit muss auch die kritische Auseinandersetzung mit den ideologischen Schriften etwa der NS-DAP einschließen. Hier stand für 2016 eine wichtige Entscheidung an. Wie sollen wir angesichts des Auslaufens der Rechte des Freistaats Bayern an den Schriften des ehemaligen Eher-Verlags, z. B. an der Hitlerschen Propagandaschrift „Mein Kampf“, sicherstellen, dass die Inhalte nicht aus ideologischen oder finanziellen Gründen missbraucht werden konnten. Historiker bevorzugen eine möglichst direkte Auseinandersetzung mit Quellen und Zeitzeugen auf der Basis historisch-kritischer Editionen und kommentierter Ausgaben. Doch gerade bei dieser Hetzschrift, die eine geistige Grundlage für Massenmord, den Zweiten Weltkrieg und die Unterdrückung weiter Teile Europas und darüber hinaus lieferte, war eine Entscheidung über das richtige Vorgehen nicht leicht. Dass für viele, etwa jüdische Opfer oder israelitische Kultusgemeinden, der Gedanke der freien Verbreitung von „Mein Kampf“ nur schwer erträglich war, war dabei zu sehen.

Dem Weg, der heute beschritten wird, ging ein intensives Ringen um die richtige Form der Auseinandersetzung mit dem Machwerk voraus. Das Institut für Zeitgeschichte hat eine höchst sorg-

fältig bearbeitete historisch-kritische und kommentierte Ausgabe veröffentlicht, die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit hat entsprechende fachliche und pädagogische Arbeitshilfen dazu herausgegeben und die Schulen haben über das Bayerische Kultusministerium zusätzliche pädagogische und fachliche Hinweise erhalten.

Erinnerungsarbeit muss auch eine KRITISCHE Auseinandersetzung zulassen.

Erinnerungsarbeit als Versöhnungsarbeit

Erinnerungsarbeit ohne Versöhnungsbereitschaft ist undenkbar. Erinnerungsarbeit mündet mit Blick auf die Schattenseiten deutscher und bayerischer Geschichte in Versöhnungsarbeit. Das Ziel dabei muss sein, die zum Teil tiefen Wunden der Opfer von Unterdrückung, Ermordung oder Vertreibung zu lindern – sofern dies noch möglich ist. Und es muss uns ein Anliegen sein, auf der Basis einer ehrlichen und nachhaltigen Erinnerungsarbeit und den Anstrengungen um Versöhnung den Grundstein für eine freundschaftlich-nachbarschaftliche Koexistenz dauerhaft zu legen. Dazu gehört vorrangig die Versöhnungsarbeit mit Israel und den vielen Menschen, die aufgrund deutschen Handelns unbeschreibbares Leid erfahren haben. Von dem Unrechtsregime der Nationalsozialisten wurden allein über sechs Millionen Juden ermordet.

Sinti und Roma

Wir dürfen in diesem Zusammenhang aber auch nicht das Leid und Schicksal der Sinti und Roma aus dem Blick verlieren. Rund 500.000 von ihnen wurden Opfer des NS-Regimes. Gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung hat die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit 2015 die Publikation „Sinti und Roma. Eine deutsche Minderheit zwischen Diskriminierung und Emanzipation“ herausgegeben, um den Vorurteilen Fakten entgegen zu stellen. Es war richtig, dass Bayern jüngst einen Vertrag mit dem Bayerischen Landesverband der Sinti und Roma geschlossen hat, in dem der Freistaat sich verpflichtet, diese künftig zu unterstützen. Für dieses Projekt habe ich intensiv geworben.

Aktiv Versöhnung und Zukunft gestalten – in Europa – und mit Israel

Es ist gelungen, im Zusammenwirken mit dem Europäischen Parlament, dem Freistaat Bayern, dem Elsass und Israel ein völlig neues Modell des Austauschs und der Erinnerungsarbeit zu schaffen. Mittlerweile folgen diesem andere Bundesländer sowie einige französische Regionen.

In den vergangenen Jahren durfte ich mehrfach Israel besuchen. Der Dialog hat dabei verschiedene konkrete Ergebnisse erbracht. 2010 konnten wir mit Israel den Austausch von Stipendiaten vereinbaren. Im November 2011 konnte ich gemeinsam mit dem israelischen Erziehungsminister Gideon Sa'ar und dem Direktor der nationalen israelischen Gedenkstätte Yad Vashem, Avner Shalev, eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) mit dem Ziel, die Zusammenarbeit in der Bildungsarbeit zwischen Bayern und Israel auszubauen,

unterzeichnen. Dabei stehen die schulische Bildung, die Gedenkstättenpädagogik und der Jugendaustausch im Mittelpunkt. Bei der Ausarbeitung konkreter Handlungsschritte wurde 2012 der Jugend- und Schulaustausch verstärkt und eine Koordinierungsstelle eingerichtet.

Ich bin sehr froh, dass diese Arbeit von vielen Schultern mitgetragen wird. Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, die Stiftung Bayerischer Gedenkstätten, das Kultusministerium, die KZ-Gedenkstätten Flossenbürg und Dachau, die Weiße Rose Stiftung, der Bayerische Jugendring und eine Reihe von Schulen widmen sich dieser Aufgabe. Auch der Bayerische Landtag hat erstmals 2013 zu einem Studientag Israel eingeladen. Dabei kann man auf die jahrzehntelange Arbeit verschiedener Organisationen wie dem Bayerischen Jugendring aufbauen.

Seit 2010 wurde die Bildungszusammenarbeit mit Israel **INTENSIVIERT.**

Die Einsetzung eines Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe durch die Bayerische Staatsregierung darf als unmissverständliches Symbol für die Wertschätzung der Juden in Bayern sowie für eine intensive Versöhnungsarbeit mit den Opfern des Dritten Reichs und deren Angehörigen sowie zum Staat Israel geäußert werden. Ich habe die Anregung

zur Schaffung eines Bayerisch-Israelischen Jugendwerks zur Intensivierung des gegenseitigen Austauschs gegeben.

Brückenbau zwischen Bayern und Tschechien

Eine große Bedeutung für den Freistaat hat die Versöhnungsarbeit mit unserem Nachbarland Tschechien. Gerade das Verhältnis zwischen den Menschen aus dem ehemaligen Sudetenland und aus Tschechien erweist sich bis heute aufgrund der Erfahrungen während des Dritten Reichs, aber auch während der Vertreibung als Folge der Beneš-Dekrete als hoch belastet. Gemeinsam mit dem ehemaligen Europa-Abgeordneten Bernd Posselt, zugleich Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, konnten wir mit unserem Partner auf mehreren Tschechienreisen äußert empfindliche Themen der bayerisch-tschechischen Geschichte ansprechen. Diese sind mit den Begriffen Lidice und dem NS-Terror in Theresienstadt ebenso verbunden wie mit der Vertreibung der deutschstämmigen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei nach 1945.

2015 konnte ich für die Bayerische Staatsregierung mit meinem Amtskollegen Daniel Hermann als Grundlage für eine engere Zusammenarbeit zwischen den kulturellen Einrichtungen wie Museen, Gedenkstätten, Galerien, Bibliotheken, Theatern und für die Zusammenarbeit von Schulen eine Vereinbarung zu Kulturfragen unterzeichnen. Ein Ergebnis dieses Memorandums of Understanding und vor allem des Willens zur Zusammenarbeit von bayerischen und tschechischen Kultureinrichtungen wie dem Haus der Bayerischen Geschichte, der Nationalgalerie Prag und dem Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg war die Bayerische-

Tschechische Landesausstellung zu Kaiser Karl IV. 2016 in Prag und Nürnberg. Begleitend dazu hatte das Bayerische Kultusministerium einen Schüler-

Die bayerisch-tschechische Zusammenarbeit von **KULTUREINRICHTUNGEN** wird verstärkt.

wettbewerb mit dem Titel „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn. Wir in Europa“ ausgeschrieben.

Handreichung nach Polen

Das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen war vergleichbar schwierig wie das zwischen den Deutschen und den Tschechen. Polnischerseits belastete u. a. das Erleben der NS-Herrschaft, die enge Kollaboration zwischen Hitler und Stalin auf Kosten von Polen und die Folgen auch für die Juden gerade in Warschau das Miteinander. Aus deutscher Sicht trübte die Vertreibung der deutschstämmigen Bevölkerung nach dem Kriegsende das Verhältnis zueinander stark ein. Doch das Pontifikat des Papstes Johannes Paul II., die Beziehungen der Katholiken in beiden Ländern, aber auch die kontinuierliche Arbeit von Politikern vor allem nach dem Fall der Mauer haben das gegenseitige Verständnis, die Erinnerung an und die Aufarbeitung des Unrechts ermöglicht und so zu einem freundschaftlichen Grundklima beigetragen. Das durfte ich bei mehreren Besuchen in Polen erleben. 2011 konnte ich in Krakau, Auschwitz, Breslau

und Oppeln die Kooperation zwischen der KZ-Gedenkstätte Auschwitz und der Gedenkstättenpädagogik in Bayern intensiviert werden.

Im Frühjahr 2015 gaben der Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek, Claus Ceynova, und ich im Beisein des polnischen Außenministers Grzegorz Schetyna in Warschau eine wertvolle liturgische Handschrift aus dem 12. Jahrhundert, das sogenannte „Plocker Pontifikale“, an den polnischen Bischof Piotr Libera zurück. Die Übergabe erfolgte auf der Grundlage des Washingtoner Abkommens von 1998. Die Nationalsozialisten hatten die kirchengeschichtlich höchst wertvolle Handschrift, die zunächst für die Erzdiözese Gnesen geschaffen worden war, 1939 beschlagnahmt und dann entwendet. Unter dem Hinweis auf eine falsche Provenienz und unter einem falschen Titel war sie 1973 von einem Auktionator

Erinnerungsarbeit hat mit Polen ein FREUNDSCHAFTLICHES Grundklima aufgebaut.

dem Freistaat Bayern angeboten und von der Bayerischen Staatsbibliothek angekauft worden. Später wurde bei einer liturgiewissenschaftlichen Untersuchung die tatsächliche Herkunft der Handschrift ermittelt.

Initiative „Demokratisches Bayern“

Zur Erinnerungskultur gehört auch die Geschichte der Demokratie in Bayern

und Deutschland. Ich will deshalb eine Initiative mit dem Titel „Demokratisches Bayern“ starten, um die demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklungen sichtbar zu machen. Dabei werde ich mit universitären Einrichtungen wie dem Institut für Bayerische Landesgeschichte der LMU eng zusammenarbeiten. Ein paar Aspekte dazu:

- Wir dürfen nicht vergessen, dass in Deutschland und in Bayern 1919 mit der Republik in der Weimarer Verfassung für das Deutsche Reich und mit der Bamberger Verfassung für den Freistaat Bayern das Frauenwahlrecht eingeführt wurde – weltweit zuerst.
- Wir dürfen nicht vergessen, dass es in Deutschland und in Bayern nicht nur eine horizontale Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative gibt.
- Wir erinnern an den starken Föderalismus in unserem Land.
- Das Wahlrecht in Deutschland und Bayern gibt den Bürgern zwei Stimmen, eine für einen Direktkandidaten in einem Stimmkreis und eine für eine Liste, und verbindet damit die Entscheidung der Bürger für einzelne Kandidaten mit der Repräsentation des Wählerwillens in der Gesamtsammensetzung der Parlamente.
- Wir dürfen nicht vergessen, dass gerade im Freistaat Bayern die Bürger auf kommunaler Ebene, etwa durch das Bündeln von Stimmen auf Kandidaten und eine Liste (Kumulieren) sowie das Verteilen der Stimmen auf unterschiedliche Wahlvorschläge (Panagieren), viel direkter Einfluss auf die Zusammensetzung von Stadt- und Gemeinderat bzw. Kreistag nehmen können als in vielen anderen Ländern.

BAYERN verfügt über fundamentale demokratische und rechtsstaatliche Errungenschaften.

- Bayerns Bürger haben eine besondere Möglichkeit, nicht nur über das Recht der Petition an den Landtag ihre Meinung direkt den Entscheidungsträgern zur Kenntnis zu bringen. Das Fundament einer lebendigen und starken Demokratie ist das Erinnern.¹ ///



/// DR. LUDWIG SPAENLE

war von 2008 bis 2013 Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus und von 2013 bis 2018 Bayerischer Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, München. Er wurde im Mai 2018 zum Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungskultur und geschichtliches Erbe ernannt.

Anmerkungen

* Marquard, Odo: Zukunft braucht Herkunft, Ditzingen 2003.

¹ Der Artikel entstand im Oktober 2018.



/// ANI AVAKYAN – SERIE „VOLKS SEELE“

/// Unser bester Mann weltweit: Johann Wolfgang von Goethe

AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK

JOHANNES EBERT /// In Zeiten der Unsicherheit und globalen Beschleunigung gewinnt der internationale Austausch von Kultur, Wissenschaft und Bildung zentrale Bedeutung. Mittlerorganisationen wie das Goethe-Institut spielen hier eine tragende Rolle. Dabei geht es weniger um Repräsentation, sondern um Dialog, Kooperation und Koproduktion von Wissen und Kultur.

Mit Kultur gegen die Krise

Der Brexit, der Austritt Großbritanniens aus der europäischen Union, steht kurz bevor. Die USA verhängen neue Zölle gegen China und die EU. Gewalttätige Konflikte erschüttern Syrien, den Irak und andere Teile der Welt. In Chemnitz macht ein brauner Mob Jagd auf Ausländer oder ausländisch aussehende Mitbürger. Beim Blick auf dieses Mosaik aus Schlagzeilen der vergangenen Monate entsteht der Eindruck, dass sich die Welt heute schneller dreht als noch vor wenigen Jahren, dass Konflikte zunehmen und sicher geglaubte Wahrheiten nicht mehr gültig sind. Die Dynamik hat sich erhöht.

Gerade für ein international vernetztes und von globalen Geschehnissen abhängiges Land wie Deutschland ist es wichtig, die Trends zu analysieren, die hinter diesen und vielen anderen Ereignissen und politischen Symptomen lie-

gen. Diese Entwicklungen gewinnen zunehmend aus kulturellen und gesellschaftspolitischen Konflikten ihre Dynamik. Ihre Analyse liefert daher auch Erkenntnisse für die zukünftige Gestaltung unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Und umgekehrt kann die internationale Kulturarbeit einen wichtigen Beitrag zur Analyse und im besten Falle auch Bewältigung neuer Herausforderungen leisten. Denn Kultur, Wissenschaft und Bildung werden in solch unsi-

Internationale Kulturarbeit erfährt in einer globalen Welt zunehmend politisches Potenzial bei der KRISENBEWÄLTIGUNG.

cheren und volatilen Verhältnissen wichtiger werden: als Felder der Begegnung und des Austauschs; als Plattform, auf der Meinungen, Haltungen und ästhetische Konzepte aufeinandertreffen; als Ort, an dem Themen auch jenseits tagespolitischer Zwänge innovativ und zukunftsweisend verhandelt werden.

Die Welt ist multipolar geworden. Neue Zentren mit eigener Anziehungskraft sind entstanden, welche die lange währende Deutungshoheit „des Westens“ über die globale Gesellschaft und Politik in Frage stellen. Für viele hat das liberale Narrativ von der offenen, demokratischen und an freiheitlichen Werten orientierten Gesellschaft an Anziehungskraft verloren. Wirtschaftlicher Erfolg – so scheint es – ist auch ohne die Freiheit des Einzelnen möglich. Den Ländern des Westens wird gerade in der Debatte um Imperialismus und Kolonialismus eine Doppelmoral vorgeworfen, in der hehre Werte zwar für die eigenen Bürger gelten, nicht jedoch für die Menschen anderer Gesellschaften. So gewinnen neue Erzählungen von der eigenen Geschichte und Gesellschaft an Bedeutung, die auch in der Abgrenzung und Emanzipation vom „Westen“ entstehen und die häufig liberale Wertvorstellungen anders gewichten oder in Frage stellen.¹ Der Begriff vom „Wettbewerb der Narrative“ beschreibt diese Situation sehr plastisch.²

Dabei stehen nicht ganze Gesellschaftssysteme oder „Zivilisationen“³ im Widerstreit, sondern die Trennlinien und Spaltungen ziehen sich zusehends mitten durch unsere eigenen Gesellschaften. In den USA und einigen europäischen Ländern haben Vertreter populistischer Strömungen die Regierung übernommen. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie nach außen kaum an Kom-

POPULISTISCHE Strömungen spalten und bedrohen derzeit die Gesellschaft weltweit.

promissen arbeiten, sondern eine rigide Durchsetzung der eigenen nationalen Interessen verfolgen. Im Inneren propagieren sie eine Abgrenzung unterschiedlicher gesellschaftlicher, kultureller und religiöser Gruppen voneinander und eine Ausgrenzung des vermeintlich Fremden. Solche Strömungen sind in den letzten Jahren auch in der deutschen Gesellschaft stärker und lauter geworden. „Pegida“ oder die Ereignisse in Chemnitz sind Ausdruck dieser Bewegungen, die das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland schädigen⁴ und das liberale Erfolgsmodell der Bundesrepublik gefährden. Ein Modell, das auf demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien basiert und auf internationale Kooperation, europäische Integration und Einbettung in globale Wirtschafts-, Politik- und Kulturprozesse setzt.

Nicht nur in Deutschland ist die Bedeutung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in den vergangenen Jahren gewachsen. Auch andere Nationen haben das politische Potenzial dieses Feldes für sich erkannt.⁵ Russland betreibt mehr als 100 Kulturinstitute. China hat in den vergangenen Jahren weltweit über 500 Konfuzius-Institute gegründet, Tendenz steigend.⁶ Kritische Beobachter merken an, dass diese Aktivitäten auch darauf abzielen, eine stärkere außenpolitische Einflussnahme dieser Länder zu flankieren.⁷

Das Goethe-Institut als Mittlerorganisation

Die Bundesrepublik wird zu Recht weltweit als Land wahrgenommen, in dem Kultur, Bildung und Wissenschaft einen hohen Stellenwert haben. Um unser „Modell“ auch in Abgrenzung zu einer staatlich verordneten Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zu verstehen, ist ein Blick in die jüngere Geschichte Deutschlands notwendig. Aufgrund der Verantwortung für die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs waren die ersten Jahrzehnte nach Kriegsende von dem Bemühen geprägt, Deutschland wieder zu einem anerkannten Mitglied der zivilisierten Staatenwelt zu machen. Mit Blick auf den Missbrauch von Bildung, Kultur und Kunst im „Dritten Reich“ zur nationalsozialistischen Propaganda fiel in der jungen Bundesrepublik auch die Entscheidung, die internationale Bildungs- und Kulturkooperation dem direkten Zugriff der Regierung zu entziehen und in die Hände eigenständiger Organisationen zu übergeben, die sich als Teil der deutschen Zivilgesellschaft verstehen. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), das Goethe-Institut und zahlreiche weitere Akteure arbeiten im Auftrag des Staates, strategisch abgestimmt, aber inhaltlich weitgehend unabhängig. Dabei stehen die Prinzipien der Meinungs-, Kultur- und Wissenschaftsfreiheit im Mittelpunkt. Dieses Konzept hat sich bis heute erfolgreich bewährt. Gerade in der Außendarstellung eines pluralistischen Staatswesens mit einer aktiven und breit aufgestellten Zivilgesellschaft verleiht die Eigenständigkeit der Mittlerorganisationen im Ausland der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik Glaubwürdigkeit und Vertrauen.⁸

Das Goethe-Institut ist als weltweit tätiges Kulturinstitut der Bundesrepu-

blik Deutschland mit einem Netzwerk aus rund 160 Instituten in 90 Ländern die größte Mittlerorganisation. Es fördert die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland und pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit. Darüber hinaus bieten die Goethe-Institute authentische und aktuelle Informationen über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben in unserem Land an. Zu diesem Zweck betreuen die Institute auch zahlreiche weitere Einrichtungen lokalen Rechts wie Goethe-Zentren, Kulturgesellschaften, Lesesäle, Sprachlernzentren oder Projekträume. So besteht das erweiterte Netzwerk des Goethe-Instituts aus fast 1.000 Anlaufstellen. Darüber hinaus sind die Institute eng vernetzt mit Museen, Galerien, Konzerthäusern, Bibliotheken, Universitäten sowie mit Intellektuellen, Künstlern und Vertretern der Zivilgesellschaften weltweit. Das Goethe-Institut ist ein lebendiger Organismus, der Menschen, Institutionen und kulturelle sowie zivilgesellschaftliche Akteure aus der ganzen Welt zusammenbringt, gemeinsame Projekte unterstützt und neue Netzwerke begründet.

Es geht also zunehmend weniger um reine Repräsentation, sondern um Dialog, um Kooperation und Koproduktion von Wissen und Kultur. Denn auch für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik gilt: Ein tieferes Verständnis vom

Das Goethe-Institut ist die größte deutsche Mittlerorganisation und WELTWEIT kooperativ tätig.

Gegenüber stellt sich dann ein, wenn gemeinsam gedacht, geplant und gearbeitet wird. So entstehen echte und nachhaltige Austausch- und Verständigungsprozesse. Das heißt vor allem, dass die Goethe-Institute vor Ort mit Partnern aus Staat und Zivilgesellschaft eng zusammenarbeiten und gemeinsam Projekte und Programme entwickeln. Zunehmend arbeitet das Goethe-Institut dabei auch länderübergreifend und multilateral und bringt Akteure ganz unterschiedlicher Länder und Regionen zusammen, um sich gemeinsam mit globalen Herausforderungen auseinanderzusetzen.

Im Koalitionsvertrag von Union und SPD sind die Arbeit des Goethe-Instituts als deutsche Mittlerorganisation und andere Aspekte der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik explizit erwähnt, wie etwa die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte im Verhältnis zu Afrika, die Bedeutung der deutsch-französischen kulturpolitischen Zusammenarbeit für die weitere Entwicklung des europäischen Projekts oder auch die Bekämpfung von Fluchtursachen durch eine Stärkung lokaler Strukturen von Startups oder Kreativindustrien. Dadurch setzen die Regierungsparteien ein deutliches Zeichen, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik tatsächlich eine starke dritte Säule der deutschen Außenpolitik darstellt, wie es Willy Brandt in den 1960er-Jahren – damals in seiner Funktion als Außenminister – gefordert hatte.⁹

**Kultur- und Bildungspolitik als dritte Säule der deutschen Außenpolitik
Für eine aktive pluralistische Zivilgesellschaft**

Immer stärker rückt dabei ein Thema in den Fokus, nämlich die Zivilgesellschaft. Wir beobachten, dass weltweit

der Druck auf die Zivilgesellschaften steigt und Freiräume zusehends eingeschränkt werden. Laut Transformationsindex BTI der Bertelsmann Stiftung ist die Qualität von Demokratie, guter Regierungsführung und Marktwirtschaft auf den niedrigsten Stand seit 12 Jahren gefallen.¹⁰ Dies betreffe, so der BTI, heute nicht mehr nur autokratische Regime, sondern auch in Demokratien versuchten Regierungen zusehends, mit harter Hand durchzugreifen. Dabei ist eine aktive und pluralistische Zivilgesellschaft nach unserem Verständnis ein wesentlicher Faktor, um die Freiheit und Teilhabe des Einzelnen zu gewährleisten, die Verantwortung des Bürgers für das Gemeinwesen zu stärken, die Entwicklung von Gesellschaften auf ein breites Fundament zu stellen und diese damit nachhaltig zu gestalten.¹¹

Das Goethe-Institut und andere deutsche Mittlerorganisationen sind in dieser Situation gefordert. Physische und

Die Mittlerorganisationen haben eine SCHUTZFUNKTION für die Zivilgesellschaft gegen antidemokratische und autokratische Entwicklungen.

digitale Freiräume sind notwendig, um für Partner, die unter Druck geraten, einen Ort des offenen und zensurfreien Dialogs zu schaffen. Mit Qualifizierungsangeboten und Mobilitätsprogrammen stärken die deutschen Mittlerorganisationen lokale Netzwerke und vernetzen sie mit Partnerorganisationen weltweit.

Denn gerade die Einbettung in internationale Kontexte stärkt Akteure vor Ort, im schlimmsten Fall auch bei einer konkreten Gefährdung von Kulturschaffenden oder zivilgesellschaftlichen Akteuren, wie wir es in manchen Ländern erleben. Gemeinsam mit dem Institut für Auslandsbeziehungen und unterstützt vom Auswärtigen Amt hat das Goethe-Institut deshalb vor Kurzem die Martin Roth-Initiative eingerichtet. Dieses weltweite Schutzprogramm gibt gefährdeten Akteuren aus dem Kulturbereich die Möglichkeit, sich in ein sicheres Land ihrer Heimatregion oder nach Deutschland zu begeben, um dort weiter zu leben und zu arbeiten. Gerade in diesem Feld trägt Deutschland aufgrund der eigenen Vergangenheit eine besondere Verantwortung gegenüber seinen Partnern in Ländern, in denen die Zivilgesellschaft durch antidemokratische und autokratische Entwicklungen zu erodieren droht.

Für Europa und seine Integration

Die europäische Integration ist für Deutschland von besonders hoher Bedeutung. Bei allen Herausforderungen darf man nicht vergessen, dass sie die Grundlage für ein jahrzehntelanges friedliches Zusammenleben in Europa darstellt. Allerdings scheint die Strahlkraft des Gründungsmythos der Europäischen Union, auf dem Trümmerhaufen des Zweiten Weltkriegs die europäischen Staaten friedlich geeint zu haben, zusehends zu verblassen. Die europäische Wirtschafts- und Bankenkrise hat das Vertrauen in die europäischen Institutionen erschüttert und euroskeptische Bewegungen nehmen zu. Die Brexit-Entscheidung war ein Schock und stellt sowohl Großbritannien als auch die EU vor gewaltige Probleme.

Dabei hat die Europäische Union, dieser historisch einmalige Zusammenschluss der Mitgliedsstaaten, ihren Bürgern auf der Grundlage von Demokratie, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit einen vergleichsweise hohen Grad an Wohlstand und Sicherheit ermöglicht. Sie sorgt für eine Annäherung unterschiedlicher Interessen und verleiht Europa in einer multipolaren Welt eine eigene Stimme und ein eigenes Gewicht. Es gibt keine Alternative zur europäischen Integration, auch wenn diese ein langwieriger Prozess mit Kompromissen und Rückschlägen ist.¹² Kultur und Bildung können hier einen wesentlichen Beitrag leisten. Denn schon Jacques Delors, der langjährige Präsident der Europäischen Kommission, hat erkannt: „Man verliebt sich nicht in einen großen Binnenmarkt.“¹³

Für das Goethe-Institut ist die europäische Kooperation daher ein wichtiges Thema. Es engagiert sich für die Vision der europäischen Integration und für einen auf kultureller Vielfalt basierenden europäischen Kulturraum. 2015 hat es die Arbeit in Europa explizit in seine Satzung aufgenommen. Die Goethe-Institute treten für den fundamentalen Wert der Freiheit als Kern des europäischen Gedankens ein, thematisieren aber auch explizit dessen Brüche, Krisen und Ambivalenzen. Es gilt, Ängste ernst zu nehmen, ihnen jedoch eine Diskussion über die Chancen und Vorteile der europäischen Integration entgegen zu

Kultur ist ein Schlüssel zum DIALOG.

setzen. Kultur kann ein Schlüssel zum Dialog insbesondere mit denjenigen sein, die Zweifel und Befürchtungen hinsichtlich einer offenen Gesellschaft in Europa hegen.

Gemeinsame europäische Kulturprojekte wie Festivals, Ausstellungen oder Musik können den Reichtum und die Vielfalt unserer Kulturen verdeutlichen und auf emotionaler Ebene für Europa begeistern. Dabei arbeiten die Goethe-Institute zunehmend europäisch und üben jeden Tag konkrete Kulturzusammenarbeit ein, beispielsweise in gemeinsamen Häusern mit europäischen Partnern wie dem deutsch-französischen Kulturinstitut in Ramallah, den gemeinsamen Unterbringungen mit dem Instituto Cervantes in Stockholm, dem British Council in Kiew oder dem Istituto Italiano di Cultura in Straßburg. Für die nächsten Jahre ist die Einrichtung von zehn deutsch-französischen Kulturinstituten geplant. Weitere Anker der Zusammenarbeit sind das Netzwerk EUNIC, ein Zusammenschluss aller europäischen Kulturinstitute mit über 90 Clustern weltweit, die europäisch kooperieren, und More Europe, ein Netzwerk aus Stiftungen und Kulturinstitutionen, die das Ziel verfolgen, Kultur in der Europäischen Union stärker in den Fokus zu rücken.

Europa nimmt also in unserer Arbeit seit Jahren einen besonderen Stellenwert ein. Im Dezember 2016 fand in Brüssel die große Konferenz „European Angst“ statt. Eröffnet von Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller setzte sich die Konferenz mit der aktuellen Situation in Europa auseinander und ließ auch EU-kritische Stimmen zu Wort kommen. Im Rahmen der Konferenz verfassten 42 junge Europäer gemeinsam ein Manifest zur Zukunft Eu-

ropas.¹⁴ Das ist auch insofern wichtig, als sich gerade die junge Generation „ihr“ Europa immer wieder neu erarbeiten muss. Im Februar 2017 organisierte das Goethe-Institut ein Festival mit dem Titel „Collecting Europe“, bei dem gemeinsam mit dem British Council im Londoner Victoria and Albert Museum ein Bewusstsein für Europa geschaffen werden sollte. Im Zentrum stand dabei der Gedanke, wie dauerhaft die liberalen Wertvorstellungen Europas sind und was davon in den kommenden Jahrhunderten noch Bestand haben wird.

Dass nicht naiver Enthusiasmus, sondern die Bereitschaft zu produktiven, auch spannungsgeladenen Dialogen für die Arbeit und die künftige Ausrichtung der Auswärtigen Kultur- und

Gemeinsame europäische KULTURPROJEKTE fördern und stärken die Integration.

Bildungspolitik wegweisend sein muss, zeigt das Großprojekt „Freiraum“, das 2017 bis 2019 stattfindet und an dem fast 50 zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa teilnehmen.¹⁵ Im Mittelpunkt steht der Begriff der Freiheit, der spätestens seit der Aufklärung für die europäische Kulturgeschichte und das europäische Selbstverständnis hohe Relevanz hat. Viele Partner des Goethe-Instituts, auch in Ländern der Europäischen Union, sind verunsichert, manche stehen tatsächlich unter Druck. Ih-

nen möchte das Goethe-Institut mit „Freiraum“ eine Plattform zum Austausch eröffnen und stabiler Partner sein.

Kulturpolitischer Einsatz zur Bewältigung globaler Herausforderungen

Auch im globalen Maßstab hat die Bedeutung der internationalen Kooperation deutlich zugenommen, denn viele Herausforderungen lassen sich auf nationaler Ebene allein gar nicht mehr lösen. Ökologie, Nachhaltigkeit, die Folgen des Klimawandels – hierzu bedarf es internationaler Abkommen und Konzepte, aber auch bei jedem Einzelnen eines Problembewusstseins, zu dessen Schärfung Kultur- und Bildungsprojekte beitragen können.

Digitalisierung

In ähnlich globalen Zusammenhängen steht das Thema der Digitalisierung. Technologische Entwicklungen und der freie Fluss von Informationen über das Internet, das per se global und nicht national angelegt ist, bieten unzählige Chancen in der Arbeitswelt, bei Bildung und Ausbildung, bei der demokratischen Meinungsbildung und gesellschaftlichen Transparenz. Gleichzeitig haben die vergangenen Jahre gezeigt, welche Gefahren mit der grenzenlosen Digitalisierung verbunden sind. Stichworte wie Datenschutz und Datensicherheit, aber auch die Problematik von Filterblasen und Fake News spielen hier eine Rolle.

Die tiefgreifenden gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung zu beleuchten, aber auch digitale Instrumente für Bildung und Kulturaustausch zu nutzen und weiterzuentwickeln, sind wichtige Zukunftsaufgaben für Kultur- und Bil-

dungsinstitutionen. Ebenso müssen sie es sich zur Aufgabe machen, die Medienkompetenz gerade junger Menschen auch im internationalen Kontext zu stärken, nicht nur, weil das Verständnis anderer Kulturen zusehends im Internet geprägt wird. Vor allem in Ländern wie Weißrussland, der Ukraine, Armenien oder Aserbaidschan setzt das Goethe-Institut sehr erfolgreich darauf, Jugendliche in speziellen Workshops für den kritischen Umgang mit Quellen zu sensibilisieren und so ihre Medienkompetenz zu steigern. Nicht zuletzt stellen die Informationen, die das Goethe-Institut im digitalen Raum über Deutschland und die Zusammenarbeit mit Partnern und Künstlern in den Gastländern bereitstellt, häufig im globalen Kontext die erste Informationsquelle über unser Land und unsere Herangehensweise dar.

Migration

Ein großes Thema, das nicht nur auf einer europäischen, sondern auf globaler Ebene zu betrachten ist, ist die Migration. Große Fluchtbewegungen aufgrund von Gewalt oder Umweltkatastrophen werden weiterhin eine wichtige Konstante der Weltpolitik bleiben. Die Integration von Asylsuchenden bleibt, unabhängig von der Zahl, die jährlich nach Deutschland kommt, vor diesem Hintergrund ein zentrales Thema. Eine wichtige Aufgabe für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist es hier, Bildungs- und Kulturangebote für Flüchtlinge zu machen, die in Länder geflohen sind, die an ihre Heimat angrenzen. Man sollte nicht vergessen, dass die meisten Flüchtlinge aus Syrien nicht in Deutschland, sondern in Jordanien (mehr als 600.000)¹⁶, im Libanon (knapp 1 Mio.)¹⁷ und der Türkei (etwa 2,9 Mio.)¹⁸ untergekommen sind. Gera-

de mit Programmen für junge Menschen kann Kulturarbeit Perspektiven vor Ort geben und dazu beitragen, die Entstehung einer „verlorenen Generation“ zu verhindern. Mit einer positiv bestärkenden Arbeit in Flüchtlingslagern und Auffangstellen in den Nachbarländern Syriens schafft das Goethe-Institut Perspektiven für ein Leben vor Ort – durch Kultur- und Bildungsprogramme für

Globalen Herausforderungen wie Migration kann man mit Bildungs- und Kulturarbeit VOR ORT begegnen.

Kinder und Jugendliche oder Fußballaktivitäten, die den Teamgeist stärken sollen, und Programme, die geflüchteten Kulturschaffenden das Weiterarbeiten auch im Exil erleichtern.

Zu den Kernaufgaben des Goethe-Instituts gehört die Vermittlung der deutschen Sprache. 15,4 Millionen Menschen weltweit lernen Deutsch, davon über 13 Millionen an 95.000 Schulen. Das Goethe-Institut erreicht mit seinem Netzwerk und seinen Angeboten einen großen Teil dieser Schulen und trägt mit Lehrerfortbildung, Stipendien und Seminaren zu einem modernen und attraktiven Fremdsprachenunterricht bei. An den Goethe-Instituten selbst lernen 270.000 Sprachkursteilnehmer pro Jahr. Dies spiegelt auch die Attraktivität des Bildungs-, Kultur- und Wirtschaftsstandorts Deutschland wider. Über 500.000 Deutschprüfungen werden abgenommen. Wie existenziell

die Kenntnis der deutschen Sprache ist, wird gerade bei der Integration der Flüchtlinge in unserem Land sehr deutlich. Sprache ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Hier hat sich das Goethe-Institut bereits früh mit digitalen Lernprogrammen wie der preisgekrönten „Ankommen“-App für Geflüchtete und Fortbildungskursen für ehrenamtliche Deutsch-Begleiter engagiert, aber auch mit arabisch untertitelten deutschen Filmen und übersetzter Literatur, die den Zugang zu unserer Kultur und Gesellschaft erleichtern.

Eine ausreichende Kenntnis des Deutschen hat sicher auch dazu beigetragen, dass über 300.000 Flüchtlinge – eine unerwartet hohe Zahl – bereits eine Arbeit in Deutschland finden konnten.¹⁹ Diese Zahl zeigt aber auch, wie hoch der Bedarf an Zuwanderern für den deutschen Arbeitsmarkt ist. Der eklatante Mangel an Fachkräften, der in Deutschland herrscht, ist jüngst bei der Diskussion über ein Zuwanderungsgesetz wieder in den Blick geraten.²⁰ Wenn wir die Wirtschaftskraft und den Wohlstand unseres Landes erhalten wollen, sind wir auf die Zuwanderung von Fachkräften angewiesen. Dabei geht es längst nicht mehr nur um Ingenieure oder Pflegekräfte, denn inzwischen betrifft der Arbeitskräftemangel auch viele andere Berufszweige. Die deutsche Sprache ist für Flüchtlinge und Arbeitskräfte gleichermaßen der Schlüssel zu unserer Gesellschaft. Sie zu vermitteln ist eine zentrale Aufgabe der Institutionen der Auswärtigen Kultur- und Bildungsarbeit. Dabei wird in der Politik häufig unterschätzt, dass das Erlernen der Sprache Zeit braucht und hohe finanzielle Ressourcen eingesetzt werden müssen, um Lehrer zu gewinnen und die für den Unterricht nötige Infrastruktur bereitzustellen.

Ausblick

Das Thema Migration macht besonders deutlich, wie tief sich auswärtige und innere Kulturpolitik inzwischen durchdringen, denn angesichts der globalen Verortung Deutschlands sind „außen“ und „innen“ nicht mehr zu trennen. Die Politik nimmt Ansätze der außenkulturellen Akteure als modellhaft auch für die Innenkulturpolitik auf und regt darüber hinaus neue Verknüpfungen beider Bereiche an. Mit seinem Netzwerk hat das Goethe-Institut direkten Zugang zu Intellektuellen, Kulturschaffenden und Experten weltweit. Die Erkenntnisse daraus will das Goethe-Institut künftig noch stärker in Deutschland einbringen, denn auch über das Arbeitsfeld Integration hinaus können wir die Erfahrungen aus der Auslandsarbeit für die deutsche Gesellschaft nutzbar machen.

Zwar kann Kulturaustausch nicht die Welt retten, aber er kann Horizonte erweitern und kreative Impulse zu zentralen globalen Fragen wie auch lokalen Problemen geben. Die Herangehensweise des Goethe-Instituts und der deutschen Mittlerorganisationen setzt darauf, nachhaltig für freiheitliche Werte und einen partnerschaftlichen Dialog einzutreten. Kulturaustausch in dieser Form verschafft im Ausland Glaubwürdigkeit und genießt hohes Ansehen. Er kann auch unter schwierigen politischen

Mittlerinstitutionen setzen auf nachhaltige globale und partnerschaftliche KULTURARBEIT.

Verhältnissen – sei es in Deutschland, Europa oder in globalen Kontexten – wichtige Kommunikationskanäle offenhalten, kann in restriktiver werdenden Gesellschaften zivilgesellschaftliche Akteure stärken und zum Verständnis aufgeklärter Wertvorstellungen beitragen. In einer multipolaren Welt ist ein internationaler Kulturaustausch, der auf den Prämissen freier Meinungsäußerung sowie der Unabhängigkeit von Wissenschaft und Kunst basiert, deshalb wichtiger denn je. Eine zukunftsweisende Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik muss diesem Anspruch gerecht werden. ///



/// JOHANNES EBERT
ist Generalsekretär des Goethe-Instituts,
München.

Anmerkungen

¹ Mair, Stefan / Perthes, Volker: Ideen und Macht. Was definiert die relative Gewichtsverteilung in der Welt?, in: Internationale Politik 3/2011, S. 10-23, <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2011/ideen-und-macht>

² Eine vom Goethe-Institut gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Bundesverband der Deutschen Industrie und dem Käte Hamburger Kolleg organisierte zweitägige öffentliche Tagung setzte sich im März 2017 unter dem Titel „Wettbewerb der Narrative: Zur globalen Krise liberaler Erzählungen“ mit Themen wie Demokratie, Menschenrechte, Meinungsfreiheit, sexuelle Orientierung und Geschlecht oder Flucht und Migration auseinander, <https://www.goethe.de/de/uun/ver/wdn.html>, Stand: 26.9.2018.

³ Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen, München / Wien 1996. Einige Aussagen von Huntingtons Analyse sind zwar inzwischen eingetroffen, für die Ausgestaltung einer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik liefert das Buch jedoch

nicht die geeigneten Rezepte. Insbesondere deshalb, weil es davon ausgeht, dass Zivilisationen bzw. Kulturen monolithische Blöcke sind und die vielfältigen Strömungen innerhalb von Kulturen, Hybridisierungen und Verflechtungen zu wenig herausarbeitet. Gerade sie sind jedoch Schnittstelle und Anknüpfungspunkt für eine nach vorne gerichtete Kulturpolitik.

⁴ Hierzu auch: Das Aufblühen von etwas Gefährlichem, das tief verwurzelt ist, in: welt.de, 30.8.2018, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article181359634/Internationale-Presse-zu-Chemnitz-Aufbluehen-von-etwas-Gefaehrlichem-das-tief-verwurzelt-ist.html>

⁵ Ebert, Johannes: Was Deutschland zu erzählen hat, in: sz.de, 20.6.2018, <https://www.sueddeutsche.de/politik/aussenansicht-was-deutschland-zu-erzaehlen-hat-1.4023719>

⁶ Anheier, Helmut K. (wissenschaftliche Leitung): Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands im internationalen Vergleich. Zwischenbericht einer Studie der Hertie School of Governance im Auftrag des Auswärtigen Amtes, Juli 2017, https://www.hertie-school.org/fileadmin/2_Research/2_Research_directory/Research_projects/German_foreign_cultural_and_educational_policy_in_comparative_perspective/Die_Auswaertige_Kultur-_und_Bildungspolitik_Deutschlands_im_internationalen_Vergleich.pdf

⁷ Benner, Torsten / Gaspers, Jan / u. a.: Authoritarian Advance. Responding to China's Growing Political Influence in Europe, GPPi & Merics Report, Februar 2018, http://www.gppi.net/fileadmin/user_upload/media/pub/2018/Benner_ME_RICS_2018_Authoritarian_Advance.pdf

⁸ Ebert, Johannes / Grätz, Ronald: Die Chancen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, in: Deutschland und die Welt 2030. Was sich verändert und wie wir handeln müssen, hrsg. von Stefan Mair, Dirk Messner und Lutz Messner, Berlin, 2018, S. 356.

⁹ Zweiter Jahresbericht der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, Bonn 1967; Singer, Otto (Bearbeiter): Auswärtige Kulturpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Konzeptionelle Grundlagen und institutionelle Entwicklung seit 1945, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, 2003, S. 13, https://www.bundestag.de/blob/194114/053b813a91d89a29fa5c2f4ba85c50ae/ausw__rtige_kulturpolitik-data.pdf

¹⁰ Schwarz, Robert: Demokratie unter Druck: Polarisierung und Repression nehmen weltweit zu, BTI 22.3.2018, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2018/maerz/demokratie-unter-druck-polarisierung-und-repression-nehmen-weltweit-zu>

¹¹ Ebert / Grätz: Die Chancen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, S.362.

¹² Krastev, Ivan: Europadämmerung. Ein Essay, Berlin 2017, S. 127 ff.

¹³ Rede von Jacques Delors vor dem Europäischen Parlament, 17.1.1989, https://www.cvce.eu/content/publication/2003/8/22/b9c06b95-db97-4774-a700-e8aea5172233/publishable_de.pdf

¹⁴ Student Manifesto on European Angst, https://www.goethe.de/resources/files/pdf97/20161203_manifesto_draft-final.pdf, Stand: 26.9.2018.

¹⁵ <https://www.goethe.de/prj/fre/de/index.html>, Stand: 26.9.2018.

¹⁶ Syrische Flüchtlinge in Jordanien. Keine Perspektive im Nachbarland, in: tagesschau.de, 4.4.2018, <https://www.tagesschau.de/ausland/maas-jordanien-101.html>

¹⁷ Flüchtlinge weltweit. Zahlen & Fakten, UNO-Flüchtlingshilfe. Deutschland für den UNHCR, <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten>, Stand: 26.9.2018.

¹⁸ Jacobsen, Lenz: Das Abschreckungsabkommen, in: zeit.de, 20.3.2017, S. 3, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-03/fluechtlinge-eu-tuerkei-abkommen-europa-griechenland-lesbos-angela-merkel/seite-3>

¹⁹ Mehr als 300.000 Flüchtlinge haben einen Job gefunden, in: zeit.de, 21.8.2018, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-08/arbeitsmarkt-fluechtlinge-integration-bundesagentur-fuer-arbeit-ausbildungsplatz>

²⁰ Specht, Frank: Politik will Einwanderung von Fachkräften erleichtern – und damit eigene Fehler korrigieren, in: handelsblatt.com, 26.7.2018, <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-politik-will-einwanderung-von-fachkraeften-erleichtern-und-damit-eigene-fehler-korrigieren/22839548.html>



/// ANI AVAKYAN – SERIE „VOLKS SEELE“

/// Die Spielregeln müssen neu gemacht werden

DIE WELT IN UNORDNUNG

CARLO MASALA /// lehrt an der Universität der Bundeswehr in München. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Theorien der internationalen Politik, Sicherheitspolitik sowie die transatlantischen Beziehungen. Professor Masala ist u. a. Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des NATO Defence College (Rom) sowie der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Im folgenden Interview bewertet er die momentane Weltlage, die ihm derzeit sehr in Unordnung geraten zu scheint.

Politische Studien: Herr Professor Masala, Sie haben sich in Ihrem gerade neu bei C. H. Beck aufgelegten Buch ausführlich mit dem Thema „Weltunordnung“ befasst. Wie definieren Sie diesen Begriff?

Carlo Masala: Weltunordnung ist für mich der gegenwärtige Zustand in der Internationalen Politik, in der es keine stabile machtpolitische Konfiguration gibt, in der es nicht absehbar ist, dass es mittelfristig eine geben wird und vor allem, in der sich die Großmächte des Internationalen Systems nicht als Manager desselbigen verstehen und auf die Einhaltung von Regeln und Normen achten, die aus ihrer Sicht für ein stabiles Internationales System essenziell sind.

Politische Studien: Ihre Skepsis ist nachvollziehbar. Aber haben wir nicht auch Formen einer rudimentären globalen Ordnung? Es gibt keine Nuklearkriege. Die Konflikte zwischen den Großmächten sind bislang nicht eskaliert.

Carlo Masala: Das ist in der Tat ein Positivum. Es ist aber das einzige. Wir haben z. B. keinen Konsens mehr darüber, dass die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen eingeschränkt werden sollte, dass die Norm zum Nicht-Einsatz von chemischen Waffen in Konflikten durchgesetzt werden muss und dass regionale Konflikte nicht über das Aus-

„Weltunordnung ist für mich der **GEGENWÄRTIGE** Zustand in der Internationalen Politik.“

„Auch in **OSTASIEN** ist die US-Hegemonie langsam, aber beständig am Schwinden.“

maß eskalieren dürfen, dass die Großmächte sich gezwungen sehen, aktiv einzugreifen, und damit die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen Großmächten in regionalen Konflikten existiert. All das fehlt gegenwärtig. Aber ja, die Gefahr eines umfassenden nuklearen Krieges ist heute nicht vorhanden und das ist zumindest eine gute Nachricht.

Politische Studien: Sehen Sie Regionen, in denen von einer hegemonialen Stabilität gesprochen werden kann? Ich denke da vor allem an Ostasien. Bislang ist es den USA gelungen, die Konflikte auf der koreanischen Halbinsel, in der Taiwanstraße sowie im Ost- und Südchinesischen Meer einzuhegen.

Carlo Masala: Ja, bislang haben die USA die Rolle eines Hegemons in Ostasien eingenommen, aber ich sehe auch diese Rolle am Erodieren. Je stärker China wird, desto mehr wird es seinen Anspruch auf regionale Hegemonie in Asien zur Geltung bringen und desto stärker wird es sich dahingehend engagieren, die USA aus dieser Region herauszuhalten. Anti-Access Area Denial (A2AD) ist da nur die militärische Komponente dieser Politik. China steigt auf und beansprucht regional wie global seinen „Platz an der Sonne“. Und sie machen es sehr geschickt über ökonomische Anreize, politischen Druck und nur im Notfall mit militärischer Drohung. Die One Belt, One Road-Initiative (OBOR) ist ein sehr geschickter Versuch, die Welthandelsströme zukünftig

so umzulenken, dass Asien und damit China im Zentrum des Welthandels stehen werden. Wenn man sich die maritime Komponente dieser Initiative anschaut, dann wird einem klar, dass der nächste Schritt die Errichtung von Marine-Stützpunkten entlang dieser Route sein wird. Kurzum: Auch in Ostasien ist die US-Hegemonie langsam, aber beständig am Schwinden. Dem Hegemon fehlt es zunehmend an Gefolgschaft.

Politische Studien: William C. Wohlforth und andere Realisten haben darauf verwiesen, dass eine eindeutige Unipolarität im Gegensatz zu den Annahmen von Kenneth N. Waltz auch stabilisierend wirken kann. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die permanente Kritik diverser NATO-Staaten an der Führungsrolle der USA?

Carlo Masala: Ich fand das Argument von Wohlforth und Stephen Brooks nie sonderlich überzeugend und glaube, dass sie aus einer besonderen Situation, nämlich des unglaublichen machtpolitischen Ungleichgewichtes nach dem Zerfall der Sowjetunion, eine generelle Theorie abgeleitet haben, die nicht Bestand hat. Denn wir sehen doch, dass letzten Endes Gegenmachtbildung zunimmt, da die riesige amerikanische Übermacht für aufstrebende Staaten nicht akzeptabel ist. Und wenn man sich die späteren Schriften von Wohlforth, also nach 1995, anschaut, so gibt er ja auch zu,

”

Der liberale Interventionismus der USA und der Europäer hat ENTSCHEIDEND dazu beigetragen, Instabilität zu produzieren.

dass Polarität für ihn nur dazu dient, die Struktur des internationalen Systems zu klassifizieren, dass aber aus einer Polarität keine Schlüsse über die Prozesse in der internationalen Politik gezogen werden können. Damit bleibt die Polaritätsfrage ein akademisches Glasperlenspiel.

Was Europa anbetrifft so gibt es eine erstaunliche Schizophrenie. Führen die USA, so beklagen sich die Europäer über die amerikanische Führung, führen die USA nicht, so beklagen sich die Europäer über fehlende amerikanische Führung. Letzten Endes habe ich das Gefühl, dass bis auf Frankreich eigentlich alle Europäer amerikanische Führung wollen, jedoch nicht bereit sind, den Preis dafür, nämlich die Aufgabe eines gewissen Grades an außen- und sicherheitspolitischer Souveränität zu zahlen.

Politische Studien: Würden Sie soweit gehen zu behaupten, dass der Westen mit seiner Interventionspolitik in der muslimischen Welt und seinem Verhalten gegenüber Russland dazu beiträgt, Instabilität zu schaffen?

Carlo Masala: Ja, das ist eine der Hauptaussagen meines Buches. Der liberale Interventionismus der USA und der Europäer hat entscheidend dazu beigetragen, Instabilität zu produzieren. An vielen Plätzen, an denen die sogenannte westliche Staatengemeinschaft militärisch interveniert hat, herrscht heute mehr Chaos als vor der Intervention. Der Versuch, Demokratie und freie Marktwirtschaft zu universalisieren, zur Not

mit Waffengewalt, hat den Widerstand anderer Staaten hervorgerufen. Die russische Reaktion ist zu einem großen Teil als eine Gegenreaktion zu diesen Versuchen zu begreifen. Die Welt war historisch gesehen immer dann ein sicherer Platz (global betrachtet), wenn sich die Großmächte gegenseitig Einflusszonen zusicherten und sich gegenseitig als legitime Großmächte mit legitimen Interessen anerkannten. Dies ist heute nicht mehr der Fall. Und dies trägt ein erhebliches Maß zu der gegenwärtigen Instabilität im internationalen System bei.

Politische Studien: Es ist durchaus vorstellbar, dass Russland seine hybride Kriegsführung auch auf das Baltikum überträgt. Sollte Moskau dort militärische Aktionen – teils verdeckt, teils auch ganz offen – initiieren, mit welcher Reaktion der NATO rechnen Sie?

Carlo Masala: Diese Frage ist schwierig zu beantworten. Ich würde nicht darauf wetten, dass die Allianz sich in dieser Frage einig ist und vor allem mit allen Mitteln, die ihren Mitgliedsstaaten zur Verfügung stehen, reagieren würde. Auch mit Blick auf die geostrategische Lagerung der baltischen Staaten würde ja eine Verteidigung dieser erst in Polen beginnen können. D. h., die baltischen Staaten wären eine Zeit lang besetzt, bevor sie zurückerobert werden könnten. Ich habe Zweifel daran, ob die USA einen nuklearen Krieg gegen die russische Fö-

deration riskieren würden, um die baltischen Staaten zu befreien.

Politische Studien: Worauf müssten sich die Großmächte einigen, wenn sie die Welt stabilisieren wollen? Wäre die Vereinbarung von Einflussphären in Europa, am Persischen Golf und in Ostasien ein gangbarer Weg?

Carlo Masala: Einflussphären sind, so zynisch dies auch in den Ohren der meisten Menschen klingen mag, ein wichtiger Faktor, der dazu beiträgt, die gegenwärtige Lage zu stabilisieren. Diese Einflussphären gelten für die unmittelbare geographische Nachbarschaft von Großmächten. Daneben wird es immer wieder „umkämpfte Räume“ geben, in diesem Falle sicherlich Afrika sowie der Mittlere und Nahe Osten. Aber die Anerkennung von sicherheitspolitischen Interessen in der unmittelbaren Nachbarschaft von Großmächten wäre ein erster und wichtiger Schritt.

Politische Studien: Glauben Sie, dass Deutschland die strategischen Folgen der von Ihnen beschriebenen Weltunordnung versteht?

Carlo Masala: Deutschland hat sehr gut verstanden, dass der Vorteil der verringerten Abhängigkeit von den USA darin besteht, dass es selektiver in seinem außen- und sicherheitspolitischen Vorgehen sein kann. Vor 20 Jahren wäre eine

Situation, in der die USA und Frankreich, die beiden wichtigsten Verbündeten Deutschlands, sich in einer Frage wie Libyen einig sind und Deutschland sich der Zustimmung zu einer militärischen Operation seiner beiden engsten Partner verweigert, undenkbar gewesen. Heute hat Berlin diese Möglichkeit und nutzt sie auch. Insofern ist Deutschland in der Weltunordnung gut angekommen. Allerdings hat Deutschland die strategischen Folgen dieser neuen Weltunordnung noch nicht in Gänze verstanden, denn noch immer versucht das Auswärtige Amt sehr reflexartig, eine Weltordnung zu reparieren, die in Trümmern liegt. Man hält an multilateralen Institutionen und an regelbasierter Ordnung fest. Das Verteidigungsministerium ist da weiter, indem es konstatiert, dass Ad-hoc-Koalitionen wohl die Zukunft sicherheitspolitischer Kooperation sein werden und dass Deutschland sich dieser Form der Zusammenarbeit öffnen müsse. ///



/// PROF. DR. CARLO MASALA
lehrt Internationale Politik an der Bundeswehr-Universität Neubiberg.

”

DEUTSCHLAND ist in der Weltunordnung gut angekommen.



Quelle: Ani Avakyan, Foto: Ivan Avdeenko photography

/// ANI AVAKYAN – AUSSTELLUNGSMOBILIAR „FLUG“

Elegant, schwerelos, ohne übrige Details – das Ausstellungsmobiliar „Flug“ spricht für sich. Das Objekt ist aus gebogenem Sperrholz angefertigt und fügt sich aus drei Bestandteilen zusammen. Schwebend über dem Boden gibt es dem Betrachter ein Leichtigkeitsgefühl.

/// Steuert der Krieg in Syrien seinem Ende zu?

SIEBEN JAHRE KRIEG: BILANZ UND KONTUREN EINER NACHKRIEGSORDNUNG

MARTIN PABST /// Nach sieben Jahren scheint der Krieg in Syrien auf ein Ende zuzusteuern. Mit russischer und iranischer Unterstützung haben die Regierungskräfte die Rebellen massiv zurückgedrängt. Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ ist weitgehend niedergekämpft. Doch könnte der Konflikt nun zum offenen Krieg zwischen den involvierten auswärtigen Mächten eskalieren. Es öffnet sich aber auch ein Fenster für einen Interessenausgleich. Von Schutzmächten garantierte Einflusszonen könnten für eine Übergangszeit die kriegerischen Auseinandersetzungen einfrieren und die Grundlage für innersyrische Friedensgespräche schaffen.

Wie es begann ...

Mitte 2011 wurde aus einer bis dahin überwiegend friedlichen Opposition ein bewaffneter Aufstand. Wesentliche Verantwortung hierfür trägt die syrische Regierung, die massive Gewalt gegen Demonstranten einsetzte. Doch wurde die Opposition auch von ausländischen Staaten dazu ermuntert, mit Waffengewalt einen Regimewechsel herbeizuführen. Diese Entscheidung aber war fatal, denn dadurch verlor die Opposition ihre „demokratische Unschuld“ und wurde zur Bürgerkriegspartei. Schon bald kämpften Rebellen mit ähnlich rücksichtslosen Me-

thoden wie die Regierungskräfte. Vergeblich hatten nicht wenige Aktivisten der „Lokalen Koordinationskomitees“ vor diesem Schritt gewarnt. Sie setzten und setzen weiter auf gewaltlose Opposition.

Ab Mitte 2011 wurde aus friedlichem Protest eine **BEWAFFNETE** Rebellion.

Auswärtige Akteure lieferten großzügig Waffen und Munition. Die USA, Frankreich und Großbritannien hielten sich im Hintergrund und räumten ihren Partnern in der Region (Katar, Saudi-Arabien, Türkei) eine Führungsrolle ein, und zunehmend gerieten die syrischen Aufständischen in Abhängigkeit von ihren Unterstützern. Wer sich deren Vorgaben nicht unterordnete, wurde fallengelassen.

Eine Demokratisierung Syriens stand nicht unbedingt auf der Agenda der Regionalmächte. Die Türkei suchte die syrische Muslimbruderschaft als ihren Juniorpartner an die Macht zu bringen. Die absoluten Monarchien Katar und Saudi-Arabien waren ohnehin wenig an Demokratisierung interessiert, sondern wollten Staatspräsident Baschar al-Assad stürzen und eine Iran-feindliche sunnitische Regierung in Damaskus etablieren. In beiden Golfmonarchien ist der wahabitische Islam Staatsreligion, und es verwundert daher nicht, dass diese eng mit salafistischen, nichtdemokratischen Rebellenorganisationen wie Ahrar al-Sham oder Dschaisch al-Islam zusammenarbeiteten. Die demokratischen und gemäßigten Rebellen gerieten dadurch jedenfalls ins Hintertreffen. Zunehmend strömten nun auch kampfproben, gut bewaffnete Dschihadisten aus dem Ausland nach Syrien. Katar, Saudi-Arabien und die Türkei tolerierten dies, solange es dem Kampf gegen Assad nutzte. Fallweise arbeitete man sogar mit extremistischen Gruppierungen wie der zu al-Qaida gehörenden al-Nusra-Front zusammen.

Westliche Akteure verloren bald die Kontrolle über die Unterstützungsnetzwerke. Selbst leisteten sie nur in eingeschränktem Umfang Militärhilfe, hielten Panzerabwehrwaffen lange zurück und verweigerten grundsätzlich Boden-

Luft-Raketen. Ab 2014 versuchte man, zuverlässige und loyale Rebellenverbände im Ausland neu aufzustellen, doch dieser Ansatz scheiterte. Schließlich beendeten die USA und Großbritannien im Juli bzw. September 2017 die Ausbildung und Unterstützung syrischer Rebellen.

Der Westen überließ die Einflussnahme und Unterstützung anfangs überwiegend den **BEFREUNDETEN** Regionalmächten.

Falsche Signale aus Libyen

Die Geschehnisse in Libyen hatten überzogene Erwartungen bei syrischen Demonstranten geweckt. Dort hatten westliche Mächte auf der Grundlage einer von China und Russland mittels Enthaltung tolerierten Sicherheitsratsresolution zum Schutz der Zivilbevölkerung eingegriffen. Die NATO-Operation interpretierte das Mandat sehr weitgehend und agierte als „Luftwaffe der Rebellen“ beim Sturz der Regierung. Doch Libyen taugte nicht als Vorbild. Im Unterschied zu Syrien ist das Land strategisch vergleichsweise unbedeutend, und Gaddafi konnte auf keine einflussreichen Unterstützer zählen. China und Russland waren über die Instrumentalisierung eines humanitären Mandats für einen Regimewechsel erobert und machten deutlich, in Syrien kein „zweites Libyen“ zuzulassen. Militärisch durchgesetzte Flugverbots- oder Schutzzonen hatten daher von Anfang an keine Aussicht auf Billigung im Sicherheitsrat.

Hinzu kam, dass der Sturz Gaddafis in Libyen ein Machtvakuum erzeugte, in dem sich rivalisierende Milizen bis heute bekämpfen. Dies führte dazu, dass USA, Frankreich und Großbritannien Assad zwar zu schwächen suchten, vor dessen gewaltsamem Sturz aber zurückscheuten. Den Rebellen gestanden sie daher nur begrenzte militärische Unterstützung zu.

Erfolgreiches Kalkül der Regierung

Die syrische Regierung setzte auf die militärische Konfrontation. Sie hatte den Vorteil einer einheitlichen Armee und einheitlicher Kommandostrukturen. Die oppositionelle „Freie Syrische Armee“ (FSA) hingegen blieb weitgehend Wunschdenken. Es kämpften hunderte Rebellengruppen mit lokaler Verwurzelung und ohne gemeinsames Oberkommando. Diese konnten nie mehr als ein Drittel der Syrer hinter sich bringen. Unentschiedene Syrer waren nicht für einen Aufstand zu gewinnen, dessen Führer nicht bekannt waren und der zunehmend vom Ausland instrumentalisiert wurde.

Geschickt betrieb der aus der religiösen Minderheitsgruppe der Alawiten stammende Regierungsclan eine Polarisierung entlang konfessioneller Linien. Man offerierte den religiösen Minderheiten Schutz und erzeugte Furcht vor radikalislamistischem Terror, mit dem man alle Rebellen summarisch identifizierte. Es sollte nicht lange dauern, bis die Prophezeiung wahr wurde. Je länger der Krieg andauerte, desto stärker traten radikalsunnitische Rebellen in den Vordergrund und polarisierten ihrerseits mit konfessioneller Hetze. Damit wurden Gräben errichtet, die wohl erst durch langwierige Versöhnungsbemühungen wieder überwunden werden können.

Die syrische **REGIERUNG** hatte auf lange Sicht militärisch und strategisch die Oberhand.

Die syrische Regierung erhielt erhebliche politische, militärische und finanzielle Unterstützung aus dem Iran und Russland. Für Teheran ist die Landbrücke über Syrien in den Libanon von erstrangiger strategischer Bedeutung. Sie dient der Unterstützung iranischer Stellvertreter im Libanon (Hisbollah) und in Palästina (Islamischer Dschihad, Hamas). 2012 entschied sich der Iran somit für einen umfassenden Beistand. Seine Aktivitäten waren von Landeskenntnis und sorgsamer Planung geprägt, während die Unterstützung für die Rebellen wenig informiert, mangelhaft koordiniert, nicht selten sprunghaft und von unterschiedlichen Zielvorgaben bestimmt war.

2015 gelang es der militärisch unter Druck geratenen syrischen Regierung, Russland zu einer Militärintervention zu bewegen. Für Moskau eröffnete sich damit die Chance, seinen bestehenden Einfluss im Nahen Osten (Marinebasis Tartus in Syrien) zu erweitern sowie dschiha-distische Kämpfer, die zum Teil aus Russland eingeschickert waren, außerhalb seines Staatsgebiets zu bekämpfen. Die russische Intervention sollte außerdem demonstrieren, dass Moskau von außen betriebenen Regimewechsel nicht duldet.

Wegmarken des Konflikts

International kaum wahrgenommen wurde im Sommer 2012 das „Stillhalteabkommen“ der Regierung mit den

PKK-nahen Kurden.¹ Das Erscheinen einer dritten Konfliktpartei trug dazu bei, eine Konfliktlösung zu erschweren. Die Position der Rebellen wurde dadurch in mehrfacher Hinsicht geschwächt. Einerseits schieden kurdische Milizen als Verbündete aus, zweitens konnte die Regierung Armeeeinheiten vom Norden an andere Fronten verlegen, drittens änderten sich mittelfristig die Prioritäten der Türkei. Statt Assad zu stürzen, suchte sie ab 2015 ein autonomes oder gar unabhängiges kurdisches Staatsgebilde zu verhindern.

US-Präsident Barack Obamas Absage seines angekündigten Vergeltungsschlags für den Fall eines Chemiewaffeneinsatzes (10.9.2013) führte zu Enttäuschung unter den Rebellen und einem Zulauf zu Islamisten und Dschihadisten. Katar, Saudi-Arabien und die Türkei nahmen nun weniger Rücksicht auf westliche Interessen und scheuten nicht vor einer Unterstützung radikaler Gruppierungen zurück. Obama übte erneut Zurückhaltung, als er im September 2016 nicht auf die Bombardierung eines VN-Hilfskonvois durch russische und syrische Kampfflugzeuge reagierte. Sein Nachfolger Donald Trump setzte sich davon ab, indem er nach einem erneuten Chemiewaffeneinsatz im April 2017 einen Luftangriff gegen eine syrische Luftwaffenbasis befahl. Doch er griff nur zu einer sehr begrenzten, eher symbolischen Repressalie.

2014 verdrängte der im Irak entstandene „Islamische Staat“ (IS) alle anderen Rebellengruppen sowie die al-Qaida-treue al-Nusra-Front aus dem Osten. Damit kam eine vierte Kriegspartei hinzu, was die Lage weiter komplizierte. Obwohl der IS keinerlei Allianzen einging und alle Akteure attackierte, fügte er faktisch den Rebellen die größten

Verluste zu. Außerdem änderten sich nun die Prioritäten westlicher Staaten. Statt gegen Assad vorzugehen, stand die Bekämpfung des IS im Vordergrund.

Ab 2014 griff der „**ISLAMISCHE STAAT**“ als vierte Kriegspartei und gemeinsamer Feind aller ein.

Eine Kriegswende brachte im September 2015 die russische Militärintervention. Damit konterkarierte Moskau die letztmaligen gemeinsamen Anstrengungen von USA, Frankreich, Großbritannien, Katar, Saudi-Arabien und der Türkei zur Bildung schlagkräftiger Rebellenantzen. Mit Hilfe russischer Kampfflugzeuge und Militärberater sowie iranischer Stellvertretermilizen konnte die Regierung das von ihr kontrollierte Territorium sukzessive erweitern.

Zunächst sah es so aus, als ob Russland und die USA nun gemeinsame Friedensverhandlungen organisieren würden. Am 30. Oktober 2015 konstituierte sich die von beiden Mächten geführte International Syria Support Group, und am 18. Dezember wurde im Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 2254 verabschiedet, die einen Übergangsfahrplan aufstellte. Doch Russland, der Iran und die Regierungskräfte nutzten den Ausschluss terroristischer Gruppen dazu, während der laufenden Verhandlungen den Krieg auch gegen die Rebellen fortzusetzen. Denn als terroristisch klassifizierte Gruppen wie die al-Nusra-Front waren entweder mit gemäßigeren Rebel-

len verbündet oder agierten in räumlicher Nähe von diesen. Mit der Rückeroberung von Ost-Aleppo (Dezember 2016), Ost-Ghouta bei Damaskus (April 2018) und Daraa im Süden (Juli 2018) kontrollierte die Regierung wieder 58 % des Landes. Auf die PKK-nahen Kurden entfallen 25 %, auf die Türkei und die letzte Rebellhochburg Idlib zusammen 11 %, auf den IS noch 6 %.

Mit dem im Januar 2017 angestoßenen Astana-Prozess wurde ein neues Verhandlungsformat eingeführt, an dem die USA nur noch als Beobachter teilnehmen. Russland, der Iran und die Türkei positionieren sich als Vermittler. Behandelt werden militärische Fragen, während sich der fortdauernde Genfer Friedensprozess unter dem Schirm der VN politischen Fragen widmet. Die Vereinbarung von vier „Deeskalationszonen“ führte zu partiellen Waffenstillständen, doch setzten Russland, der Iran und die Regierungskräfte selektiv die Bekämpfung von Rebellengruppen fort, auch unter Verletzung von Deeskalationsvereinbarungen.

Von Bedeutung war die neue Mächtekonstellation auch deshalb, weil ihr die Türkei angehört. Zur Umorientierung Ankaras hatten die Kurdenfrage sowie die zunehmenden Spannungen Ankaras mit dem Westen beigetragen. Russland möchte das NATO-Mitglied Türkei aus der westlichen Allianz herausbrechen. Der geopolitische Vordenker und Putin-Berater Alexander Dugin formulierte als Ziel einen „Mittleren Osten ohne westliche Präsenz“. Für dieses Projekt „brauchen wir die Türkei und Iran als Alliierte“.² Aufsehen erregte 2018 der Beschluss der türkischen Regierung, russische S-400-Flugabwehrsysteme zu kaufen. Mit Unterstützung Russlands und des Irans und in Abstim-

mung mit den USA besetzte die Türkei von Januar bis März 2018 den zum kurdischen Selbstverwaltungsgebiet zählenden Distrikt Afrin in Nordwestsyrien. Zwar kann man noch nicht von einer Allianz der Türkei mit Russland und dem Iran sprechen, jedoch von einer Politik der Äquidistanz, die inzwischen von Erdoğan offen propagiert wird.³

Die Türkei verfolgt eine Politik der ÄQUIDISTANZ.

Derzeitige Lage

Mitte September 2018 stand die Offensive von Regierungskräften, Russland und dem Iran gegen die letzte Rebellbastion Idlib bevor. Hilfsorganisationen warnten vor einer humanitären Katastrophe. Doch brachten Russland und die Türkei am 17. September eine Vereinbarung über eine entmilitarisierte Zone um Idlib zustande. Bis zum 10. Oktober sollten alle schweren Waffen abgezogen, bis zum 15. Oktober alle Rebellen das Gebiet verlassen haben. Die Vereinbarung bringt freilich nur einen Aufschub der Entscheidung. Denn die syrische Regierung drängt auf ein Niederkämpfen der letzten Rebellen, und diese haben keine weitere Rückzugsmöglichkeit. Zudem ist noch offen, ob sich die aus der dschihadistischen al-Nusra-Front hervorgegangene Organisation Hajat Tahrir al-Scham (HTS) an die Vereinbarung halten wird. Entweder wird es zu einem späteren Zeitpunkt zum Showdown kommen oder Idlib wird mit Rückende-

ckung des Westens und gegebenenfalls Russlands dem türkischen Besatzungsgebiet zugeschlagen werden. Diverse Rebellengruppen in Idlib sind mit Ankara verbündet, und türkische Soldaten stehen bereits zusammen mit russischen Militärpolizisten als Garantiemacht an den Grenzen der entmilitarisierten Zone.

Im Norden und Osten ist der IS weitgehend niedergekämpft – von der „Internationalen Allianz gegen den Islamischen Staat“, von den USA und verbündeten Kurden, aber auch von Russland, Iran und Regierungskräften. Doch man muss damit rechnen, dass sich IS-Reste im Untergrund neu formieren und zur verdeckten bzw. terroristischen Kriegsführung übergehen werden.

Es bleiben in Syrien folgende Akteure übrig, die jeweils bestimmte Zonen kontrollieren:

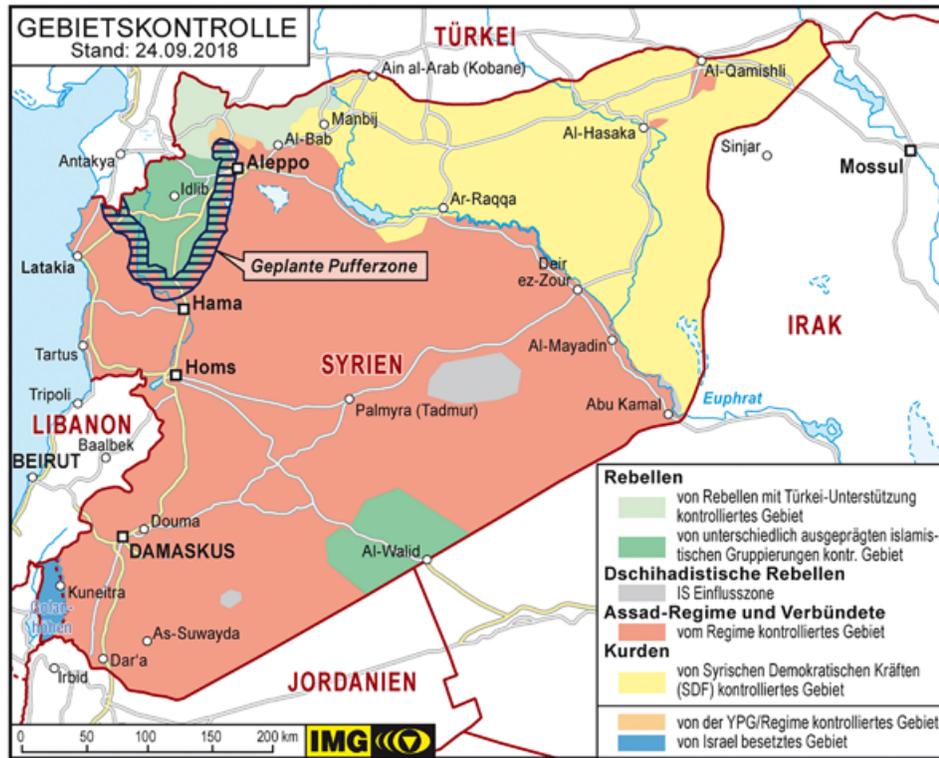
- Russland, syrische Regierung: Küstenprovinzen Latakia und Tartus; ca. 4.300 russische Soldaten; Marinebasis Tartus, Luftwaffenbasis Hmeimim, rund 20 weitere Positionen.
- Iran, syrische Regierung: Linie Daraa / Damaskus / Homs / Aleppo bis zum westlichen Euphratufer, möglicherweise bis zu 20.000 iranische Revolutionsgardisten und Soldaten mit ca. 60.000 schiitischen Milizionären unter ihrem Kommando; drei größere Stützpunkte in Azzan bei Aleppo, Homs (Luftwaffenbasis T4) und al-Kiswah südlich von Damaskus sowie sieben kleinere Basen; Iran demontiert freilich militärische Stützpunkte in Syrien und räumt nur Militärberater ein⁴.
- Türkei, FSA-Rebellen: von der türkisch / syrischen Grenze bis zum westlichen Euphrat-Ufer (Distrikte

Afrin, Dscharablus, Al Bab im Gouvernement Aleppo); Zahl türkischer Soldaten unbekannt; wichtige Stützpunkte Al-Bab, Al-Rai, Akhtarim und Dscharablus.

- USA, Frankreich und YPG-Kurden nebst arabischen und turkmenischen Milizen (zusammenfassend als Syrisch-Demokratische Kräfte (SDF) bezeichnet): vom östlichen Euphrat-Ufer bis zur syrisch / irakischen Grenze; 1.500-2.000 US-Soldaten und 100 französische Soldaten; zwei US-Luftwaffenbasen in Kharab Asheq und Rmeilan sowie acht weitere US-Basen⁵.
- USA, Großbritannien, Rebellengruppen: ein Gebiet in der syrischen Wüste nördlich des Länderdreiecks Syrien / Jordanien / Irak; Zahl der Soldaten unbekannt; im Zentrum die Militärbasis al-Tanf zuzüglich eines Gebiets im Radius von 55 Kilometern.

Die türkisch kontrollierte Zone soll die Entstehung eines kurdischen Staatswesens verhindern. Durch die Ansiedlung arabischer Flüchtlinge und die Flucht kurdischer Einwohner werden die demografischen Verhältnisse verändert. Neue Schulen werden gegründet, die Türkisch unterrichten und dem türkischen Erziehungsministerium unterstehen. Sehr aktiv ist in Nordwestsyrien auch die türkische Religionsbehörde Di-

In möglichen Ansprüchen der Türkei auf syrisches Gebiet liegen die WURZELN neuer Territorialkonflikte.



yanet, die Moscheen repariert und Imame entsendet. Erdogan deutet potenzielle Gebietsansprüche in Syrien und im Irak an. Er verkündete am 10. November 2016 zum Todestag von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk: „Wir werden nicht Gefangene auf 780.000 Quadratkilometern sein“⁶. Damit könnte sich ein künftiger Territorialkonflikt zwischen Syrien und der Türkei anbahnen.

Die US-amerikanisch / französische Einflusszone im Osten bildet einen Sperrriegel gegen Versuche des Irans, über Syrien einen Landkorridor zum Mittelmeer zu etablieren. Auch bietet sie Kurden Schutz vor einem Vordringen türkischer bzw. syrischer Militärs. Im Fall von Afrin leisteten die USA ihnen jedoch keinen Beistand, sondern tole-

rierten die türkische Invasion. In der Zone östlich des Euphrats befindet sich der Großteil der syrischen Ölvorkommen. Dies könnte die Regierung dazu verleiten, ihre Wiedereroberung zu versuchen. Doch haben die USA Ende 2017 bekräftigt, auch nach Niederkämpfung des IS die Unterstützung für die SDF aufrechtzuhalten. Anfang 2018 kündigte Washington an, 30.000 Mann „Grenzschutzkräfte“ in Ostsyrien aufzustellen, was sowohl die syrische wie auch die türkische Regierung verurteilte. Inzwischen hat US-Außenminister Rex Tillerson die Ankündigung wieder relativiert.

Der US-amerikanisch / britische Militärstützpunkt al-Tanf diente ursprünglich der Ausbildung von Rebellen sowie als Ausgangspunkt für die Bekämpfung

des IS. Als Bastion gegen eine iranische Präsenz in Südsyrien hätte er weiterhin Bedeutung, doch wird inzwischen auch über eine Räumung spekuliert. Frühere Gedankenspiele, das Gebiet zu einer bis zu den Golanhöhen reichenden US-amerikanisch / britisch / saudisch / israelischen Einflusszone auszuweiten, sind durch den Kriegsverlauf des Jahres 2018 obsolet geworden.

Saudi-Arabien und Katar sind in Syrien keine relevanten Akteure mehr. Zu den Astana-Verhandlungen wurden sie nicht eingeladen. Seit 2017 sind beide Staaten wegen ihrer unterschiedlichen Haltung gegenüber der Muslimbruderschaft und gegenüber dem Iran verfeindet, und Katar ist vollauf damit beschäftigt, das Embargo arabischer Golfstaaten zu unterlaufen. Saudi-Arabien konzentriert sich seit 2015 auf seine gegen den Iran gerichtete Militärintervention im Jemen. Auch sucht man, dem Erzfeind Iran zusammen mit den USA und Israel global entgegenzutreten. In Syrien hat sich Saudi-Arabien damit abgefunden, dass Assad an der Macht bleibt.⁷ Man will ihn jedoch mit dem Angebot von Wiederaufbauhilfe vom Iran abbringen. Außerdem unterstützt Riad die USA, Frankreich und die SDF östlich des Euphrats und bietet die Entsendung von Truppen an, gegebenenfalls als Ersatz für US-Truppen, deren Abzug von Präsident Trump angestrebt wird.⁸

Israel agiert aus dem Hintergrund. Die Regierung Netanjahu hielt sich lange im Syrien-Konflikt zurück und setzte auf einen möglichst lange dauernden Krieg mit größtmöglicher Schwächung aller syrischer Kriegsparteien. Denn sowohl ein vom Iran unterstützter Sieg Assads wie auch dessen Sturz durch radikalsunnitische Kräfte hätten Sicherheitsrisiken für Israel mit sich gebracht.

Als „rote Linie“ wurde die Weitergabe von High-Tech- oder Massenvernichtungswaffen an die in Syrien kämpfende Hisbollah betrachtet. Wenn dies drohte, griff Israel zu gezielten Luftschlägen. Den mit dem Syrien-Krieg verbundenen Aufmerksamkeitsverlust für den israelisch-palästinensischen Konflikt nutzte die Regierung Netanjahu dazu, die Siedlungspolitik in den besetzten palästinensischen Gebieten voranzutreiben und vollendete Tatsachen für eine oktroyierte Friedenslösung zu schaffen. Mit der Hilfe von US-Präsident Trump will man dieses Ziel nun erreichen.

Langfristige STABILITÄT braucht eine bevölkerungsgruppengerechte Friedensordnung.

Die auswärtigen Akteure bestimmen heute das Geschehen. Die politischen Bestrebungen der Syrer sind nur noch von zweitrangiger Bedeutung. Doch wird langfristige Stabilität nur durch eine allen Bevölkerungsgruppen Rechnung tragende Friedensordnung möglich sein.

Droht ein bewaffneter internationaler Konflikt?

Der Rückzug des IS schuf ein Vakuum, das unterschiedliche Akteure zu besetzen versuchten. So rückten im Februar 2017 von Norden türkische Soldaten und verbündete FSA-Rebellen auf die Stadt al-Bab vor, gleichzeitig von Westen kurdische und arabische SDF-Mili-

zen sowie US-Spezialkräfte, von Süden syrische Regierungskräfte, Hisbollah-Kämpfer und iranische Revolutionsgardisten. Es kam zu ersten Scharmützeln. Schließlich nahmen türkische Soldaten und ihre Verbündeten die Stadt ein.

Im Februar 2018 kündigte die Türkei an, in das östlich von al-Bab gelegene Manbidsch vorzurücken, wo neben SDF-Kräften auch US-Soldaten stationiert sind. Jedem, der sich den Türken in den Weg stellen würde, drohte Erdoğan eine „osmanische Ohrfeige“ an.⁹ Doch es kam zu einer Einigung. In Absprache mit Washington rückten türkische Einheiten von Afrin nach Osten vor, ohne aber Manbidsch einzunehmen. Am 18. Juni fand eine gemeinsame US-amerikanisch / türkische Patrouille an der Demarkationslinie statt. Gemäß dem syrisch-turkmenischen Journalisten Hüsni Mahalli billigte die Türkei im Gegenzug den USA eine Einflusszone östlich des Euphrats zu, wo sie die 60.000 bis 80.000 Mann starken kurdischen Milizionäre einhegen sollen. Von der angekündigten türkischen Militäroffensive östlich des Euphrats war zunächst keine Rede mehr, nun spricht Erdoğan wieder davon.¹⁰

Im Osten kam es bei der Wiedereroberung von IS-Territorium zu einem Wettlauf zwischen USA / SDF und Russland / Iran / syrische Regierung. Am 7. Februar 2018 griffen bei Khasham (Provinz Deir e-Zour) rund 500 Regierungssoldaten und private russische Militärdienstleister der „Gruppe Wagner“ eine SDF-Stellung an. US-Kampfflugzeuge, US-Hubschrauber und von US-Soldaten bediente Artilleriegeschütze töteten über 100 Angreifer, darunter eine größere Zahl Russen.¹¹ Inzwischen haben sich Russland und die USA über eine Respektierung der

Euphrat-Demarkationslinie verständigt.

Im Süden droht eine militärische Konfrontation zwischen Israel einerseits sowie iranischen Revolutionsgarden und Hisbollah-Kämpfern andererseits. Israel fürchtet, künftig vom Iran und der Hisbollah aus zwei Richtungen (Libanon und Südsyrien) in die Zange genommen zu werden. Am 10. Mai 2018 behauptete Israel, dass iranische Kräfte aus Syrien rund 20 Raketen auf die Golanhöhen abgefeuert hätten. Daraufhin wurden Dutzende angeblich iranische Militäranlagen im Süden Syriens von israelischen Kampfflugzeugen zerstört. Israel baut auf seine guten Beziehungen zu Russland, um ein befriedigendes Arrangement zu erreichen. Man ist anscheinend bereit, Regierungsoffensiven östlich der Golanhöhen zu tolerieren, sofern Russland durch Militärposten garantiert, dass weder iranische noch Hisbollah-Einheiten näher als 80 Kilometer an die Golan-Demarkationslinie heranrücken.¹² Israel fürchtet freilich, dass der Iran mittelfristig nach dem Vorbild des Libanons eine „nichtstaatliche“ antiisraelische Stellvertretermiliz in Südsyrien etabliert.

Wie sensibel die Lage ist und wie schnell sich zwischenstaatliche Konstellationen ändern können, dokumentiert der versehentliche Abschuss eines russischen Aufklärungsflugzeugs (15 getötete Soldaten) durch die syrische

In Syrien ist ein KAMPF aller auswärtigen Akteure um Einfluss und Gebiete entbrannt.

Luftabwehr am 18. September. Eigentliches Ziel waren in den syrischen Luftraum eingedrungene israelische Kampfflugzeuge gewesen. Zur massiven Verärgerung Israels beschloss Russland daraufhin, die syrische Armee unverzüglich mit dem modernen S-300-Luftabwehrsystem auszustatten. Moskau hatte die 2013 vereinbarte Lieferung jahrelang mit Rücksicht auf Israel zurückgehalten.

Im Fall einer Regierungsoffensive auf Idlib droht ein weiterer bewaffneter Konflikt zwischen auswärtigen Akteuren, denn die Regierung in Damaskus hat die Wiedereroberung des gesamten Staatsgebiets angekündigt. Einer sich anschließenden Operation zur Vertreibung der Türkei aus Afrin, Dscharablus und al-Bab könnten sich kurdische und arabische SDF-Kräfte anschließen. Wie auch im Fall von Idlib wird viel davon abhängen, ob die Astana-Partner Türkei, Russland und Iran einen Kompromiss finden, den die (faktisch abhängige) syrische Regierung mittragen müsste.

Wechselseitig vereinbarte Einflusszonen als Übergangslösung?

Es deutet sich eine Vierteilung Syriens an: eine russische und eine iranisch dominierte, jeweils von Assad regierte Zone, eine türkische kontrollierte Zone im Nordwesten sowie eine Einflusszone der USA östlich des Euphrats. Die beiden nicht von Assad regierten Zonen können verfolgten Bevölkerungsgruppen Zuflucht bieten. Es besteht jedoch auch die Gefahr, dass die jeweils herrschenden Kräfte die „Säuberung“ ihrer Zonen von unerwünschten Bevölkerungsgruppen fortsetzen werden. So wurde der syrischen Regierung und dem Iran vorgeworfen, Schiiten aus dem Ausland in Wohngebieten vertrie-

bener sunnitischer Einwohner anzusiedeln. Mit der Türkei verbündeten arabischen und turkmenischen Milizen wurde angelastet, Kurden in die Flucht geschlagen und sich deren Eigentum angeeignet zu haben. Auch die PKK-nahen Kurden wurden beschuldigt, arabische und turkmenische Einwohner vertrieben zu haben, um ein mehrheitlich kurdisch besiedeltes, territorial konsolidiertes Gebiet in Nordsyrien zu schaffen.

Die Schaffung von Einflusszonen könnte einen verlustreichen „Endkampf“ vermeiden und einen belastbaren Waffenstillstand herstellen. Damit wäre eine Voraussetzung für Friedensgespräche zwischen den syrischen Konfliktparteien geschaffen. Ein Vorteil wäre auch, dass die problematischste Streitfrage, nämlich „Bleibt Assad oder muss er gehen?“, erst einmal vertagt würde. Die übergangsweise Aufteilung

EINFLUSSZONEN könnten für einen dauerhaften Waffenstillstand sorgen.

Syriens und die (nach Möglichkeit freie) Wahl lokaler und regionaler Verwaltungen in der türkischen bzw. US-amerikanischen Einflusszone könnten als Vorbild für eine spätere Dezentralisierung bzw. Föderalisierung Syriens dienen.

Natürlich besteht die Gefahr, dass sich diese Aufteilung verstetigt und schließlich zur territorialen Desintegration Syriens führt. Ein Rezept für erfolg-

versprechende Konfliktlösung ist eine Landteilung nicht, denn auch nach massenweiser Flucht und Vertreibung sind noch keine exklusiven Gebiete für bestimmte Bevölkerungsgruppen entstanden. Außerdem schaffen neue Grenzen meist auch neue Probleme. Schließlich könnte sich der Sezessionsvirus in der Region ausbreiten. So würde ein unabhängiger kurdischer Staat in Nordsyrien gleichgerichtete Sezessionsbestrebungen im Irak, im Iran und in der Türkei anfachen.

Möglicherweise gerät nun der Friedensprozess wieder in Bewegung. Als Pendant zur „Astana-Gruppe“ (Russland, Iran, Türkei) hat sich eine „Kleine Gruppe“ (USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien) zusammengefunden. Es wurde eine Übereinkunft darüber erzielt, dass zeitnah ein 150-köpfiges Verfassungskomitee (ein Drittel Regierungsanhänger, ein Drittel Oppositionelle, ein Drittel Unabhängige) unter Führung der UNO zusammentreten sollen. Der UN-Gesandte für Syrien, Staffan de Mistura, kündigte freilich überraschend seinen Rücktritt zum November 2018 an.

Friedensverhandlungen wären dann besonders erfolgversprechend, wenn sich die beiden stärksten auswärtigen Mächte USA und Russland als Vermittler zusammenschließen, wie 2015 angedacht, aber nicht zu Ende geführt. Denn auch Russland dürfte kein Interesse daran haben, den Krieg bis zum bitteren Ende auszufechten und dabei bewaffnete Auseinandersetzungen mit den USA oder der Türkei zu riskieren. Die russischen Ressourcen sind begrenzt. Starke Verluste unter russischen Soldaten wären in der Heimat nicht populär. Für den Wiederaufbau Syriens werden hohe

Summen benötigt, die ohne Unterstützung des Westens nicht aufzutreiben sind. Schließlich dürfte Russland auch nicht daran interessiert sein, dass der derzeitige Partner Iran zu großen Einfluss erhält. Denn gerade wird auch ein Machtkampf zwischen Moskau, Teheran und Ankara um die Vormachtstellung im Nahen und Mittleren Osten ausgetragen.

Ohne den Iran wird eine Friedenslösung in Syrien aber nicht möglich sein. Mit allen auswärtigen Akteuren teilt er das Ziel der Stabilisierung Syriens und der Bekämpfung des Dschihadismus. Doch es ist fraglich, ob die USA bereit sein werden, den Iran als Partner für eine Friedenslösung in Syrien zu akzeptieren. Die am 18. Dezember 2017 verabschiedete „Nationale Sicherheitsstrategie“ der USA erhebt den Kampf gegen den Iran zur strategischen Priorität.¹³ Die Islamische Republik wird als „Schurkenstaat“ und „Förderer von Terrorismus“ bezeichnet, deren Einfluss weltweit zu bekämpfen ist. Mit der Aufkündigung des Nuklearabkommens und der Wiederinkraftsetzung umfassender Finanz- und Energiesanktionen startete Präsident Trump 2018 einen Wirtschaftskrieg gegen den Iran. Offenbar spekuliert er darauf, dass innere Unruhen zum Regimewechsel in Teheran führen. Es ist derzeit kaum vorstellbar, dass Trump bereit sein wird, seinen von Israel und Saudi-Arabien unterstützten

Frieden und Stabilisierung in Syrien sind ohne den IRAN nicht machbar.

Kurs zu ändern und dem Iran in Syrien entgegenzukommen. Wahrscheinlich werden wir daher für längere Zeit einen durch Einflusszonen abgesicherten „frozen conflict“ in Syrien erleben. Wiederaufbau und teilweise Flüchtlingsrückkehr werden möglich sein, ein tragfähiges Friedensabkommen aber noch auf sich warten lassen. ///



/// DR. MARTIN PABST

ist Politikwissenschaftler und Leiter des Büros Forschung & Politikberatung, München.

Anmerkungen

¹ Die zur PKK-Familie gehörende Partei der Demokratischen Union (PYD) und ihr militärischer Arm, die Volksverteidigungseinheiten (YPG), repräsentieren radikallinke syrische Kurden. In dem von der PYD kontrollierten Territorium können sich konkurrierende kurdische Parteien nicht betätigen. Diese sind in der internen gewaltlosen Opposition (National Coordination Committee for Democratic Change) vertreten sowie in geringem Maß bei den Rebellen (Syrian National Coalition), da diese überwiegend als arabisch-nationalistisch gelten.

² Russia keen to see Turkey and US fight nationalist guru says, in: Bloomberg, 4.5.2018, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-05-04/russia-keen-to-see-turkey-and-u-s-fight-nationalist-guru-says>, Stand: 17.9.2018.

³ Turkish citizens saved dignity of democracy during 2016 coup attempt, Erdoğan says, in: Hurriyet Daily News, 15.7.2018, [turkish-citizens-saved-dignity-of-democracy-during-2016-coup-attempt-erdogan-says-134592](http://www.hurriyetdailynews.com/turkish-citizens-saved-dignity-of-democracy-during-2016-coup-attempt-erdogan-says-134592), Stand: 19.9.2018.

⁴ Bachner, Michael: Iran has 10 military bases in Syria, two near Israel border — analyst, in: Times of Israel, 19.2.2018, www.timesofisrael.com/iran-has-10-military-bases-in-syria-two-near-israel-border-analyst, Stand: 19.9.2018.

⁵ AA's map of US bases in Syria infuriates Pentagon, in: Orient News, 20.7.2017, https://www.orientnews.net/en/news_show/138956/0/AA-s-map-of

US-bases-in-Syria-infuriates-Pentagon, Stand: 19.9.2018.

⁶ Erdogan will Einfluss weit über türkische Grenzen ausweiten, in: Spiegel Online, 10.11.2016, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-recep-tayyip-erdogan-will-landesgrenzen-ausweiten-a-1120735.html>, Stand: 19.9.2018.

⁷ Saudi Crown Prince Says U.S. Troops Should Stay, in: Time, 18.3.2018, <http://time.com/5222746/saudi-crown-prince-donald-trump-syria>, Stand: 19.9.2018.

⁸ Syria: proposal to replace US troops with Arab force comes with grave risks, in: The Guardian, 15.7.2018, <http://www.hurriyetaidailynews.com/turkish-citizens-saved-dignity-of-democracy-during-2016-coup-attempt-erdogan-says-134592>, Stand: 19.9.2018.

⁹ Bernath, Markus: USA und die Türkei: Ohrfeige statt Einvernehmen, in: Tagesspiegel, 15.2.2018, www.tagesspiegel.de/politik/amerikanischer-aussenminister-in-ankara-usa-und-die-tuerkei-ohrfeige-statt-einvernehmen/20968420.html, Stand: 19.9.2018.

¹⁰ USA erlauben Türkei Vormarsch in Nord-Syrien, in: Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 22.6.2018, deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2018/06/22/usa-erlauben-tuerkei-vormarsch-nord-syrien, Stand: 19.9.2018.

¹¹ How a 4-Hour Battle Between Russian Mercenaries and U.S. Commandos Unfolded in Syria, in: New York Times, 24.5.2018, www.nytimes.com/2018/05/24/world/middleeast/american-commandos-russian-mercenaries-syria.html, Stand: 19.9.2018.

¹² Peters, Dominik: Der Kampf ums Niemandsland, in: Spiegel Online, 9.7.2018, [golan-israel-syrien-russland-und-iran-vor-der-offensive-a-1217371](http://www.spiegel.de/politik/ausland/golan-israel-syrien-russland-und-iran-vor-der-offensive-a-1217371), Stand: 19.9.2018.

¹³ The White House: National Security Strategy, 18.12.2017, www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2017/12/NSS-Final-12-18-2017-0905.pdf, Stand: 19.9.2018.



Quelle: Ani Avakyan, Foto: Ivan Avdeenko photography

/// ANI AVAKYAN – HOCKER „FALTER“

Der „Falter“ wirkt optisch sehr leicht, jedoch besitzt er durch sein Metallgerüst eine hohe Stabilität. Die Materialkombination von weißem Kunstrattan und natürlichen Weiden erzeugt einen Kontrast, welcher die Form des Möbelstücks in den Vordergrund stellt.

/// Fluch oder Segen für die Menschheit?

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

SIEGRFIED BALLEIS /// Künstliche Intelligenz ist im Zusammenhang mit der Digitalisierung erst seit kurzem ins Zentrum der gesellschaftspolitischen Diskussion gerückt. Dabei ist die Künstliche Intelligenz keine Erfindung dieser Tage, sondern geht bereits auf den Beginn der 50er-Jahre zurück. Durch die nahezu explosionsartige Zunahme der Produktion von Daten, die nach wie vor exponentiell steigenden Rechenkapazitäten und Durchbrüche in der Algorithmik hat sie inzwischen eine außergewöhnliche Anwendungsbreite erlangt. Dabei gibt es neben vielen positiven Anwendungsfällen auch ernst zu nehmende kritische Stimmen bis hin zu der Aussage von Elon Musk, Künstliche Intelligenz sei gefährlicher als Atomwaffen.

In aller Munde ...

Das Thema Künstliche Intelligenz (KI) wird gegenwärtig von allen politischen Ebenen, von der EU wie auf nationaler Ebene und hier auch im Freistaat Bayern, massiv vorangetrieben. Man sieht in den Anwendungsmöglichkeiten einen wesentlichen Faktor für Innovation, Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit. Bei aller Euphorie sollte man aber auch die ethischen Fragen, die sich im Zusammenhang damit stellen, beachten. Das letzte Werk des großen deutschen Soziologen Ulrich Beck, das 2017 nach seinem Tod erschien, trägt den Titel „Die Metamorphose der Welt“. Er beschreibt darin, dass nach Ansicht vieler Zeitgenossen die äußere Ordnung der Welt zerbrochen und ihr innerer Zusammenhang verloren gegangen sei: „Die Metamorphose ist kein ‚gesellschaftlicher Wandlungspro-

zess‘, keine ‚Transformation‘, weder Evolution noch Revolution, noch ‚Krise‘. Sie ist eine Form der Veränderung der Form menschlichen Daseins.“¹

KI reicht schon bis in die 50ER-JAHRE zurück.

Nichts könnte die gegenwärtigen Veränderungsprozesse in unserem gesamten Leben in Wirtschaft, Gesellschaft und auch für uns als Privatpersonen und Konsumenten besser beschreiben, als die gegenwärtig beobachtbaren Umwäl-

zungsprozesse, die durch die Digitalisierung und damit verbunden auch durch die KI hervorgerufen werden. Spätestens 2018 ist das Thema Künstliche Intelligenz nicht nur in unserem Alltag angekommen, sondern dominiert zunehmend auch unsere gesellschaftspolitische Diskussion bezüglich ihrer Vor- und Nachteile. Der Pionier der optischen Text- und Spracherkennung sowie Sprachsynthese und Leiter der technischen Entwicklung bei Google, Ray Kurzweil, schrieb bereits 2014 dazu: „Künstliche Intelligenz umgibt uns überall. Wir haben sie schon lange nicht mehr unter Kontrolle. Allein die alltägliche Kommunikation mit anderen per SMS, E-Mail oder Handy bedient sich intelligenter Algorithmen, um die Informationen auf den Weg zu bringen. Fast jedes Produkt, das wir anfassen, wurde ursprünglich in Kooperation von menschlicher und künstlicher Intelligenz entworfen und dann in automatisierten Fabriken hergestellt.“²

Kurzweil bemerkt weiter, dass unsere Zivilisation sofort zum Stillstand kommen würde, wenn unsere KI-Systeme morgen in den Streik treten würden und stellt dazu fest: „Glücklicherweise sind unsere intelligenten Maschinen zur Zeit noch nicht intelligent genug, um eine solche Verschwörung anzuzetteln.“³ Genau das ist aber die Frage, die die Skeptiker stellen, nämlich, wie lange die künstliche noch von der menschlichen Intelligenz beherrscht und in Schach gehalten werden kann. Es wäre fatal, wenn die Wissenschaftler Goethes Zauberlehrling ca. 220 Jahre nach der Veröffentlichung Realität werden ließen.

Zwischen Euphorie und Apokalypse

Der Physiker Stephen William Hawking schreckte kurz vor seinem Tod Anfang 2018 die wissenschaftliche Welt und die

Öffentlichkeit auf, indem er ausführte, dass die gesamte Menschheit durch eine Serie verschiedener Risiken wie Klimawandel, Atomkrieg, genetisch veränderte Viren und Künstliche Intelligenz bedroht würde. Über die KI sagte Hawking, „dass dies das bedeutendste aber auch letzte Ereignis in der Geschichte der Menschheit sein könnte. Er begründete dies logisch damit, dass Maschinen, die in der Lage wären, sich selbst fortzuentwickeln, viel schneller seien als die biologische Evolution, und dieser darum überlegen.“⁴ Bereits zuvor hatte der Tesla-Chef Elon Musk, der bekanntlich selbst ein KI-Unternehmen betreibt, mit seiner Aussage, dass er die KI für gefährlicher als Atomwaffen halte, für Aufregung gesorgt. Musk wörtlich: „Der Wettbewerb um die Vorherrschaft in KI auf nationaler Ebene wird meiner Meinung nach der wahrscheinlichste Auslöser des dritten Weltkriegs sein.“⁵

Sich selbst entwickelnde Maschinen sind der biologischen Evolution ÜBERLEGEN.

Wenngleich die Anzahl derer, die die Szenarien von Hawking und Musk für wahrscheinlich halten, derzeit deutlich in der Minderheit ist, wäre es sicher falsch, derartige Befürchtungen komplett auszublenden. Die Skepsis gegenüber der KI bzw. der automatischen Bilderkennung wird gegenwärtig auch von Nachrichten aus China ge-

nährt, wo in einigen Städten bereits flächendeckend Informationen über die Bürger erfasst, verarbeitet und für ein Social Scoring genutzt werden. Das chinesische Unternehmen SenseTime, dessen Software auf 100 Millionen chinesischer Smartphones installiert ist und das gegenwärtig das wertvollste KI-Start-up der Welt sein dürfte, plant beispielsweise die Auswertung von Liveübertragungen von Verkehrsüberwachungsanlagen, Bankautomaten und Smartphones. Es ist durchaus verständlich, dass Kritiker darin erste Schritte zu einem perfekten Überwachungsstaat sehen.⁶

Diesen kritischen, zum Teil apokalyptischen Prognosen stehen zahlreiche Verheißungen bezüglich der Vorteile gegenüber. Das sind z. B. autonom verkehrende Fahrzeuge, die die Menschen sicher und unfallfrei transportieren, der Einsatz intelligenter Roboter als persönliche Assistenten oder die Nutzung in der Medizin, beispielsweise durch verbesserte CT-Scans.⁷ Die Sympathie für die Künstliche Intelligenz wird vor allem dadurch gespeist, dass wir heute vormals futuristisch erscheinende Möglichkeiten wie automatische Gesichts- und Spracherkennung, semantische Suchmaschinen, humanoide Roboter oder wissensbasierte Systeme als selbstverständlich ansehen. Ulrich Eberl, der langjährige Herausgeber von

Neben Gefahren ist KI auch mit ZUKUNFTSWEISENDEN Vorzügen verbunden.

Pictures of the Future der Siemens AG, fasst die Vorzüge zusammen: „Virtuelle Assistenten wie Siri, Alexa, Cortana oder Google Assistant lernen Fragen und Befehle von Menschen zu verstehen und sinnvoll zu beantworten. Programme wie Google Translate oder DeepL können in Sekundenschnelle lange Textabschnitte in andere Sprachen übersetzen. [...] Das Smartphone war nur der Anfang der Ära der smarten Maschinen.“

Neben Smart Health, Smart Finance und Smart Factory heißen die Schlagworte Smart Grids, Smart Cars, Smart Buildings und Smart Cities. Intelligente Stromnetze, die Smart Grids, sollen künftig Energieangebot und Nachfrage in Einklang bringen.⁸

Das Smartphone war nur der ANFANG der Smartmaschinen-Ära.

Geschichte der KI

Der Autor Nick Bostrom hat die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz in seinem neuesten Werk⁹ sehr gut beschrieben. Er verweist darin auf die Gruppe um Alan Turing, die den deutschen Geheimcode im Zweiten Weltkrieg entschlüsselte und zitiert den Mathematiker I.J. Good, der als Chefstatistiker der Gruppe fungierte: „Eine ultraintelligente Maschine sei definiert als eine Maschine, die alle geistigen Anstrengungen jedes noch so schlauen Menschen bei weitem übertreffen kann. Da die Konstruktion von Maschinen

solch eine geistige Anstrengung ist, könnte eine ultraintelligente Maschine noch bessere Maschinen konstruieren; zweifellos würde es dann so zu einer ‚Intelligenzexplosion‘ kommen und die menschliche Intelligenz würde weit dahinter zurückbleiben.“¹⁰ Bostrom beschreibt weiter, dass im Sommer 1956 am Dartmouth College zehn Wissenschaftler zu einem sechswöchigen Workshop zusammenkamen, die sich alle für die Themen Neuronale Netze, Automaten-theorie und das Studium der Intelligenz interessierten. In der Rückschau wird dies häufig als die Geburtsstunde des Forschungsgebiets Künstliche Intelligenz betrachtet. Mitte der 70er-Jahre folgte das Programm SHRDLU, mit dem ein simulierter Roboterarm in einer simulierten Welt Anweisungen befolgen konnte. Darauf folgten Expertensysteme, die zur Unterstützung von Entscheidungsträgern gedacht waren. Sie waren in der Lage, einfache Schlussfolgerungen aus einer Datenbasis zu ziehen. Ein neuer Antrieb für die Künstliche Intelligenz war dann die Herausbildung Neuronaler Netze, die anhand von Beispielen, Objekte in Kategorien einteilen, also zu klassifizieren lernten.¹¹

Einen weiteren großen Entwicklungsschub erfuhr die KI nach Ulrich Eberl mit Lernmodulen des „sogenannten Deep-Learning-Verfahren, mit dem sich Objekte und Muster aller Art erkennen und klassifizieren lassen. Sie sind eine Weiterentwicklung der Neuronalen Netze, die sich an der Funktionsweise der Nervenzellen im Gehirn orientieren.“¹² Eberl erläutert im Weiteren detailliert, wie sich diese Prozesse in Analogie zu den Prozessen im menschlichen Gehirn nachbilden und erklären lassen. Inzwischen übertrifft die Künstliche Intelligenz auf zahlreichen Gebieten die

menschliche Intelligenz bereits bei Weitem. Das gilt beispielsweise für Spiele wie Dame, Schach oder Scrabble sowie das extrem anspruchsvolle Go-Spiel, bei dem es der künstlichen Intelligenz von AlphaGo Zero 2017 erstmals gelang, jeden Gegner zu schlagen.¹³

Gesellschaftspolitische Diskussion

Am 22. März 2017 führte der Ausschuss „Digitale Agenda“ des Deutschen Bundestags unter Leitung des damaligen Vorsitzenden Jens Koeppen eine Expertenanhörung zum Thema „Künstliche Intelligenz und Robotik“ durch. Einer der Experten, Frank Kirchner, Leiter des Robotics Innovation Center am Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz in Bremen, stellte fest, dass nunmehr die Diskussion zum Thema KI in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei.¹⁴ Interessanterweise verneinte der Experte von Algorithmenwatch die Frage, ob KI auch Kreativität schaffen könne. Inzwischen wissen wir aber, dass Algorithmen Artikel schreiben und Songs texten können. Spätestens seit der Frankfurter Buchmesse 2017 ist klar, dass dank Deep-Learning Computer auch Kunst erschaffen können. Diese Neuheit hatte Ahmed Elgammal von der amerikanischen Rutgers University mitgebracht. Im Art & Artificial Intelligence Labor seiner Universität entstanden Gemälde, ohne dass der Mensch Hand angelegt hatte.¹⁵

Algorithmen können mittlerweile KREATIV arbeiten.

Bereits zu Beginn der gesellschaftspolitischen Diskussion befasste sich der Deutsche Ethikrat mit der Thematik. Im Juni 2017 stand seine Jahrestagung unter dem Motto „Autonome Systeme. Wie intelligente Maschinen uns verändern“. In einem Focus-Interview im Vorfeld dazu meinte Peter Dabrock, Vorsitzender des Deutschen Ethikrats, dass die ethischen Fragen bei der Künstlichen Intelligenz selbstverständlich beantwortet werden müssten, aber ein Abhängen Deutschlands im globalen Wettbewerb bei dieser Frage das eigentlich ethische Problem wäre: „Es wäre der größte Fehler, wenn wir die Chancen, die sich mit der zunehmenden Automatisierung und sogenannten intelligenten Maschinen verbinden, vertun.“¹⁶ Dabrock stellte aber auch die kritische Frage, wer die Verantwortung für die Handlungen autonomer Systeme trage, wenn der Nutzer selbst an solchen Entscheidungen nur noch am Rande oder vermeintlich gar nicht mehr beteiligt sei.

Renommierte Wissenschaftler wie beispielsweise der Präsident der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften, Henning Kagermann, mit seinem Vortrag „Was können selbststeuernde Systeme?“ oder der Chef des Leibniz-Institut für Wirtschaftsförderung, Christoph M. Schmidt, mit dem Vortrag „Autonome Maschinen im Dienst des Kunden?“ lieferten wesentliche Impulse für die weitere Diskussion.¹⁷

KI im Koalitionsvertrag

Die Bundesregierung verständigte sich im Koalitionsvertrag vom 13. März 2017 darauf, Deutschland zu einem weltweit führenden Standort bei der Erforschung von KI zu machen: „Hierzu wollen wir aus der Plattform lernende Systeme her-

aus ein nationales Forschungskonsortium für künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen aufbauen und konsequent auf Anwendungen in allen Feldern der Forschungs- und Innovationsstrategie ausrichten. Wir werden gemeinsam mit unseren französischen Partnern ein öffentlich verantwortetes Zentrum für künstliche Intelligenz errichten. Gemeinsam mit Polen wollen wir ein Zentrum für digitale Innovationen in der Systemforschung einrichten“.¹⁸ In einem späteren Artikel wird behandelt, inwieweit die KI-Strategie der Bundesregierung inzwischen weiter konkretisiert wurde.

Der Ausbau der KI ist im KOALITIONS- VERTRAG festgeschrieben.

KI und die EU

Am 10. April 2018 unterzeichneten 25 EU-Mitgliedsstaaten eine Erklärung zur Zusammenarbeit bei der Künstlichen Intelligenz. Ausgelöst wurde die Initiative durch einen Bericht des European Political Strategy Centers (EPSC), eine Wissenschaftsorganisation, die der EU-Kommissionspräsident Juncker 2014 ins Leben gerufen hat. Laut diesem Bericht werden nur 4 % der weltweit verarbeiteten Daten in der EU gespeichert und nur 10 % der für die EU so wichtigen kleinen und mittelgroßen Unternehmen nutzen Big-Data-Analysen. In Europa gibt es zwar genügend Forschungszentren für KI, aber deren Vernetzung untereinander und mit Unternehmen ist noch stark

ausbaufähig. Weiter gibt es laut dem Bericht auch gravierende kulturelle Unterschiede bezüglich der Datenweitergabe. 93 % der chinesischen Kunden z. B. sind bereit, Standortdaten mit ihrem Autohersteller zu teilen, in Deutschland hingegen nur 65 %.

Die Forscher des EPSC gaben aber auch klare strategische Empfehlungen. Europa brauche zur Förderung der KI eine ambitionierte und schnelle Strategie, die sowohl die Wirtschaft als auch die öffentliche Verwaltung umfasst.¹⁹ Dementsprechend hat die Europäische Kommission nun eine Reihe von Maßnahmen zur besseren Erschließung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit vorgelegt. Das Konzept beruht auf den drei Säulen, Erhöhung öffentlicher und privater Investitionen, Vorbereitung sozioökonomischer Änderungen und Gewährleistung eines geeigneten ethischen und rechtlichen Rahmens.

Daher sollen die Investitionen in die KI-Forschung und deren Entwicklung im öffentlichen und privaten Sektor bis Ende 2020 insgesamt um mindestens 20 Milliarden € gesteigert werden. Die Kommission will ihre Investitionen im Zuge des Forschungs- und Investitionsprogramms Horizon 2020 im Zeitraum 2018-2020 auf 1,5 Milliarden € aufstocken²⁰ und nur wenige Monate später löste die EU-Kommission den Anspruch ein, die ethischen und sozialen Auswirkungen zu berücksichtigen. Am 18. Juni 2018 trafen sich Angehörige der Europäischen Kommission mit zwölf Vertretern weltanschaulicher Gemeinschaften aus Europa, um diese Fragen zu diskutieren. Der erste Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, führte dazu aus, dass sich unsere Gesellschaften inmitten einer beispiellosen digitalen Revolution befänden

und wir die Kontrolle über diesen Wandel behalten und sicherstellen müssten, damit er dazu dient, unsere Werte zu fördern und unser Sozialmodell zu verteidigen. Der für den digitalen Binnen-

Die ZUSAMMENARBEIT in der EU wird verstärkt.

markt zuständige Vizepräsident, Andrus Ansip, plädierte dafür, dass wir uns in Europa die zahlreichen Vorteile der Künstlichen Intelligenz von der besseren Gesundheitsvorsorge bis hin zu mehr Sicherheit im Verkehr zunutze machen sollten.²¹

KI und Bayern

Am 26. Juni 2018 beschäftigte sich der Ministerrat der bayerischen Staatsregierung mit dem Thema KI. Dabei führte Ministerpräsident Söder aus: „Künstliche Intelligenz ist die Schlüsselstrategie der Zukunft. Wenn Bayern weiterhin erfolgreich sein soll, dann muss es mit Künstlicher Maschinellem Intelligenz zukünftig seine gesamte Industrie verstärken. Deswegen starten wir mit enormem Einsatz eine neue Künstliche Intelligenz Strategie. Bayern soll weltweit eine der führenden Regionen für Künstliche Maschinelle Intelligenz werden. Mit neuen Konzepten und Projekten wie MediaLabs und neuen Gründerzentren sorgen wir dafür, dass die Chancen der Digitalisierung in allen Regionen Bayerns genutzt werden können“.

Auch die damalige Wissenschaftsministerin Marion Kiechle glaubte, dass KI zu den wegweisenden Antriebskräften der Digitalen Revolution zählt. Sie sah in der systematischen Verknüpfung der Hochschul- mit der anwendungsbezogenen Forschung außeruniversitärer Einrichtungen eine besondere Schlagkraft.²² Bereits zwei Wochen später rief der damalige bayerische Wirtschaftsminister Franz-Josef Pschierer Unternehmen und Forschungseinrichtungen auf, Projektvorschläge zur Initiative Künstliche Intelligenz beziehungsweise Autonome Mobilität einzureichen.²³

Die bayerische Regierung hat die KÜNSTLICHE INTELLIGENZ STRATEGIE initiiert.

Strategie der Bundesregierung

Nachdem im Koalitionsvertrag bereits das Thema Künstliche Intelligenz als Schwerpunktthema angekündigt wurde, legte die Bundesregierung am 18. Juli 2018 die Eckpunkte für eine „Strategie Künstliche Intelligenz“ vor.²⁴ So sollen sowohl Forschung als auch Entwicklung und Anwendung der KI in Deutschland und Europa auf ein weltweit führendes Niveau gebracht und dort gehalten werden. Die Bundesregierung will weiterhin eine verantwortungsvolle und gemeinwohlorientierte Nutzung in Zusammenarbeit mit Wissenschaft, Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft. Dazu soll auch die sehr gute wissenschaftliche Basis der KI in

Deutschland verbreitet und mit anderen vielversprechenden technologischen Entwicklungen und Anwendungen verknüpft werden. Deutschland will seine gute Position in der KI-Forschung gemeinsam mit europäischen Partnern und Technologieführern zu einer Spitzenposition ausbauen. Dabei soll aber stets eine menschenzentrierte Entwicklung und Nutzung von KI-Anwendungen gewährleistet werden. Im Hinblick auf die Bürger wird gefordert, dass bei der Nutzung der Potenziale der KI-Sicherheit, Effizienz und Nachhaltigkeit in Anwendungsfeldern von besonderer Bedeutung weiter verbessert werden. Abschließend heißt es im Zielkatalog, dass sichergestellt werden muss, dass IT-Systeme, die KI nutzen und zur Anwendung bringen, ein hohes Niveau an IT-Sicherheit gewährleisten müssen, damit Manipulation, Missbrauch und Risiken für die öffentliche Sicherheit verhindert werden.

Die Handlungsfelder bestehen zum einen in der Stärkung von Forschung in Deutschland und Europa, um Innovationstreiber zu sein und auch den Transfer in die Wirtschaft zu fördern. Zum anderen soll mit Innovationswettbewerben das vorhandene Potenzial für Sprunginnovationen stärker genutzt und eine Gründungsdynamik geweckt werden. KI kann zudem für den Strukturwandel bezüglich Arbeitswelt und Arbeitsmarkt genutzt und bei der Ausbildung und Gewinnung von Fachkräften eingesetzt werden. KI kann auch für staatliche Aufgaben und Verwaltungsdienstleistungen genutzt werden. Grundlegende Voraussetzung für alle Maßnahmen ist jedoch, dass ein intensiver Dialog mit der Gesellschaft geführt wird, der Handlungsrahmen weiterentwickelt wird, Daten verfüg-

bar und nutzbar gemacht werden und ein entsprechender Ordnungsrahmen konzipiert wird. Es bedarf der Etablierung einer vertrauens- und innovationsfördernden KI-Kultur in Deutschland. Kanzleramtsminister Helge Braun ist sich allerdings auch der Gefahren dieser Technologie bewusst und zitierte in einem Interview mit dem Spiegel die Warnungen von Stephen Hawking. Es gebe ein enormes Potenzial, aber auch enorme Risiken, die wir steuern müssten.²⁵

Auf BUNDESEBENE wird der Ausbau der neuen Technologie ebenfalls mit Nachdruck gefördert.

Ausblick

Die Debatte um Künstliche Intelligenz dreht sich nicht mehr nur um technische, sondern zunehmend auch um ethische Fragestellungen. Diese hat die Europäische Union im Rahmen ihres Wirtschafts- und Sozialausschusses aufgegriffen. In der Diskussion dazu, sah man durchaus die Gefahr einer Welt, in der die Roboter die Vorherrschaft übernehmen könnten. So gibt es derzeit bereits die Möglichkeit, anhand von Satellitenbildern im Falle eines Militäreinsatzes optimale Angriffsziele auszuwählen, die dann automatisch attackiert werden können.²⁶ Kritisch ist auch der Einsatz von Cyberwaffen zu sehen. Vielfach wird angenommen, dass mit dem Einsatz von Stuxnet, mit dem ausländische Geheimdienste die Leit-

technik von Urananreicherungsanlagen im Iran stören konnten, dieses „Zeitalter“ bereits begonnen hat.

Auch im Hinblick auf die enormen Chancen der Anwendung der Künstliche Intelligenz bei selbstfahrenden Autos müssen, wie Ulrich Eberl es beschreibt, die damit verbundenen Gefahren berücksichtigt werden – etwa die eines Angriffs auf die Steuerung des Fahrzeugs. Dies kann über Internetverbindungen sogar schon bei nichtautonomen Fahrzeugen passieren. „Im Juli 2015 erlebte der Journalist Andy Greenberg den Alptraum eines jeden Autofahrers. Wie er im Technologiemagazin ‚Wired‘ schrieb, war er mit mehr als 110 km pro Stunde auf einem US-Highway bei St. Louis unterwegs, als plötzlich die Klimaanlage mit Hochdruck kalte Luft ins Auto blies, das Radio mit voller Lautstärke Hip-Hop-Musik spielte und die Scheibenwaschanlage eine Ladung Wasser auf die Windschutzscheibe spritzte und ihm dadurch die Sicht nahm. Dann funktioniert sein Gaspedal nicht mehr, der Jeep Cherokee verlor massiv an Ge-

Bei aller Technikeuphorie sollte man doch VORSICHT walten lassen.

schwindigkeit und kroch auf der Überholspur nur noch dahin – ein schrilles Hupkonzert der nachfolgenden Fahrzeuge ließ nicht lange auf sich warten.“²⁷ Eberl stellt dann zwar klar, dass dieser aufsehenerregende Auto-Hack

abgesprochen war, aber er zeigt doch eindeutig, wie verletzlich derartige Systeme sind.

Bei aller Euphorie über die nahezu unglaublich scheinenden Möglichkeiten des Einsatzes der KI sind deshalb die politischen Entscheidungsträger auf europäischer und nationaler Ebene angehalten, über entsprechende Rahmenbedingungen und Grenzen zu diskutieren, wenn uns diese Technik nicht wie Goethes Zauberlehrling entgleiten soll. ///



/// DR. SIEGFRIED BALLEIS

ist Alt-OB der Stadt Erlangen, Vorsitzender des Universitätsbunds der FAU-Erlangen/Nürnberg sowie Honorarprofessor am dortigen Lehrstuhl für Politische Wissenschaften.

Anmerkungen

- ¹ Beck, Ulrich: Die Metamorphose der Welt, Berlin 2017, S. 35.
- ² Kurzweil, Ray: Das Geheimnis des menschlichen Denkens – Einblicke in das Reverse Engineering des Gehirns, Berlin 2014, S. 157.
- ³ Ebd.
- ⁴ <http://m.faz.net/aktuell/wirtschaft/stephen-hawking-nennt-groesste-bedrohungen-der-menschheit-15294869.amp.html>, Stand: 3.10.2018.
- ⁵ <https://www.heise.de/amp/meldung/Viel-gefaehrlicher-als-Atomwaffen-Elon-Musk-erneuert-seine-Warnung-vor-KI-3990782.html>, Stand: 3.10.2018.
- ⁶ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/china-ueberwachung-durch-gesichtserkennung-15533068.html?GEPIC=s5>, Stand: 3.10.2018.
- ⁷ https://www.siemens.com/innovation/de/home/pictures-of-the-future/digitalisierung-und-software/kuenstliche-intelligenz-bildgebende-verfahren.html?WT.mc_id=Mit%2bKunstlicher%2bIntelligenz%2bzur%2bbesten%2bTherapie, Stand: 3.10.2018.
- ⁸ Eberl, Ulrich: Out of Office. Wie Roboter und KI unsere Arbeit verändern, in: Ausstellungsband des Museums der Arbeit, Hamburg 2018.
- ⁹ Bostrom, Nick: Superintelligenz - Szenarien einer kommenden Revolution, Berlin, 2. Auflage, 2017.
- ¹⁰ Ebd., S. 17.
- ¹¹ Ebd., S. 18.
- ¹² Eberl, Ulrich: Smarte Maschinen – wie Künstliche Intelligenz unser Leben verändert, München 2016, S. 91 ff.
- ¹³ <http://www.sueddeutsche.de/digital/kuenstliche-intelligenz-champion-aus-dem-nichts-1.3713570>, Stand: 3.10.2018.
- ¹⁴ <https://www.bundestag.de/blob/526206/65ba7190b0b30f7dbae815d27c8cba80/pr>, Stand: 3.10.2018.
- ¹⁵ <https://www.spektrum.de/news/kreativitaet-aus-der-maschine/1557286>, Stand: 3.10.2018.
- ¹⁶ Ackern van, Margarete: Die Grenzen intelligenter Maschinen legt der Mensch fest, in: Focus 25/2017.
- ¹⁷ https://www.ethikrat.org/fileadmin/PDF-Dateien/Veranstaltungen/2017-06-21-Jahrestagung-Autonomie-Systeme_UF.pdf, Stand: 3.10.2018.
- ¹⁸ https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=9FB56DB65828FBC55CDC21D94188CEFF.s6t2?__blob=publicationFile&v=6, Zeilen 1492 ff, Stand: 3.10.2018.
- ¹⁹ http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/digimics/kuenstliche-intelligenz-weckruf-fuer-die-zukunft-europas-15558057.html?printPagedArticle=true#pageIndex_0, Stand: 3.10.2018.
- ²⁰ http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3362_de.htm, Stand: 3.10.2018.
- ²¹ http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4160_de.htm, Stand: 3.10.2018.
- ²² <http://www.bayern.de/bericht-aus-der-kabinettsitzung-vom-26-juni-2018/>, Stand: 3.10.2018.
- ²³ Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Energie und Technologie, 6.7.2018.
- ²⁴ Bundesregierung: Eckpunkte der Bundesregierung für eine Strategie Künstliche Intelligenz, 18.7.2018.

²⁵ Brauck, Markus / Rosenbach, Marcel: Chefsache, in: Der Spiegel, 21.7.2018.

²⁶ <https://www.euractiv.de/section/digitale-agenda/news/kuenstliche-intelligenz-und-europaeische-werte/>, Stand: 3.10.2018.

²⁷ Eberl: Smarte Maschinen, S. 255.





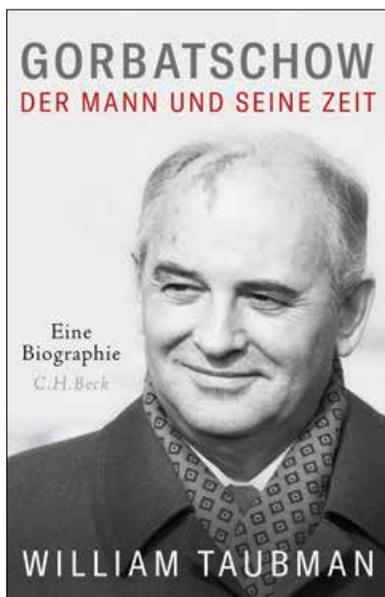
/// JUSTINA SEILER

Justina Seiler, geboren 1992 in Rosenheim, hat ein Diplom in Grafikdesign und Illustration an der Freien Kunstwerkstatt München (FKM) erworben. Seit 2015 studiert sie Bildhauerei an der Akademie der Bildenden Künste München (ADBK).

justina@go4more.de

„SKY IS NOT WORKING HARD“

„Sky is not working hard“ ist eine Kugel von 50 cm Durchmesser und sie besteht aus circa 600 Hartgummitieren. Wird die Kugel bewegt, erzeugen die auf den Boden auftreffenden Beine einen Klang der äquivalent zu 100 spielenden Personen ist. Auf diese Weise stellt sie eine teilautomatische Lösung zur Integration menschlicher Bedürfnisse in eine zunehmend rationeller gestaltete Welt dar. Gleichzeitig reiht sie sich, ähnlich einer Gebetsmühle, in die alte Tradition der Rationalisierung von positiven Handlungen ein.



Taubman, William: Gorbatschow – der Mann und seine Zeit. München: Beck-Verlag 2018, 935 Seiten, € 38,00.

/// Der Prophet im eigenen Land ...

DER REFORMER GORBATSCHOW UND SEIN VERHÄLTNISS ZU RUSSLAND

Perestroika, Glasnost, „Neues Denken“ – in diesen Begriffen spiegelt sich das Leitmotiv Michail Gorbatschows als Staatenlenker der Sowjetunion wider. Im Westen von vielen für seinen Demokratisierungs- und Reformwillen bewundert, im eigenen Land hingegen von den meisten verachtet und für den Zusammenbruch der UdSSR verantwortlich gemacht, ist er eine der wichtigsten, aber auch widersprüchlichsten Persön-

lichkeiten des 20. Jahrhunderts. Insbesondere die Deutschen, zu deren Wiedervereinigung er einen großen, wenn auch so von ihm nicht gewollten Beitrag leistete, haben einen besonderen Bezug zu Gorbatschow.

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler William Taubman beleuchtet in der Biographie „Gorbatschow – Der Mann und seine Zeit“ die faszinierende Persönlichkeit und das nicht im-

mer glückliche Wirken dieses bedeutenden Staatsmanns in 19 Kapiteln und auf mehr als 800 stets kurzweiligen und spannenden Seiten. Die akribische Quellenarbeit ist beeindruckend. Was allerdings auffällt ist, dass Taubman trotz eines längeren Moskau-Aufenthalts als amerikanischer Austauschstudent in den 60er-Jahren und seiner immer wieder aufblitzenden Kenntnis des heutigen Russlands Gorbatschows Leben aus einer dezidiert westlichen Perspektive betrachtet. Zwar bemüht sich der Autor sichtlich um Objektivität und Ausgewogenheit, doch die russische Sicht der Dinge wird oft nur erwähnt und bestenfalls oberflächlich beschrieben, aber kaum analysiert – schade, denn man hat während der Lektüre stets den Eindruck, dass Taubman dies leicht hätte leisten können.

Immerhin beschreibt er gleich auf den ersten Seiten die über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art in Russland, mit denen Gorbatschow zu kämpfen hatte. Sie wurden zunächst vom autoritären Charakter des Zarentums und anschließend vom sowjetischen Totalitarismus geprägt. Diese historisch gewachsenen Strukturen äußerten sich zum einen in einer langen Tradition beinahe bedingungslosen Gehorsams der Staatsgewalt gegenüber. Zum anderen wurden sie sichtbar in der geringen Erfahrung der Bevölkerung mit staatsbürgerlichem Handeln, in einer fehlenden Tradition demokratischer Selbstorganisation und in der Abwesenheit echter Rechtsstaatlichkeit.

Beide Großväter Gorbatschows fielen Josef Stalins Großem Terror zum Opfer, der in den 30er-Jahren die Sowjetunion erschütterte. Taubman sieht diese Tatsache und Gorbatschows

teilweise traumatische Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg als mögliche Ursachen für seine spätere Ablehnung der Anwendung von Gewalt an. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Gorbatschow und seine Familie vom Schlimmsten verschont blieben. So überlebten seine beiden Großväter den Gulag und konnten bald nach Hause zurückkehren. Gorbatschows Vater, der im Zweiten Weltkrieg fälschlicherweise als gefallen gemeldet worden war, kehrte nach vier Jahren an der Front „im Triumph“ (S. 34) zu seiner Familie zurück.

Nach dem Krieg gewann Gorbatschow eine der wichtigsten Auszeichnungen der Sowjetunion, den Orden des Roten Banners der Arbeit, nachdem er zusammen mit seinem Vater auf dem Mähdrescher Ernterekorde aufgestellt hatte. In einem Schulaufsatz verherrlichte er Stalins Wirken. Während seines Jurastudiums an der Moskauer Staatlichen Universität (MGU) wurde Gorbatschow in die Kommunistische Partei aufgenommen, und trotz neuer Repressionswellen in den letzten Lebensjahren Stalins war er von dessen Tod im März 1953 erschüttert. Gorbatschow war als Student ein überzeugter Kommunist, auch wenn seine bereits vorhandenen Zweifel etwa an der Rechtmäßigkeit der stalinistischen Kollektivierung der Landwirtschaft immer stärker wurden. Im September 1953 heiratete er Raissa Titarenko, die er an der MGU kennengelernt hatte und die außer seiner Frau auch seine wichtigste Beraterin werden sollte.

Taubman beschreibt ausführlich, wie für Gorbatschow nach dem Umzug in seine Heimatregion Stawropol im Kaukasus (1955) sein steiler beruflicher Aufstieg zunächst beim kommunistischen Jugendverband Komsomol und

anschließend im kommunistischen Parteiapparat begann. 1978 nahm er das Angebot an, nach Moskau zurückzukehren und in das Zentralkomitee der KPdSU zu wechseln, und im März 1985 folgte er dem verstorbenen Konstantin Tschernenko im Amt des Generalsekretärs der KPdSU nach.

Auf den folgenden 500 Seiten (Kapitel 6 bis 18) beschreibt der Autor auf fesselnde Art und Weise, wie Gorbatschow versuchte, seine Politik von Glasnost und Perestroika durchzusetzen – zunächst im (zumindest oberflächlichen) Konsens mit dem Politbüro, später dann gegen die immer skeptischer werdenden kommunistischen Hardliner, während seinen liberalen Kritikern das Reformtempo nicht hoch genug war. Bei ihrem Gipfeltreffen in Reykjavik im Oktober 1986 kamen Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan einer „Abschaffung sämtlicher Atomwaffen binnen zehn Jahren“ erstaunlich nahe, konnten sich am Ende aber doch nicht darauf einigen (S. 364).

Ab 1987 griff der spätere russische Präsident Boris Jelzin Gorbatschow bei verschiedenen Gelegenheiten offen an und wurde fortan zu seinem erbitterten Gegenspieler. Taubman nennt es schwer verständlich, dass Gorbatschow Jelzin zuvor gefördert und so dazu beigetragen hatte, „seinen eigenen Erzfeind zu schaffen“ (S. 372). Das Urteil Taubmans über die beiden könnte eindeutiger kaum sein: „Gorbatschow war intuitiv demokratisch, Jelzin war ein autoritärer Populist“ (S. 401). Nach seiner Einschätzung hatte Gorbatschow schlicht „einen Jelzin-Komplex“ (S. 434).

Im März 1988 nahm Gorbatschow „wirklich radikale Reformen in Angriff“, die zu einer drastischen Einschränkung der Rolle der Kommunisti-

schen Partei führten, und bereitete für das darauffolgende Jahr freie Wahlen und die Einsetzung einer neuen nationalen Legislative vor (S. 405). Allerdings kritisiert Taubman ihn dafür, dass er sich vom Vormarsch des separatistischen Nationalismus in der Sowjetunion überraschen ließ, obwohl dieser eigentlich „leicht voraussehbar“ gewesen wäre (S. 406).

Auf dem Höhepunkt der Perestroika im Jahr 1989 wurde immer deutlicher, dass die demokratischen Reformen ironischerweise die für den Zusammenhalt der sowjetischen Gesellschaft notwendigen Institutionen beschädigten, ohne dass diese durch effektive neue ersetzt wurden. Gorbatschow, so analysiert Taubman treffend, führte parlamentarische Elemente in das politische System der Sowjetunion ein, mit denen ihn seine liberalen Kritiker sehr effektiv unter Druck setzen konnten, während sie die Hardliner noch mehr gegen ihn aufbrachten; eine Tendenz, die sich auch 1990 fortsetzte. In diesem Jahr wurde Gorbatschow Staatspräsident der Sowjetunion und das Politbüro de facto durch einen neu geschaffenen Präsidialrat abgelöst. Dieser konnte die ihm zugedachte Rolle aber nie effektiv ausüben, da der dahinter stehende Stab viel zu klein war und der Präsidialrat insofern keine fundierten und effektiven Entscheidungen treffen konnte.

Außenpolitisch stellte der Fall der innerdeutschen Mauer Gorbatschow vor Herausforderungen. Es war sein erklärtes Ziel, Ostdeutschland zunächst als eigenständigen sozialistischen Staat zu erhalten. Nach einigen Jahren hätten sich dann die beiden Teile Deutschlands wiedervereinigen und „in das gemeinsame Haus Europa“ einfügen können (S. 550). Dass der damalige Bundes-

kanzler Helmut Kohl zielstrebig auf eine baldige Wiedervereinigung hinarbeitete, bei der Westdeutschland den Osten 1990 letztlich „schlicht und einfach schluckte“, lässt den idealistischen Gorbatschow im historischen Rückblick nicht gut aussehen (S. 550). In Russland wird er heute noch scharf dafür kritisiert, dass er die Ausdehnung der NATO auf Ostdeutschland zuließ. Im Gegenzug hätte er aus russischer Sicht zumindest auf einer schriftlichen Garantie bestehen müssen, dass die NATO nicht noch weiter nach Osteuropa ausgedehnt würde. Dadurch, dass er dies versäumte, hat er nach Ansicht vieler Russen das nationale Interesse der Sowjetunion veraten.

Im Jahr 1991 überstand Gorbatschow zwar den August-Putsch gegen ihn, doch vier Monate später war er aufgrund von eigenen Fehlern und Versäumnissen politisch erledigt. Er einigte sich mit Jelzin darauf, am 25. Dezember 1991 seinen Rücktritt als Präsident der UdSSR und Oberbefehlshaber der Streitkräfte bekanntzugeben. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und den „wilden 90er-Jahren“, in denen Jelzin dem russischen Volk ein marktwirtschaftliches System per Schocktherapie verordnete, sei Russland unter Wladimir Putin laut Taubman „zu seiner traditionellen, autoritären, antiwestlichen Norm zurückgekehrt“ (S. 803). Doch das unterstreiche nur, „wie außergewöhnlich Gorbatschow als russischer Herrscher und Staatsmann war“ (S. 803).

Die chronologische Gliederung der Biographie ist ebenso wie die teilweise zusätzliche Untergliederung in innen- und außenpolitische Ereignisse und Entwicklungen klug gewählt, da diese Strukturierung Taubman einerseits eine übersichtliche Darstellung von Gorbat-

schows Wirken, gleichzeitig aber auch eine Auflockerung des Erzählflusses durch thematische Abwechslung ermöglicht. Von der ersten bis zur letzten Seite untermauert der Autor Zitate, Feststellungen anderer und die Grundlagen für seine eigenen Schlussfolgerungen überzeugend mit detaillierten Quellenangaben. In der Tat lassen die Erläuterungen in den Fußnoten und das umfangreiche Quellenverzeichnis nicht nur erahnen, wie ernst Taubman die Archiv- und Literaturrecherche genommen hat, sondern sie dokumentieren auch die zahlreichen Gespräche und Interviews, die er mit Gorbatschow und anderen Zeitzeugen geführt hat.

Insofern könnte man Taubmans Werk mit einiger Berechtigung als Pflichtlektüre für all diejenigen ansehen, die sich für die Person Gorbatschows, die Entwicklung der Sowjetunion ab den 30er-Jahren und die Bedingungsfaktoren für die Entstehung des modernen Russlands interessieren. Schade nur, dass der Autor diese Aspekte, wie eingangs erwähnt, aus einer dezidiert westlichen und Gorbatschow gegenüber nur bedingt kritischen Perspektive betrachtet, mit der viele russische Leser vermutlich wenig anfangen können. Doch dies tut der hohen Qualität dieser Biographie insgesamt keinen Abbruch.

JAN DRESEL,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MOSKAU



/// JUSTINA SEILER – „HENDL“

„Hendl“ ist eine fortlaufende Serie von Kurzinterventionen, in deren Rahmen in öffentlichen oder privaten Badezimmern aus Handtüchern ein Grillhähnchen geformt wird. Dieses wird vor Ort versteckt und ein einziges Bild bleibt als Beweis seiner Existenz. Im Verborgenen wird die Entdeckung des Hendls und die folgende Reaktion abgewartet, das als Mischung zwischen Witz und Vanitassymbol teils Belustigung, teils Irritation hervorruft.

Wagner, Harry / Kabel, Stefanie
(Hrsg.): *Mobilität 4.0 – neue
Geschäftsmodelle für Produkt-
und Dienstleistungsinnova-
tionen*. Wiesbaden: Springer
Fachmedien 2018, 274 Seiten,
€ 44,99.



Bei dem Werk handelt es sich um einen Sammelband von acht verschiedenen Aufsätzen, die mit Ausnahme von drei Autoren aus der Industrie ausschließlich von Studierenden bzw. Mitarbeitern an der Technischen Hochschule Ingolstadt erarbeitet wurden und sich mit dem Thema Zukunft der Mobilität beschäftigen. Ohne Zweifel ist das Thema Mobilität derzeit sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene ein Thema höchsten Interesses und gehört gemäß einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik neben den Herausforderungen Wohnen und Integration zu den drei Top-Themen der Kommunalpolitik. Allen in dem Band enthaltenen Aufsätzen ist gemeinsam, dass sie die Zukunftsfelder der Entwicklung der Mobilität auszuleuchten versuchen. Dabei reicht der Realisierungsgrad von sehr konkreten Formen der Mobilität wie beispielsweise dem Einsatz von Seilbahnen als innovativem Beförderungsmittel im urbanen Bereich bis hin zu fahrerlosen Fahrzeugen bzw. bis zur Umsetzung der Kreislaufwirtschaft in der Automobilindustrie (cradle to cradle).

Fabienne Geis und Eva Kasch beschäftigten sich mit dem Thema „Innovative Mobilitätskonzepte für Städte“ am Beispiel von Ingolstadt und begründen aufgrund des Trends in Richtung

Inter- und Multimodalität, dass vor allen Dingen junge Menschen situativ verschiedene Verkehrsmittel zur Befriedigung ihrer Mobilitätsbedürfnisse einsetzen. Sie führen aus, dass durch die extrem stark steigende Zahl von Smartphone-Nutzern neue Freiheitsgrade für die Mobilität geschaffen werden. Dabei beschreiben sie die Vorteile des elektronischen Tickets, das effizient den Wechsel zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln ermöglicht, ohne dass die Nutzer spezifische Kenntnisse von Tarifzonen besitzen müssen. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Darstellung der PolygoCard aus Stuttgart, die sich derzeit noch in der Umsetzungsphase befindet. Diese Karte schließt nicht nur die Nutzung von Fahrrädern und öffentlichen Nahverkehrsmitteln ein, sondern auch Sharing-Angebote und Elektromobilität. In Zukunft soll den Bürgern zusätzlich zu Mobilitätsinformationen noch Zugang zu städtischen Angeboten ermöglicht werden. In diesem Zusammenhang wird auch auf das System switchh der Hamburger Hochbahn AG hingewiesen, das über ähnliche Funktionalitäten verfügt.

Außerordentlich visionär ist der Aufsatz von Harry Wagner, Barbara Koch und Fabian Seitz, der sich mit dem kreativen Ansatz „cradle to cradle in der Automobilindustrie“ beschäftigt. Dieser Ansatz, der übertragen lautet „von der Wiege zur Wiege“, orientiert sich am biologischen Kreislauf und umfasst Komponenten, die gesundheitsverträglich und kompostierfähig sind und am Ende ihrer Nutzung neues organisches Wachstum ermöglichen. Die Autoren führen aus, dass es in der Vergangenheit der Automobilindustrie bereits zweimal gelungen sei, die industrielle Welt durch organisatorische Neuerungen grundle-

gend zu verändern. Dies sei zum einen Henry Ford mit der Einführung des Fließbands als Fertigungsmethode gelungen und zum anderen Toyota mit dem Produktionssystem „Lean Management“, das der Ressourcenknappheit Japans Rechnung trug. Für die Relevanz der absoluten Wiederverwertbarkeit der verwendeten Rohstoffe wird eine Stellungnahme der Europäischen Kommission ins Feld geführt, der zufolge die Einführung einer Kreislaufwirtschaft zu einer beachtlichen Schaffung neuer Arbeitsplätze führen könnte.

Gänzlich visionär ist dagegen das von Sabrina Auer und Markus Derer vorgestellte „PlugU – das Flatrate-Car der Zukunft“. Dieses Fahrzeug soll die Möglichkeit besitzen, vollautomatisch nach den Wünschen der Nutzer zusammengesteckt bzw. repariert werden zu können. Dem Nutzer wird damit die Möglichkeit geboten, ein alltagstaugliches Kleinfahrzeug in Kürze beispielsweise in einen SUV oder in ein Cabrio umzuwandeln. Mit Hilfe des Flatrate-Gedankens kann der Nutzer mit der Bezahlung eines Festpreises somit verschiedene Fahrzeugmodelle nutzen, ohne diese separat über eine Autovermietung anmieten oder erwerben zu müssen. Die Autoren geben für die Realisierung dieser Vision einen Zeithorizont von 15 bis 20 Jahren an.

Das so beschriebene PlugU-Car ist ebenfalls vom cradle-to-cradle-Prinzip geprägt, in dem unterstellt wird, dass alle Steckmodule aus einem nachhaltigen Materialmix wie Naturkautschuk, Hanf- und Flachsfasern gewonnen werden. Außerordentlich anwendungsnah sind dagegen die fahrerlosen Fahrzeuge auf dem Gebiet einer definierten Fläche eines Flughafens, wie sie Thomas Pipp, Pierre-André Reiners und Josephine von

Roesgen beschreiben. Es ist unbestritten, dass das hochautomatisierte Fahren – bzw. in der höchsten Umsetzungsstufe das autonome Fahren – eine Revolution in der Personen- und Güterbeförderung auslösen wird. Dabei sind die technischen Fragen weitgehend gelöst. Problematischer sind dagegen die rechtlichen und ethischen Fragestellungen, die noch einer intensiven Diskussion bedürfen. Bereits heute bietet Mercedes Benz mit seiner E-Klasse längsführende Abstandshaltesysteme sowie querführende Lenkiloten an, die eine Maximalgeschwindigkeit bis zu 200 km/h ermöglichen. Am Beispiel eines definierten Gebietes eines Flughafens wäre es in kürzester Zeit möglich, vollautonome Systeme zum Einsatz zu bringen.

Insgesamt bietet der Sammelband *Mobilität 4.0* spannende Einblicke in die Zukunft der Mobilität und stellt insbesondere die Bedeutung der Digitalisierung für die Mobilität in den Mittelpunkt der Betrachtungen.

DR. SIEGFRIED BALLEIS,
ERLANGEN

Weissmann, Arnold / Wegerer
Stephan: Digitaler Wandel in
Familienunternehmen.
Das Handbuch. Campus Verlag:
Frankfurt / New York 2018,
264 Seiten, € 39,95.



Wie steht es um die digitale Reife in deutschen und europäischen Unternehmen? Eine Studie der Roland Berger Strategy Consultants im Auftrag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) diagnostiziert, dass es ein Erkenntnis- und Durchdringungsproblem gibt. Strategische Schlussfolgerungen und konkrete Handlungen blieben hinter der „gefühlten“ Bedeutung des Themas in der (Fach-)Öffentlichkeit zurück. Bei geschätzten Wertschöpfungseinbußen von 605 Mrd. Euro bis 2025 in Europa, sollte man die digitale Transformation „verpassen“, ist das kein Pappentier.

Es ist keine neue Erkenntnis, dass gerade Familienunternehmen nicht in operative Hektik ausbrechen, wenn wieder mal ein neuer Trend am Horizont erscheint. Die klare und umsichtige Prüfung dessen, was für den eigenen Betrieb tatsächlich passt, zeichnet diese eigentümergebetriebenen Unternehmen aus. Dies war sicher lange auch ein strategischer Vorteil, zumindest dort, wo es tatsächlich die Reflexion war, welche die Zurückhaltung begründete und nicht die Angst vor Veränderung.

Allerdings ist Geschwindigkeit ein ganz zentrales Kennzeichen der digitalen Transformation. Zögerliches Verhalten kann zu einem echten Wettbewerbs-

nachteil werden. Letztlich geht es aber um die bewusste Entscheidung eines jeden Unternehmers, ob und wann er sich mit dieser Thematik auseinandersetzen will. Wenn er Interesse daran hat, kann er für einen ersten Überblick zu dem Handbuch von Weissmann und Wegerer greifen.

Die Autoren erklären darin den digitalen Wandel zur Chefsache und zeigen sehr deutlich, dass es nicht nur darum geht, die IT auf Vordermann zu bringen und die Effizienzschrauben anzuziehen, sondern um eine grundsätzlich andere Denk- und Arbeitsweise. Am Ende des Prozesses soll nicht das effiziente Unternehmen, sondern eine erfolgreich vernetzte Organisation, in engem Austausch mit ihren Kunden stehen.

Nach der Klärung von Begriffen und Grundlagen präsentieren sie vier Handlungsfelder des digitalen Wandels. Erstens soll, ein keinesfalls überraschender Appell bei Familienunternehmen, der Kunde im Fokus stehen. Viele Unternehmer sind zu produktverliebt und vergessen dabei gerne, den Verbraucher in den Mittelpunkt zu stellen. Das hatte schon in der Vergangenheit Konsequenzen, heute allerdings wird es – und darauf machen die Autoren deutlich aufmerksam – sehr schnell auch spürbar sanktioniert. Sie laden daher den Leser ein, eine Customer Journey zu starten, um die Nähe zum Kunden herzustellen.

Handlungsfeld 2 stellen die neuen Geschäftsmodelle dar. Aber wie kommt man zu einem digitalen Geschäftsmodell? Das versuchen Weissmann und Wegerer zu erklären und differenzieren dabei zwischen Disruption und Evolution.

Sowohl hier als auch im Handlungsfeld 3 Operative Exzellenz stellen sie Module vor, mit denen der Leser sich systematisch an die Arbeit machen

könnte. Viele davon sind zwar schon bekannt, aber dennoch sind es sehr hilfreiche Werkzeuge.

Das vierte Handlungsfeld „Menschen – eine neue digitale DNA für Unternehmen“ zeigt dann sehr deutlich den Ansatz der Verfasser, nämlich, dass der Erfolg der digitalen Transformation weniger an der Technologie, sondern daran liegt, ob es gelingt, die Menschen bei dieser Customer Journey mitzunehmen. Es hängt auch davon ab, ob die Führungskräfte ausreichend Kompetenz haben, um die Veränderungsprozesse nicht in organisatorisches Chaos zu stürzen. Dies könnte zu Lagerbildung und Verunsicherung bis hin zu massiven Ängsten führen, an Stelle eines echten Abenteuers, an dem alle gerne und motiviert mitarbeiten.

Zu begrüßen ist, dass die Autoren die Ausführungen synoptisch zusammenführen und aufzeigen, dass es ohne Anpassung der Unternehmensstrategie keinen digitalen Wandel geben kann. Das war auch bereits vor dem Zeitalter der Digitalisierung notwendig. Nur die Familienunternehmen, die sich mit Unternehmensstrategie und Veränderung auseinandersetzten, waren und sind erfolgreich. Diejenigen, die sich mit Veränderung schwertaten und strategische Erwägungen dem operativen Alltagsgeschäft opferten, konnten nur selten eine erfolgreiche Performance aufweisen.

An dieser Differenzierung scheitern die Autoren dann auch teilweise, denn als Leser fragt man sich, wer genau jetzt angesprochen werden soll. Ist es der Unternehmer, der Nachhilfe bezüglich der Kundenorientierung braucht und damit eher am Anfang einer professionellen Unternehmensführung steht? Der wäre dann aber an einigen Stellen überfordert, zum Beispiel bei den Hin-

weisen auf die neuen Technologien. Und die Unternehmen, die eine klare Strategie haben und sich nun mit den neuen Herausforderungen des digitalen Wandels beschäftigen möchten, fühlen sich bei manchen Appellen wohl gar nicht mehr angesprochen. Sie denken ihre Produkte ja bereits kundenorientiert und bewerten die Daten daher als Wettbewerbsvorteil. Dieser unterschiedliche Effekt ist bei einem Buch für Familienunternehmen, die die schillerndste und differenzierteste Landschaft in der Wirtschaft darstellen, wohl kaum vermeidbar.

DR. CLAUDIA SCHLEMBACH,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN



Azzaro, Pierluca / Granados,
Carlos (Hg.): Benedikt XVI. /
Joseph Ratzinger: Die Freiheit
befreien. Glaube und Politik im
dritten Jahrtausend. Freiburg:
Herder Verlag 2018, 215 Seiten,
€ 22,00.

Der emeritierte Papst Benedikt XVI. gilt als großer Theologe der Kirche, dessen Werke von der „Einführung in das Christentum“ (1968) bis zur Trilogie „Jesus von Nazareth“ (2007-2012) teilweise sogar als Bestseller den Weg in eine breitere Öffentlichkeit fanden. Zur Fundamentaltheologie mit dem zentralen Thema „Glaube und Vernunft“, zur Eschatologie, zur Rolle der Exegese, zu Fragen der Liturgie, zur

Hermeneutik des Zweiten Vatikanischen Konzils und zum Verhältnis des Christentums zu den Weltreligionen hat er Grundlegendes zu sagen. Bekannt ist aber auch, dass Joseph Ratzinger sich immer wieder zu politisch-sozialethischen Themen geäußert hat und dabei Kontroversen nicht scheute. Neben der theologisch-systematischen Arbeit war dies sogar ein Schwerpunkt seines Wirkens. Das zeigen Buchveröffentlichungen wie „Wendezeit für Europa?“ (1991), „Wahrheit, Werte, Macht“ (1993), viele Zeitungsartikel und längere Interviews, etwa mit Peter Seewald. Der Buchautor und Journalist führte mit dem damaligen Präfekten der Glaubenskongregation und späterem Papst von 1996 bis 2016 vier längere Gespräche, die schließlich als Interviewbücher zu internationalen Bestsellern wurden. Lehrmäßig hat sich das sozialethische Denken Papst Benedikts XVI. neben der wiederholten Bezugnahme auf das Naturrecht vor allem in der in der Tradition der katholischen Soziallehre stehenden Enzyklika „Caritas in veritate“ (2009) niedergeschlagen. Mehrere wichtige Äußerungen zu gesellschaftlichen, politischen und sozialethischen Themen sind nun in einer neuen Sammlung leicht zugänglich gemacht worden.

Das sich in die Gedankenwelt seines Nachfolgers einführende Vorwort von Papst Franziskus sichert dem Band ausgewählter Texte seine bleibende kirchliche Relevanz. Franziskus nennt die Selbstproduktion des Menschen eine Selbstzerstörung, deren gemeinsamer Nenner in einer großen Leugnung besteht, „der Leugnung der Abhängigkeit von der Liebe, der Leugnung des Umstandes, dass der Mensch ein Geschöpf Gottes ist, von Ihm mit Liebe

nach seinem Abbild geschaffen“ (S. 9). Daher sei es im gegenwärtigen Epochenwandel eine besondere Aufgabe und Herausforderung, die Familie zu verteidigen.

Der Reigen der Texte wird eröffnet durch einen bisher unveröffentlichten Brief Benedikts XVI. vom September 2014 an Professor Marcello Pera (Rom) zu dessen Buch „La Chiesa, i diritti umani e il distacco da Dio“ über den Missbrauch des Begriffs der Menschenrechte. Der emeritierte Papst sieht bei seinem Freund eine etwas zu kritische Sicht und verteidigt scharfsinnig die Menschenrechte und Papst Johannes Paul II. gegen zwar logisch argumentierende, aber doch einseitig-negative Deutungen. Der *Ordo naturalis* und der *Ordo supernaturalis* sind aufeinander bezogen, Übereinstimmung besteht darin, dass der Begriff der Menschenrechte nicht vom Gottesbegriff abgelöst werden darf (S. 16).

Aus seiner „Jesus von Nazareth-Trilogie“ folgen nun wichtige biblische Betrachtungen mit politischer Relevanz. Ein früher Text behandelt „Augustins Auseinandersetzung mit der politischen Theologie Roms“ (S. 40-60) in seinem großen Werk „De civitate Dei“.

Es folgt eine Predigt „Glaube und Staat“ des damaligen Erzbischofs von München bei einem Gottesdienst im November 1981 für katholische Bundestagsabgeordnete in Bonn. Kern einer aktiven christlichen Politik muss sein: „Nur wo das Gute getan und als gut anerkannt wird, kann auch ein gutes Zusammenleben der Menschen gedeihen. Den Rang des Moralischen, den Rang von Gottes Geboten auch öffentlich zur Geltung zu bringen, muss die Mitte verantwortlichen politischen Tuns sein“ (S. 65).

Ganz in den Band aufgenommen worden ist die Veröffentlichung „Wahrheit, Werte, Macht. Prüfsteine einer pluralistischen Gesellschaft“ (Freiburg 1993), die aus drei Aufsätzen besteht, in denen es um Fragen des Gewissens geht (S. 77-125). Es folgen zwei historische Ansprachen Papst Benedikts XVI. mit politisch-gesellschaftlichen Inhalten: Gehalten einmal am 17. September 2010 in der Londoner Westminster Hall, in der während der Finanzkrise auch finanzwirtschaftliche Fragen sozialethisch behandelt werden (S. 126-131), und am 22. September 2011 in Berlin vor dem Deutschen Bundestag, in der es um die Begrenzung der politischen Macht durch das Naturrecht geht

Abgerundet wird die handliche Sammlung mit dem Vortrag „Was die Welt zusammenhält. Vorpolitische moralische Grundlagen eines freiheitlichen Staates“ (S. 153-164) aus dem Gespräch mit dem Frankfurter Philosophen Jürgen Habermas 2004 in der Münchner Katholischen Akademie Bayern. Es gibt nicht nur „Pathologien der Religion“, sondern auch „Pathologien der Vernunft“ (S. 163). Den Abschluss bildet das spannende Gespräch zwischen Kardinal Ratzinger und dem Atheisten Paolo Flores d'Arcais aus dem Jahr 2000 unter dem Titel „Gibt es Gott?“ (S. 165-209).

Obwohl der Herder-Band nicht vollständig die sozialethische Lehre von Benedikt XVI. / Joseph Ratzinger wiedergeben kann, ist er repräsentativ und zur Lektüre über den Tag hinaus sehr empfehlenswert.

DR. STEFAN HARTMANN,
BAMBERG



Götze, Susanne: Land unter im Paradies. Reportagen aus dem Menschenzeitalter. München: Oekom 2018, 204 Seiten, € 16,00.

Der von Menschen verursachte Klimawandel löst weltweit ökologische Probleme aus. Die Journalistin Susanne Götze bereiste in drei Erdteilen verschiedenste Regionen, um sich vor Ort ein Bild von den Auswirkungen des Klimawandels machen zu können. Dabei stieß sie auf innovative Ideen und Projekte, den veränderten Bedingungen zu begegnen.

In Afrika können sich die Menschen nicht einmal vorstellen, warum sich das Wetter dauerhaft verändert hat. Sie haben den Wandel nicht verursacht. Dennoch müssen sie am meisten darunter leiden. Hier kann man der Degradierung der Böden etwas entgegenwirken, indem andere Sorten und Arten gepflanzt werden, die als Düngepflanzen oder Schattenspendener dienen oder hitzebeständiger sind als herkömmliche Sorten. In einem Dorf in Marokko wurde eine Moschee mit Solarpaneelen bestückt, um die Grundenergieversorgung des Dorfes zu sichern. Marrakesch hat bereits mehrere Gotteshäuser auf Ökostrom umgerüstet, solche „grünen“ Moscheen könnten im ganzen Land umgesetzt werden.

In Paris wurde das Weltklimaabkommen von 2015 ratifiziert, in dem sich die EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet haben, bis 2030 mindestens 40 % ihrer Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 zu reduzieren. Auch in Euro-

pa spüren diejenigen, die mit und von der Natur leben, den Klimawandel bereits deutlich. Die großen Monokulturen in Spanien tragen zur Versandung des Bodens und zur Dezimierung des Insekten- und Vogelbestandes bei. In Frankreich sind die Sommer heißer und die Winter milder als früher, was sich nachhaltig auf die Weinanbaugebiete auswirkt. Die Region „Bordeaux könnte 2050 ein Klima haben wie heute das südspanische Sevilla.“ Um dem entgegenzuwirken, müssen die Rebsorten ausgetauscht oder genetisch veränderte Sorten eingesetzt werden. Es gibt bereits laufende Versuche, aber es dauert Jahre, bis die ersten verwertbaren Trauben geerntet werden können. Finnland hat erheblich mit der Klimaerwärmung zu kämpfen, weil die Winter nicht mehr kalt und lang genug sind, um auf Dauer die traditionelle Haltung von großen Rentierherden aufrechtzuerhalten. Gerade den Ureinwohnern im nördlichen Skandinavien, den Samen, wird damit ihre Lebensgrundlage entzogen.

Auf der kleinen griechischen Insel Sifnos existiert seit ein paar Jahren eine Energiekooperative. Es ist geplant, traditionelle Windmühlen mit Turbinen auszustatten und einen Stausee zum Pumpspeicherwerk umzufunktionieren, um Strom für den Eigenbedarf zu produzieren. In Deutschland ist vor allem das Wattenmeer bedroht. Der Anstieg des Meeresspiegels wird in Küstenregionen wie Norderney die Uferzonen überfluten. Momentan kann mit Sandaufschüttung und Ufermauern oder Deichen noch entgegen gearbeitet werden, aber die Maßnahmen sind irgendwann erschöpft. Als natürliche Maßnahme gegen Hochwasserschutz ist man inzwischen dazu übergegangen, trockengelegte Salzwiesen wieder zu bewässern.

Für die USA ist nicht nur der Ausstieg aus dem UN-Klimaabkommen ein Rückschlag, sondern auch die Kürzung der Forschungsgelder für den Klimaschutz. Auch in Regionen, die bereits erheblich unter der Klimaveränderung leiden – genannt sind hier die Florida Keys und die Chesapeake-Bay-Brücke an der Ostküste –, wird das Thema Klimawandel von Politikern und Anwohnern gerne geleugnet. Die Ursachen für Überschwemmungen und Hochwasser werden woanders gesucht. Nur einige wenige Aktivisten setzen sich für den Umweltschutz ein, finanziert von privaten Spenden.

Im Jordantal verstärken die politische Situation zwischen Israel und Palästina sowie der Syrien-Krieg den Kampf um die Wasserhoheit. Der See Genezareth und der obere Jordan werden vom Staat Israel beansprucht, während der untere Jordan verkümmert und das Tote Meer austrocknet. Die Anrainerstaaten Libanon, Syrien, Jordanien und das Westjordanland haben so immer weniger Trinkwasser zur Verfügung. Dass Jordanien seit der Syrien-Krise viele Flüchtlinge aufgenommen hat, verschärft die Situation zusätzlich. Daher ist eine Einigung der betroffenen Staaten zwingend notwendig.

Der letzte Teil des Buches besteht aus drei Interviews der Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber, Johan Rockström und Geoffrey Parker, die noch auf weitere Aspekte der Thematik hinweisen – die Verantwortung der Wissenschaft, die Ergebnisse auch an die breite Öffentlichkeit zu bringen, die schützende Wirkung der Ozeane vor der Erderwärmung und der Einfluss von Klimaereignissen auf historische Konflikte und Kriege.

Dieses Buch ist unterhaltsam geschrieben, dabei sehr informativ. Die

Fotos hätte ich mir zwar in Farbe gewünscht, da der Verlag aber aus Klimaschutzgründen seine Publikationen nachhaltig produziert, nimmt man den Schwarz-Weiß-Druck gerne in Kauf. Es eignet sich für jeden Leser, der sich über das Thema Klimaerwärmung Gedanken machen möchte. Einige Informationen hat man schon gehört, aber vieles ist auch neu und regt zum Nachdenken an. Die Probleme werden realistisch beschrieben, ohne mutlos zu machen. Wie in den diversen Beispielen aufgezeigt wurde, gibt es Möglichkeiten, mit dem Klimawandel umzugehen. Die Gesellschaft muss sich dazu aber Gedanken machen. Am besten gleich.

SUSANNE BERKE,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

März, Peter: Gelenkte Geschichte. Jüngste deutsche Erinnerungsjahre und die historische Reflexion – Einwendungen. Münster: Aschendorff Verlag 2018, 182 Seiten, € 19,80.



Goethe-Zitate sind etwas aus der Mode gekommen. Aber sie taugen immer wieder bestens, um eine Sache auf den Punkt zu bringen. So sagt in „Faust I“ der Titelheld zu seinem Famulus Wagner: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grund der Herren eigner Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln.“ Genau darum geht es in dem vorliegenden, locker geschriebenen und

gleichzeitig sehr inhaltsreichen Buch, das sich im Wesentlichen den öffentlich geförderten und inszenierten Gedenken an drei „runden Daten“ widmet: dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914/2014), dem Beginn der Reformation Martin Luthers (1517/2017) und der Geburt der Königin-Kaiserin Maria Theresia (1717/2017) – Letzteres eher ein zugkräftiges Thema in Österreich. Das Werk nimmt sich der intellektuellen Kritik an, die man, abseits des jeweiligen „Event“-Rummels, an allen drei Gedenkveranstaltungen üben kann.

Es gelingt dem Autor, zwischen dem Reformator und der Herrscherin eine Zusammenschau im Sinne größerer historischer Zusammenhänge herzustellen – was die Veranstalter aber versäumt haben. Es gehe bei beiden um den Zusammenhang zwischen allgemein-deutscher und österreichischer Geschichte. Die Reformation habe wesentlich beigetragen zu einem „evangelischen deutschen Nationalverständnis in Abgrenzung gegenüber der westlich-romanisch-lateinischen Welt“. Österreich sei unter Maria noch fraglos Bestandteil des deutschen Reiches gewesen, habe also gerade durch die weitreichende Wirkung der Regierung dieser Kaiserin ebenfalls zu der Gestaltung der deutschen Nation beigetragen, noch bevor der Nationalismus im 19. Jahrhundert zur beherrschenden politischen Ideologie wurde. Da die österreichische und preußische Sonderentwicklung schließlich zum Ausscheiden Österreichs aus deutscher Staatlichkeit geführt hat, jenes aber, nach des Autors Gewährsmann Thomas Brechenmacher (Historiker an der Universität Potsdam), nach wie vor mit dem Geschehen in Deutschland zusammengedacht werden muss, hätten die „Reichsdeutschen“, aber auch die Österreicher es versäumt,

an diesem runden Jahrestag der berühmten „Staatsfrau“ der seit dem hohen Mittelalter bestehenden, komplizierten Verflechtung zu gedenken.

Heinz Schilling hat in einem universal-historischen Ansatz zur Geschichte des 16. Jahrhunderts geltend gemacht, dass einerseits die Reformation sehr wohl ein epochales Ereignis war, dass sie aber andererseits nichts zu tun hatte mit dem damaligen Anfang von Globalisierung, wie er vermittelt wurde durch die umfangreichen Entdeckungen und Kolonisierungen der Spanier und Portugiesen. Die Konzentrierung des „Lutherjahres“ auf Deutschland wäre demnach einseitiger Germanozentrismus. Der Kirchenhistoriker Thomas Kaufmann hat dazu gemahnt, die Person Luthers nicht allzu sehr in den Vordergrund zu stellen, denn Reformation und auch Gegenreformation seien Teil eines „breiten Modernisierungsprozesses in der gesamten lateinischen Christenheit“.

Aber da die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) maßgeblich an der Gestaltung des Jubiläums beteiligt war, verwundert es nicht, dass es gemäß „der Herren eigenem Geist“ stark beeinflusst worden ist. Thies Gundlach, Vizepräsident des Kirchenamtes der EKD, hat sich für „erlebnisstarke Veranstaltungen“ eingesetzt, „die gerade Ungeübte und Neugierige ansprechen“. Das ging dann nicht ohne wohlfeile Simplifizierungen historisch unhaltbarer Art, zu denen als besonders ärgerliche gehört, dass Luther mit seiner „Freiheit eines Christenmenschen“ der Urvater der aktuellen demokratischen Selbstbestimmung gewesen sei.

Bei den Gedenkjahren 1914/2014 drückt sich „der Herren eigener Geist“ darin aus, dass Christopher Clarks Buch „Die Schlafwandler“ (2013), das die Alleinschuld des Deutschen Reiches

am Ausbruch des Krieges nachhaltig in Frage stellt, denjenigen selbsternannten Volkspädagogen ungelegen kam, die befürchteten, sobald man die Alleinschuld mit wie auch immer schlagenden Argumenten, die Peter März übersichtlich ausbreitet, am Ersten Weltkrieg bestreitet, auch über kurz oder lang die am Zweiten Weltkrieg bestritten werden kann. Dann ist die Totschlagsvokabel vom „Revisionismus“ nicht fern, die schon den kommunistischen Ideologen teuer gewesen ist und die kritische Forschung zu 1914 in die Nähe derjenigen Autoren rückt, die am „Dritten Reich“ etwas Positives entdecken wollen.

März führt neuere Publikationen an, die in ihrer Tendenz Christopher Clark gerade nicht widersprechen, etwa zum französischen und russischen Verhalten in der Julikrise 1914. Dabei wird auch gleich die These vom autoritär-militaristischen „deutschen Sonderweg“ demonstriert als eine These, die sich in die von der deutschen Alleinschuld am Ersten Weltkrieg sehr gut einpasst.

Das Titelbild des Buches zeigt eine Postkarte zum Reformationsjubiläum im Kriegsjahr 1917, wo Luther als vorbildlicher aufrechter Deutscher im Widerstand gegen eine „Welt von Feinden“ ausgerufen wurde. Auf dem Foto gibt Luther sich mit Bismarck und Generalfeldmarschall Hindenburg die Hand. Der Autor meint damit wohl, auch wenn Gedenkfeiern natürlich keine Marksteine neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse sein müssen, dass es zu den Feiern von 2017 doch genügend Kritikbedürftiges gäbe. Und dadurch sind diese Feiern auch nicht intelligenter als die drollige Postkarte von 1917.

BERND RILL,
MÜNCHEN

JAHRESÜBERSICHT DER POLITISCHEN STUDIEN 2018

Heft 477	Bayern und seine Verfassung – ein Erfolgsmodell
Heft 478	Nahverkehr – intelligent und innovativ
Heft 479	Die digitale Revolution
Heft 480	Bayerns Zukunft im Blick
Heft 481	Brennpunkt Iran – eine neue Krise?
Heft 482	Mit Kultur Politik machen

Autor	Titel	Heft	Seite
Bachmann, Andreas	Mit gutem Journalismus erfolgreich gegen Politikverdrossenheit	480	9
Balleis, Siegfried	Verkehrswende: Ja, bitte	479	71
Balleis, Siegfried	Künstliche Intelligenz	482	86
Bausback, Winfried	200 Jahre Bayerische Verfassungsgeschichte	477	20
Bock, Andreas	Trump, Iran und die Gefahr einer Eskalation am Golf	481	29
Bogenberger, Klaus	Sharing-Systeme als Teil einer nachhaltigen Mobilität	478	28
Borst, Christine	Wohnraumkonzepte für die Zukunft	480	20
Buttkereit, Aline-Florence	Virtual Reality – Willkommen in der „wirklichen“ Welt	479	49

Autor	Titel	Heft	Seite
Ebert, Johannes	Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik	482	48
Franke, Silke	Flächendruck in Bayern ausweglos? – Mitnichten!	480	37
Friedl, Gunther	Politische-Studien-Zeitgespräch: Der „Teilchenbeschleuniger“	479	56
Gärtner, Heinz	Atomdeal mit dem Iran auf der Kippe	481	16
Geltinger, Lisa-Marie	Die Zukunft des iranischen Atomabkommens	481	12
Hausner, Verena	Bayerns Zukunft im Blick	480	6
Hausner, Verena	Mit Kultur Politik machen	482	10
Heckmann, Dirk	Verbesserung des Persönlichkeitsrechtsschutzes im Internet	479	30
Heinrich, Olaf	Die Siedlungsentwicklung der Stadt Freyung	481	58
Hirscher, Gerhard	Editorial: Das Wahljahr 2018	477	3
Hirscher, Gerhard	Editorial: Asylwende – alternativlose Anstrengung	480	3
van Hüllen, Rudolf	Politische-Studien-Zeitgespräch: Politisch motivierter Extremismus in Deutschland	477	35
Kaiser, Markus	Braucht es die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten noch?	479	40
Keil, Karl Heinz	Nahverkehr intelligent und innovativ	478	6
Kiechle, Marion	Wie Kulturpolitik Bayern bewegt	482	18
Klotz, Thomas M.	Quo vadis, tu felix Austria?	477	56
Männle, Ursula	Die Demokratie – ein zartes Gewächs, das gehegt und gepflegt werden will	477	6

Autor	Titel	Heft	Seite	Autor	Titel	Heft	Seite
Männle, Ursula	Editorial: Die Arbeit hat wieder begonnen	478	3	Schlembach, Claudia	Von „Visionen für Europa“ zu „Meilensteine für Europa“	477	49
Masala, Carlo	Politische-Studien-Zeitgespräch: Die Welt in Unordnung	482	62	Schlembach, Claudia	Editorial: Ausgehandelt ...?	479	3
Meier-Walser, Reinhard	Editorial: Es lebe die Demokratie	481	3	Schmöllner, Stefan	Sharing-Systeme als Teil einer nachhaltigen Mobilität	478	28
Meier-Walser, Reinhard	Richtige Diagnose – angemessene Reaktion?	481	38	Seehofer, Horst	Jubiläumjahr 2018 – viel Grund zu feiern	477	30
Minnameier, Christoph	Politische-Studien-Zeitgespräch: Lernen und Lehren zwischen Digitalität und Realität	478	40	Seliger, Bernhard	Gipfeldiplomatie in Korea	480	47
Müller, Gerd	Entwicklungspolitik neu gestalten	481	50	Söder, Markus	Politik für Bayerns Zukunft	480	15
Neri-Ultsch, Daniela	100 Jahre Frauenwahlrecht	480	26	Spaenle, Ludwig	Aus der Vergangenheit lernen	482	32
Pabst, Martin	Sieben Jahre Krieg: Bilanz und Konturen einer Nachkriegsordnung	482	70	Wagener, Martin	Der ewige Unfrieden	478	62
Pfeil, Mathias	Politische-Studien-Zeitgespräch: Kultur vereint Europa	481	6	Waigel, Theo	Joseph Bernhart und die politische Krise	478	51
Poel, Gerrit	Der Öffentliche Personennahverkehr von morgen	478	12	Witterauf, Peter	Ohne Bargeld durch die Welt	479	22
Rehrl, Karl	Digibus	478	18	Wolffsohn, Michael	Frieden durch Föderalismus	479	60
Reiner, Thomas	Editorial: Etwas Neues wagen	482	3	Zierer, Klaus	Politische-Studien-Zeitgespräch: Lernen und Lehren zwischen Digitalität und Realität	478	40
Rückert, Christian	Das Darknet: Blick in eine Schattenwelt	479	12				
Rückert, Maximilian Th. L.	Die digitale Revolution	479	6				
Rumschöttel, Hermann	Bayerns Weg zum modernen Verfassungsstaat	477	9				

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen/ bestellt werden:



ARGUMENTATION KOMPAKT

Nr. 4/2018: Die irische Wirtschaft im Kontext des Brexit – Chance für eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit mit den EU-Staaten



AKTUELLE ANALYSEN

68: Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU



Ohne Frauen ist kein Staat zu machen – 100 Jahre Frauenwahlrecht



Franz Josef Strauß-Preis 2018
an Klaus Werner Iohannis



Mathilde Berghofer-Weichner 1931-2008 –
Eine starke Frau in der Politik

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN

Nr. 483 „Die Pflege in Deutschland“
mit Beiträgen von Christine Fiedler, Matthias Steiner
und Joachim Unterländer

POLITISCHE STUDIEN

6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich kostenlos und versandkostenfrei:



Menge	Titel
	PS 481: Brennpunkt Iran – eine neue Krise?
	PS 480: Bayerns Zukunft im Blick
	PS 479: Die digitale Revolution
	PS 478: Nahverkehr – intelligent und innovativ
	PS 477: Bayern und seine Verfassung
	PS 476: Demokratie erfordert Politische Bildung

Ich möchte die „Politischen Studien“ (PS) im Abonnement.

Hanns-Seidel-Stiftung
Referat „Publikationen“
Lazarettstr. 33
80636 München

per Fax: +49 (0)89 12 58-469

Ihre Adresse bitte lesbar in Druckbuchstaben:

Institution _____

Vorname, Name _____

Straße, Nummer _____

PLZ, Ort _____

E-Mail-Adresse (falls Informationen per E-Mail erwünscht) _____

Telefon _____

Datum, Unterschrift _____

Herausgeber:

© 2018, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Generalsekretär: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
V.i.S.d.P.: Thomas Reiner

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur)
Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

Graphik: trurnit Publishers GmbH
Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind.
Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:
Ludwig II. Skulptur, Ottmar Hörl:
www.ottmar-hoerl.de
Foto: StMFH

